

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 21. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
Einsame Nummer 6 Pf. Sonntags-
nummer mit Illustration Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Verzeichnis für 1902 unter Nr. 7873.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
betragt für die sechsgepaltenen Notizen
zelle oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

An die socialistischen Vereinigungen und an die Gewerkschaften.

Brüssel, 31. Januar 1902.

Genossen! Das internationale socialistische Bureau, welches am 30. Dezember in Brüssel eine Konferenz abgehalten hat, hat uns beauftragt, Euch zu dem Internationalen Socialistenkongress einzuladen, welcher im August nächsten Jahres (1903) in Amsterdam abgehalten werden wird.

In Uebereinstimmung mit unseren holländischen Genossen beginnen wir bereits jetzt mit der Organisation unseres nächsten Kongresses, damit er würdig der wachsenden Macht der internationalen Socialdemokratie und der immer bedeutsameren Rolle, die sie im Weltleben zu spielen berufen ist, ausfalle.

Wir bitten Euch deshalb, die Frage, ob Euer Verein am Kongress teilnehmen wird, auf die Tagesordnung Eurer nächsten Sitzung oder Eures nächsten Kongresses zu setzen. Gleichzeitig fordern wir Euch auf, die Fragen zu prüfen, welche nach Eurer Meinung auf die Tagesordnung des Amsterdamer Kongresses gesetzt werden sollten.

Teilt uns bitte den Wortlaut Eurer Vorschläge vor dem 1. November des laufenden Jahres mit. Zur Zeit erwarten wir dann von Euch einen Bericht über jeden derselben.

Gemäß den Beschlüssen der Zusammenkunft des Internationalen Bureaus vom 30. Dezember erinnern wir alle socialistischen Vereinigungen und die Gewerkschaften an die auf dem Londoner Kongress (1896) gefassten Beschlüsse betreffend die Zulassung zu den Socialistenkongressen und an die auf der Brüsseler Konferenz (1899) festgesetzten und auf dem Pariser Kongress (1900) bestätigten Ergänzungen hierzu:

Zugelassen sind durch Londoner Beschluß:

1. Die Vertreter der Vereinigungen, die das Ziel verfolgen, das kapitalistische Eigentum und die kapitalistische Produktionsweise durch die socialistische Produktionsweise zu ersetzen und die für die Erreichung dieses Ziels die Benutzung von Gesetzgebung und Parlament für notwendig erachten.

2. Die rein gewerkschaftlichen Vereinigungen (Trades-Unions), welche, ohne an der politischen Bewegung teilzunehmen, die Notwendigkeit eines gesetzgeberischen und parlamentarischen Vorgehens anerkennen. Infolge hiervon sind die Anarchisten ausgeschlossen.

Durch Brüsseler Beschluß:

1. Alle Vereinigungen, die den wesentlichen Grundfäden des Socialismus zustimmen, als da sind: Vergesellschaftung der Produktions- und Lausmittel, internationaler Zusammenschluß und gemeinsames Vorgehen der Arbeiter aller Länder; Eroberung der staatlichen Macht für den Socialismus durch das als Klassenpartei organisierte Proletariat.

2. Alle Gewerkschaften, welche, ohne direkt an der politischen Bewegung teilzunehmen, sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und erklären, daß sie die Notwendigkeit des politischen Handelns, also von Gesetzgebung und Parlament, anerkennen.

Wir werden Euch nach dem ersten November ein Rundschreiben zugehen lassen, in welchem wir Euch bekannt machen werden: 1. mit der provisorischen Tagesordnung des Kongresses; 2. mit den von unsren holländischen Genossen und von uns für die Sicherung des Erfolgs der internationalen Arbeiter- und Socialisten-Zusammenkunft getroffenen Vorbereitungen.

Wir bitten Euch, Eure Antwort an den internationalen Sekretär, den Genossen Victor Serwy, Volkshaus, Brüssel, Rue Joseph-Stevens, zu richten.

Im Namen des Sekretariats:

Die Mitglieder: E. Anseele, Em. Vanderveelde. Der Sekretär: Victor Serwy.

Die Regierung gegen das Kompromiß.

Das Sitzungszimmer war heute überfüllt. Die in Aussicht gestellte Erklärung des Grafen Posadowsky hatte eine große Anzahl von Mitgliedern des Hauses angezogen, darunter fast alle Mitglieder der Budgetkommission. Die Beratung begann aber nicht sofort mit der Erklärung des Grafen Posadowsky. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte nämlich Stadthagen zur Geschäftsordnung einen weiteren Berichterstatter für die Petitionen zu den Ziffern 1 und 2 des Tarifs zu wählen. Wangerheims Berichterstatter sei durchaus mangelhaft gewesen.

Vorsitzender Abg. Rettich behauptet, es sei Bericht erstattet. Die Petitionen, die nach dem 7. Januar eingegangen seien, wären noch nicht geordnet. Es entspinnt sich eine rege Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und Stadthagen. Stadthagen macht nochmals darauf aufmerksam, daß Wangerheim nur einige Titel aus der gedruckten Zusammenstellung der Petitionen vorgelesen habe. Was in den Petitionen selber stehe, habe er nicht gesagt. Deshalb müsse baldigst Bericht über die von Wangerheim übersehenen Petitionen erstattet werden.

Camp (Sp.) unterstützt diesen Antrag. Man einigt sich schließlich dahin, daß baldigst über die von Wangerheim übersehenen Petitionen Bericht erstattet werden soll.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky giebt nunmehr die erwartete längere Erklärung ab, in der er zu dem Schluß kommt, daß der Kompromißantrag Herold (L.) u. Gen. in keiner Form und in keinem Stadium der Beratung annehmbar ist.

Bebel (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich habe in der ganzen

Rede keinen Satz entbehrt, der der Öffentlichkeit entzogen zu werden braucht. Fast alles sieht schon in den Motiven oder der Staatssekretär hat es bereits im Plenum gesagt; was soll nun vertraulich sein?

Staatssekretär Graf v. Posadowsky fordert, daß seine Auseinandersetzungen über die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn und Rußland unbedingt als vertraulich behandelt werden.

Danach können die Ausführungen des Staatssekretärs, so weit sie nicht vertraulicher Natur waren, hier wiedergegeben werden. — Er fährt aus: Unser Handel hat sich auch unter der Geltung eines 5 Mark-Zolls für Roggen früher gedeihlich entwickelt. Die Kaufkraft des Landes hat nicht nachgelassen, die Kriminalität ist nicht gestiegen, die Volksvermehrung ist nicht zurückgegangen, kurz, alle Verhältnisse, welche an die Einführung eines 5 Mark-Zolls für Roggen geknüpft wurden, sind durch die Thatfachen nicht bestätigt worden. Es geht nicht an, bei Erörterung der Getreidezölle auf Irland oder Dänemark zu exemplifizieren, da in beiden Gebieten die Verhältnisse ganz anders liegen wie bei uns. Das „grüne Eiland“ ist durch den Golfstrom begünstigt und die Landwirtschaft hatte dort deshalb vorwiegend mit Weideland zu rechnen, ähnlich wie in Dänemark und Oldenburg, wo die Marschen ihrer Natur nach zu Weideland geschaffen sind. Für die Regelung unserer Zollfrage können nur die Bruttokosten der Erzeugung diesseits und jenseits der Grenze maßgebend sein. Die Zollfrage des Entwurfs für Getreide stellen die äußerste Grenzlinie dar, von seinem Doppeltarif sei im Entwurf nicht die Rede. Die Festlegung von Minimalzöllen für vier Getreide-Arten soll nur eine feierliche Erklärung der Absichten der Regierung sein. Vier Minimalzölle machen aber noch keinen Doppeltarif.

Nachdem der Staatssekretär diese Erklärungen abgegeben hatte, verließen die Agrarier, die in großer Zahl neben Vertretern anderer Parteien als Gäste der Kommissionsverhandlung bewohnten, in hellen Säulen den Sitzungssaal. Der Auszug der Enttäuschten! Im Tarifentwurf sind — so fährt der Minister fort — die verschiedenen inländischen Interessen gegeneinander abzuwägen worden. Nachdem nun aber einmal diese Ausgleichung der Interessen im Tarifentwurf stattgefunden hat auf Grund aufrichtigen Wohlwollens für die landwirtschaftlichen Interessen und nach reichlicher Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse, muß es als durchaus ausgeschlossen bezeichnet werden, daß die Minimalzölle dem Antrag Herold entsprechend erhöht würden. Wollte die Mehrheit des Reichstages um jeden Preis hohe Zölle aufrecht erhalten, dann muß sie das System der Minimalzölle ganz fallen lassen und alles dem Belieben der Regierung anheimstellen; der Staatssekretär weist jedoch des näheren auf einer Rede des kürzesten Widmark bei Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Frankreich nach, wie wenig gemeinpolitische und handelspolitische Fragen mit einander sich verquiden. Der Staatssekretär schließt mit der Erklärung, daß, wie der Reichskanzler schon deutlich zu erkennen gegeben habe, die verbündeten Regierungen für diesen Antrag in keinem Stadium der Verhandlungen zu haben sein würden.

Nachdem der Minister geendet, erteilte der Vorsitzende dem Abg. Graf Schwerin-Löwis (kon.) das Wort.

Bebel (Soz.) (zur Geschäftsordnung) erhebt Widerspruch und verlangt, daß nach der gestrigen Rednerliste verfahren werde, in der der Abg. Schwerin-Löwis nicht der erste Redner war, sondern ein Redner der freisinnigen Partei an erster Stelle stand.

Es entspinnt nun eine Debatte darüber, ob das Verlangen des Abg. Bebel berechtigt sei.

Der Vorsitzende erklärt, daß er das Wort abwechselnd an einen Anhänger und an einen Gegner des Zolltarifs geben wolle.

Stadthagen (Soz.) und Bebel (Soz.) erklären, ein solches Verfahren widerspreche der Geschäftsordnung.

An dieser Geschäftsordnungsdebatte beteiligten sich noch die Abgeordneten v. Kardorff (Sp.), Fischbeck (fr. Vp.), Sothein (fr. Vp.), Graf Schwerin (L.), Dr. Heim (L.), Speck (L.), Dr. Spahn (L.), Dr. Paasche (natl.) und Staatssekretär Graf Posadowsky. Das Vorgehen des Vorsitzenden findet keine Unterstützung und er ist schließlich gezwungen, dem Abg. Müller-Reiningen das Wort zu erteilen.

Dr. Müller-Reiningen (fr. Vp.): Die Entschiedenheit, mit der der Staatssekretär erklärt hat, daß die Regierung keinesfalls über die im Tarif für Getreide festgesetzten Zölle hinauszugehen wolle, sei erfreulich. Erfreulich sei diese Erklärung auch insofern, als aus ihr das Zugeständnis, daß der Doppeltarif verfehlt sei, zu erkennen sei. In begriffen sei auch die Erklärung des Abg. Dr. Heim aus der Geschäftsordnungs-Debatte, aus der hervorgehe, daß die Stellung der Regierung zu den Getreidezöllen den bayerischen Flügel des Centrums aus der Mehrheit herausdränge.

Er begräbe die bayerischen Landleute mit offenen Armen als Bundesgenossen für die Ablehnung des Zolltarifs der Regierung. Redner geht auf die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Minimaltarifs ein und befreit die Zulässigkeit von Doppeltarifen. Seiner Ansicht nach würden die dem Kaiser in der Verfassung gewährleisteten Rechte verletzt. Auch als Demokrat müsse er in Fragen, bei denen es sich lediglich um Auslegung und nicht um Gesetzgebung handele, eventuell kaiserliche Rechte verteidigen. Redner geht auf die Stellungnahme der Presse des Auslandes zu der Zolltarifvorlage ein. Die Äußerungen der ehemaligen französischen Handelsminister Resurreux und Delombre, daß die deutsche Regierung große, fast unüberwindliche Schwierigkeiten haben werde, halbwegs günstige Handelsverträge herzustellen, seien jedenfalls beachtenswert. Im schützöllnerischen Frankreich habe sich die von der Opposition befristete künstliche Begünstigung der Großlandwirtschaft und Schädigung der Kleinlandwirtschaft bereits eingestellt. Professor Courad habe eingehende Erhebungen über die Möglichkeit für kleinere Landwirte, Getreide zu verkaufen, angestellt und diese spräche durchaus gegen die geplante Zolltarifvorlage.

Als der Redner dann an der Hand eines reichen Zahlenmaterials aus der Reichsstatistik die Betriebsweise der meiningischen Landwirtschaft, die mit der gesamten mitteldeutschen im wesentlichen übereinstimmt, auseinandersetzt, wird die Mehrheit ungeduldig und unterbricht den Redner durch wiederholte Schlußrufe. Redner verbittet sich derartige Störungsvorwürfe und fährt in seinen Darlegungen fort. Eine Gleichstellung des Getreidezolls mit den andern Getreidearten sei nicht gerechtfertigt. Der Getreidepreis sei ein guter gewesen und die Erhöhung des Getreidezolls nicht zulässig, weil dadurch die Viehmäster am schwersten getroffen würden, da sie die ausländische Getreide nicht entbehren könnten. Das Risiko unserer Getreideernte steigt immer mehr; obwohl der Anbau rapid zunimmt, hält er nicht Schritt mit der Verbrauchsteigerung und macht eine erhöhte Getreideeinfuhr nötig.

Redner fährt in seinen Darlegungen fort, obwohl bereits das Glockenzeichen zur Eröffnung der Plenarsitzung ertönt. Der Redner will seine Rede abbrechen, um sie in der folgenden Sitzung zu Ende zu führen.

Der Vorsitzende erklärt dies für unzulässig und macht den Redner darauf aufmerksam, daß er sich wieder melden könne und dann das Wort erhalten werde.

Der Redner setzt seine Ausführungen bis nach 1/2 Uhr fort und erbricht abermals, nun abbrechen zu können.

Diesem Verlangen wird aber von der Mehrheit nicht stattgegeben und ein entsprechender Antrag abgelehnt. Darauf bricht Abg. Dr. Müller-Reiningen seine Rede ab.

Der Vorsitzende erteilt nun dem Abg. Jehm. v. Wangenheim (L.) das Wort. Bevor der Redner aber noch beginnen konnte, wird ein Vertagungsantrag auf Freitag angenommen. —

Die Erklärung des Grafen v. Posadowsky, daß die Regierungen weder jetzt noch in einem späteren Stadium der Beratungen die Mindestzölle des konservativ-ultramontanen Kompromißantrages bewilligen werden, macht den Versuchen der Ueberzöhlner ein Ende, noch höheren Wucher durch die Befreyung gewährt zu erhalten als die Regierung schon im Uebermaß ihnen bietet. Es war von vornherein klar, daß die Regierung, falls sie nicht den Zollkrieg als politisches Ziel will, über ihre Vorlage nicht hinaudgehen kann, da diese Vorlage schon mindestens die Wahrscheinlichkeit gefährlicher Zollkriege in sich birgt.

Die Parteien des Wucherkompromisses spielen vorläufig die Rolle der Enttäuschten und geben sich den Anschein, als sei ihnen nun an der Zollvorlage überhaupt nicht mehr viel gelegen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ findet in ihrer Abendnummer vom Donnerstag noch kein Urteil über die neue Situation. Sie erklärt aber, daß die Parteien „nicht mehr ernst genommen werden können“, welche den weiteren Zollrückzug mitmachen.

Die „Kreuzzeitung“ und die „Germania“, die leitenden Blätter der beiden großen Wucherparteien, machen den Versuch, einzuweisen noch „ernst genommen zu werden“. Das konservative Blatt will trotz der Erklärung des Grafen v. Posadowsky daran festhalten, daß das vielleicht doch noch nicht „das letzte Wort“ der Regierung bedeute; wenn es dies wäre, „so müßten wir“, sagt die „Kreuzzeitung“, „allerdings die Hoffnung, daß überhaupt etwas zu stande kommt, bedeutend herabsenken“. Ähnlich die „Germania“, die erklärt, daß durch die Ablehnung des jetzigen Kompromisses die Aussichten der ganzen Vorlage auf ein Minimum herabgedrückt wurden. Dabei deutet das Centrumsorgan an, daß statt des jetzigen Kompromisses vielleicht ein andres der Regierung annehmbarer sein werde.

Diese Äußerungen der Wucherpresse bedeuten nur eine Wastierung ihres Rückzuges. Wenn die Getreide-Mindestzölle sich nicht erhöhen lassen, so werden sie versuchen, die Regierungsvorlage durch andre Änderungen agrarisch zu „verbessern“. Und sollte auch dies schließlich nicht gelingen, so werden sie dennoch die Vorlage annehmen; sie sind dann in der angenehmen Lage, zu erklären: So große Opfer haben wir gebracht! Nun muß uns Notleidenden durch andre große und kleine Mittel doppelt schnell und doppelt reichlich geholfen werden!

Es wäre also ganz verfehlt, wenn jemand glauben sollte, daß durch die Erklärung des Grafen Posadowsky dem Wuchersech das Todesurteil aufgedrückt worden sei. Vielmehr tritt die Sammelpolitik nun in ein neues Stadium. Erst sammelten sich Konservative und Centrum zum Kompromiß, jetzt beginnt die Sammlung dieser Kompromißparteien mit den Nationalliberalen.

Damit beginnt für die Zollopposition der eigentliche Kampf! —

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Februar.

Der Reichstag

führte am Donnerstag die Generaldebatte über die Heeres-einrichtungen zu Ende. Die Diskussion war im wesentlichen eine Nachlese.

Die freisinnigen Abgeordneten Eichhoff, Kopsch und der jüngst in das Haus eingetretene Demmig besprachen das Thema der Lehrerbildung beim Militär, des Kontinentenwesens und der überflüssigen Kontrollversammlungen. Der konservative Abg. v. Brochhausen wiederholte das agrarische Verlangen auf grundsätzliche Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften durch die Proviantämter. Außerdem polemisierte er unter heftigen Angriffen auf die Socialdemokratie gegen die zweijährige Dienstzeit. Es war auffällig, daß vom Regierungstisch

niemand die zweijährige Dienstzeit in Schutz nahm. Sein Fraktionskollege v. Gersdorff entseffelte wieder eine kleine Polendebatte, indem er die Forderung nach mehr Garnisonen im Osten wiederholte.

Der Centrums-Abgeordnete Gröber nahm sich noch mal Herrn Rosen vor und fand die Ansicht des Reichs-Militärgerichts geradezu erschreckend, daß der Gerichtsherr auf Grund der Kommandogewalt selber in die Untersuchung eingreifen kann. Hoffentlich hält das Centrum Wort und hilft bei der nächsten Revision der Militär-Strasprozeß-Ordnung das Institut des Gerichtsherrn beseitigen.

Aus untern Reihen sprachen 4 Redner. Stadthagen teilte einen Fall mit, der auf das schlagendste beweist, zu welchen ungeheuerlichen Konsequenzen der Erlaß des Kriegsministers von 1894 führt, der die Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung im Heere verbietet. Leider hielt es der Kriegsminister, der heute ganz in Schweigen versunken war, wohl um die Bewilligung seines Gehaltes nicht noch länger hinauszufchieben, nicht für nötig, auf die direkte Frage unfres Genossen zu antworten und einen Kommentar zu jenem Erlaß zu liefern.

Behel fertigte den Grafen Roon gründlich ab und stellte die Unwissenheit dieses ehemaligen Generalleutnants in der früheren und gegenwärtigen Militärlitteratur fest. In wahrhaft überzeugender Weise that unser Genosse das Gerede von der Vaterlandsfeindschaft der Socialdemokratie ab. Kunert erwiderte dem Kriegsminister auf seine gestrigen Angriffe und hielt sein Urteil aufrecht, daß die Mißhandlung absolut wehrloser Menschen eine Freigebigkeit sei. Fischer-Sachsen schließlich besprach abscheuliche Soldatenqualereien, die in Jittau vorgekommen sind, und den Militärboykott, den der dortige Regiments-Kommandeur über die Wirte verhängt hat, die ihre Säle nur zu Gewerkschaftsversammlungen hergeben.

Der sächsische Militärbevollmächtigte Krug zu Ridda erklärte dieses Verhalten des Regiments-Kommandeurs merkwürdigerweise für eine Privatangelegenheit, auf welche die sächsische Militärverwaltung keinen Einfluß habe, und verwies in Sachen der Militärmißhandlungen in Jittau auf die schwebende Untersuchung.

Nachdem dem Kriegsminister das Gehalt bewilligt war, wurde die Venzmannsche Resolution gegen das Duell gegen die Stimmen der Rechten angenommen und dann die Weiterberatung des Militäretats auf Freitag vertagt.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Donnerstag in erster Lesung die Vorlage betr. den **Erwerb von Bergwerks-eigentum** im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund für den Staat. In seiner einleitenden Rede prius der Minister Müller die gegenwärtige Wirkung des Kohlenmonopols und erklärte ausdrücklich, daß eine Verstaatlichung des gesamten Bergbaues nicht in der Absicht der Regierung liege. Der wohlwollenden Beurteilung der Vorlage schlossen sich Redner aller Parteien an. Abg. Sautz (Bochum, natl.) gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß der Staat auch für die Wohlfahrt der westfälischen Bergarbeiter sein möglichstes thun werde.

Nach Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission setzte das Haus die Beratung des Etats der **Justizverwaltung** fort. Wie alljährlich wies die Regierung die Wünsche einzelner Redner auf Verbesserung verschiedener Beamtenkategorien, namentlich der Kanzlisten und Gerichtsvollzieher, mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage des Staates zurück. Gegen Schluß der Sitzung gab es noch einige heitere Momente, als ein katholischer und ein evangelischer Geistlicher, die Herren Hoheisel (C.) und Schall (L.), die Bedeutung der Seelsorge und einer guten Lektüre für die Gefangenen anpriesen, und der Vertreter des Ministers insbesondere die Schriften aus dem bekannten Hülleschen Zeitschriftenverlag als Verbesserungsmittel empfahl.

Am Freitag soll zunächst die Beratung fortgesetzt und dann mit der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern begonnen werden.

Die Viehverschickung in Preußen.

Die Unberücksichtigung, mit der die Agrarier aus sanitären Gründen die Sperrung der bayerischen Grenze gegen österreichisches Vieh verlangen, hat die Aufmerksamkeit wieder auf jenen schamlosen Fleischwucher gelenkt, den die Agrarier durch die von ihnen bewirkten Grenzsperrungen treiben.

Nachdem jetzt die Fleischpreise, namentlich auch für Schweinefleisch, eine gewaltige Höhe erreicht haben, ist es die Pflicht der Regierung, endlich die Sperrungen durchweg aufzuheben. Mit der dieser Tage verkündigten Aufhebung des Verbots der Einfuhr galizischer Rindvieh ist es nicht getan.

Man wird freilich behaupten, die Grenzsperrungen hätten sehr segensreich gewirkt, weil — so erzählt heute der Schweinebürger — infolge ihrer strengen Durchführung nahezu Seuchensfreiheit erreicht worden sei.

Dieser Einwand ist aber mehr als eine grobe Lüge. Obwohl die Grenzen Preußens mit einer schneidenden Mauer gegen fremdes Vieh blockiert sind, sind die Seuchen nicht erloschen.

Wie die „nahezu“ erreichte „Seuchensfreiheit“ aussieht, das lehrt die letzte amtliche Nachweisung über den Stand von Tierseuchen am 15. Februar 1902. Danach sind in Deutschland zu dieser Zeit versucht durch

Paul-Klauenseuche 238 Gebötte
Schweinefleuche 651 Gebötte

Von den 651 Gebötte, die von der Schweinefleuche befallen sind, entfällt fast die ganze Zahl auf die preussischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Polen, Schlesien und Sachsen. In Bayern ist z. B. nur ein einziger Hof verseucht.

Es sind also augenblicklich in Deutschland 889 Gebötte verseucht, deren weitaus größter Teil auf die östlichen Provinzen Preußens entfällt. Das ist das „gesamte“, „nahezu seuchensfreie“ Ostelbien, das Paradies der Junker, das sich die gesundheitsverderbliche ausländische Hölle schämen muß.

Wie aber ist der Stand der Viehseuchen in diesem Ausland, dessen „verseuchtes“ Vieh wir ausperren?

Nach der letzten uns vorliegenden, vom Ende des Jahres 1901 stammenden Statistik betrug die Zahl der verseuchten Höfe (Schweine- und Rindviehkrankheiten zusammengekommen):

Niederösterreich	28
Oberösterreich	3
Salzburg	0
Steiermark	13
Kärnten	13
Tirol	10
Borarlberg	1
Böhmen	15
Mähren	5
Schlesien	6
Galizien	117

Die hier verzeichneten Seuchen betreffen fast ausnahmslos Schweine. Versuchtes Rindvieh kommt in Oestreich fast gar nicht vor. Salzburg, Kärnten, Tirol, die Exportländer für Bayern, sind als völlig seuchensfrei anzusehen. Böhmen, gegen das sich Sachsen absperrt, ist ebenfalls durchaus unbedenklich.

In der Schweiz waren zur selben Zeit 6 Ställe von der Maul- und Klauenseuche, 6 von der Schweinefleuche heimgesucht — eine winzige Zahl.

Die Statistik ergibt demnach, daß nicht der mindeste gesundheitliche Grund vorliegt, die Grenze weiter zu sperren, zumal die Kontrolle an der Grenze viel zuverlässiger und gründlicher ist als im Innereverkehr. Ostelbien ist der eigentliche Seuchenerd, während Oestreich sich eines gesunden Viehbestandes erfreut.

Die Öffnung der Grenzen würde das Fleisch verbilligen, gesunde Tiere aus den deutschen Markt bringen und infolge der Konkurrenz auch zur sorgfältigeren Pflege und strengeren Seuchenschutz künstlich des inländischen Viehs führen.

Für die Grenzsperrungen kann im Ernst keine sanitäre Rücksicht geltend gemacht werden, sie muß folglich so schnell wie möglich beseitigt werden.

Die Straßenkämpfe in Spanien

Scheitern, namentlich in Barcelona, wieder einmal einen geradezu revolutionären Charakter angenommen zu haben. Freilich läßt sich der wahre Charakter der Vorgänge nach den Telegrammen keineswegs ohne weiteres erkennen. Denn wenn auf der einen Seite auch die spanischen Behörden alles aufboten, um eine wahrheitsgetreue Darstellung der Vorgänge zu unterdrücken, so haben andererseits doch frühere Erfahrungen gelehrt, daß die Depeschens-bureaus und bürgerlichen Privatkorrespondenten oftmals mit Sensationsnachrichten über Einzelheiten aufwarten, an der die schöpferische Phantasie ihrer Verfasser einen starken Anteil hat.

Zumehr in Scheitern die augenblicklichen Unruhen einen sehr ersten Charakter zu tragen. In Barcelona herrscht der Generalstreik, sticht aller Verkehr, werden Barricadenschlachten geschlagen. Ähnliche Zustände herrschen in andern Städten Cataloniens. Auch in Madrid selbst scheint es zu gären: man hält die Truppen in Kampfbereitschaft.

Die Ursachen des neuesten Aufstandes scheinen die gleichen zu sein, die auch alle die früheren Unruhen hervorriefen: die Mißwirtschaft der Regierung und des Spanientums, die Kollage der Arbeiter, die Agitation des in Spanien noch eine Art politischer Macht bildenden Anarchismus und der catalonischen Unabhängigkeitspartei. Alle diese Momente häufen den Zündstoff an, lokale Begebenheiten, Streiks und dergleichen lassen die ersten Funken sprühen, und das Vorgehen der Behörden und der Polizei entfacht dann die Lohse. Von dem eigentlichen Flammenherd aus fallen dann Brände auch in der Umgebung nieder. Das Parlament pflegt dann für die betreffenden Provinzen die verfassungsmäßigen Garantien aufzuheben und die Soldateska läßt solange ein Schredensregiment aus, bis die Kommunisten den letzten Funken ausgetreten haben. Da aber die Ursachen der ewigen Aufstände ungemildert fortbestehen, züngelt oft schon nach Monaten die Flamme von neuem empor.

Die Telegramme melden: **Barcelona, 20. Februar.** Die Lage verschlimmert sich immer mehr. Fortwährend finden Zusammenstöße statt, wobei stets zahlreiche Personen verwundet werden. Eine große Anzahl Wärdereien wurden vom Böbel zerstört. — Die Christen bedrohen diejenigen Kameraden mit dem Tode, welche die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Ebenso bedrohen sie die Druckereien, in denen noch gearbeitet wird, mit Verödung. Die Zeitungsbesitzer haben beschlossen, ihre Blätter so lange nicht erscheinen zu lassen, bis die Ruhe wieder hergestellt ist. Die Censur waltet immer noch aufs strengste ihres Amtes.

Barcelona, 20. Februar. Von den Ausländigen wurden drei Arbeiter, welche die Arbeit wieder aufnehmen wollten, getötet; ferner wurde ein Arbeiter, welcher den Preis des Brotes erhöht hatte, ermordet. — Der Verkehr der Straßenbahnen hat noch nicht wieder aufgenommen werden können. Auf den Märkten herrscht Mangel an Lebensmitteln, die Ausländigen verhindern das Schlachten von Vieh im Schlachthause. Es sind noch weitere Truppenverstärkungen eingetroffen. Die Unruhestörungen haben einen ausgeprägten anarchischen Charakter.

Der größte Teil der Schiffe hat den Hafen verlassen, ohne die Ladung zu löschen. — Zwischen den Soldaten und den Ausländigen in Tarrasa und Sabadell haben neue Zusammenstöße stattgefunden. Einige Personen wurden verwundet.

Hier halten die Ausländigen alle Waren an, bevor sie in das Zollgebäude gelangen.

Madrid, 20. Februar. General Wehler losferierte gestern mit der Königin-Regentin und hatte heute eine Unterredung mit den Militärbehörden.

Die Truppen in Madrid haben Munition erhalten; sie stehen in Bereitschaft, um im Notfall sofort auszurücken.

Madrid, 20. Februar. (Privat-Telegramm.) Aus Barcelona, wo eine große Panik herrscht, ist es unmöglich, genaue Nachrichten zu erhalten. Zwischen Militär und Bevölkerung kommt es vielfach zu Zusammenstößen, bei denen es Tote und Verwundete giebt. Zahlreiche Familien beginnen die Stadt zu verlassen.

Deutsches Reich.

Aus der **Jollkommission** wird uns noch geschrieben: In der Donnerstag-Sitzung offenbarte sich zu Anfang eine außerordentliche Schwermüdigkeit des Vorsitzenden, die ihn hinderte, den socialdemokratischen Antrag zu verstehen, über die noch nicht vorgetragenen Petitionen demnächst Bericht erstatten zu lassen. Schließlich gelang es doch. Viel Zeit ging auch dadurch verloren, daß die Linke die Befolgung der Geschäftsordnung auch an diesem Tage erst durch eindringliche Darlegungen sich erzwingen mußte.

Auf Hebererassangeu und Hebererumpelungsversuche muß die Linke jederzeit in der Jollstatkommission gerüstet sein. Es heißt, die **Mehrheit beabsichtigt**, die Debatte über die Kornzölle durch einen **Schlussantrag vor einer eingehenden Erörterung der Wirkung der Zölle zu Ende zu bringen**. Dabur wird einer sachlichen, gründlichen, schnellen Erledigung der Kommissionsberatungen nicht gebiet. Dafür werden die Socialdemokraten nicht verantwortlich gemacht werden können.

Tausch und Prekmache. Das auswärtige Amt in Berlin hat alle Hände voll zu thun, um eine „gute Presse“ für die Amerikafahrt des Prinzen Heinrich zu schaffen; ist doch sogar der Direktor des Wälffischen Telegrammen-Bureaus beauftragt worden, an der Reise teilzunehmen, damit er — nach dem Muster der Waldseeischen Triumpfhahrt im Sommer 1900 — für die nötige Vergeistigung der Stimmungstelegramme Sorge.

Für diese Prekbehandlung ist ein Telegramm charakteristisch, das ein Herr Robert Warner dem „New York Journal and American“ sendet:

Berlin, 6. Februar. Geheimrat Dr. Hamman rief mich spät heute nachmittag per Telephon nach dem Kuswärtigen Amte, um mir als Vertreter des Reichskanzlers v. Wälro zu erklären: Ich bin offiziell beauftragt, dem Journal

den Dank Sr. Majestät auszusprechen. Der Kaiser sendet seinen Bruder nach Amerika, um der Administration und dem Volke der Vereinigten Staaten einen neuen Beweis seiner freundschaftlichen Gesinnung zu geben und die Bande, welche die beiden Nationen verbinden, fester zu knüpfen. Seine Majestät ist überzeugt, daß das amerikanische Volk seine Intentionen zu schätzen weiß, und wünscht seiner Befriedigung über die Unterfertigung, welche die amerikanische Presse seinen Bestrebungen entgegenbringt, Ausdruck zu geben. Mit großer Gemüthsruhe bemerkt der Kaiser, daß jene amerikanischen Zeitungen, die früher Deutschland gegenüber sehr argwöhnisch waren, zu besserem Verständnis der freundschaftlichen Politik der deutschen Regierung belehrt worden sind.

Monarchisten mögen es nicht sehr taftvoll finden, daß Herr Hamman die Perion des Kaisers benutz, um die Einwirkung auf die zugängliche Presse zu verstärken.

Wie sieht es mit dem Brief des Prinzen Heinrich an Dewey, Herr Hamman?

Ausland.

Die Triester Totenopfer.

—st— **Wien, 19. Februar.** (Fig. Ser.) In Triest ist vollständige Ruhe eingeleitet und nur die brutalen Maßregeln der Regierung Koerber: Die Verhängung des Standrechts und die Eistierung der staatsbürgerlichen Rechte erinnern an die schrecklichen Tage, an welcher das Mannlicher-Gewehr wider die eignen Staatsbürger gerichtet worden ist. In dem Augenblicke, da der Spruch des Schiedsgerichts bekannt wurde, legte sich in der aufgewühlten Stadt die Erregung: Die Gewaltmaßregeln der Verwaltung waren schon in dem Moment überflüssig und zweckwidrig, da sie erlassen wurden. Wohl war schon lange nicht der Streik der Lohdheizer die Ursache, die die Erregung genährt hatte, aber wer die Psychologie der Massen begreift, versteht schon, daß eine selbst von ihrer Empfindung weitab entfernte Thatsache auf die Leidenschaften ernüchternd wirken konnte. Dann kamen die Elemente Herrn v. Koerber zu Hilfe, eine schreckliche Vora hatte die Strafen gefäubert, nicht die Drohungen, die in den verhängten Gewaltmaßregeln der Regierung liegen. Am Montag wurde die Arbeit auf allen Punkten aufgenommen; die vom Bureau Herold auch nach Berlin versandte Nachricht, die Arbeiter hätten neuerlich den Streik verkländert und verlangten zuerst die Zurückziehung des Militärs, war, wie so viele „offizielle“ Meldungen, die die Triester Tage hervorgebracht haben, eine tendenziöse Unwahrheit.

Gestern kamen die erbitternden Ereignisse von Triest im Abgeordnetenhaus zur Sprache. Gemäß dem Gesetze legte die Regierung die Ausnahmeverordnung vor und Herr v. Koerber begründete sie mit einer langen Rede. Aber die entstellten und gefärbten „amtlichen Berichte“ des mit Schuld und Blutschuld beladenen Triester Statthalters wurden von unserm Genossen Ellenbogen in einer von leidenschaftlicher Erregung durchglühten Rede in unbarmherziger Weise zerstückelt, und mit unbarmherziger Logik wurde dargelegt, daß die Schuld an den traurigen Dingen niemand anders trifft, als die unzureichende, gewissenlose, verwahrloste staatliche Verwaltung in Triest. Außer der Socialdemokratie wurde die Gewaltthat in heftigster Weise von den italienischen und radikal-geheimen Parteien angegriffen; die sogenannten maßgebenden Parteien schwiegen. Sie wollten wohl ihrem geliebten Koerber nicht wehe thun, für seine Brutalitäten zu sprechen fand aber niemand den traurigen Mut. Die Vorlage wurde einem Specialauschuss zugewiesen, dessen Wahl heute erfolgte und der nach einem Antrag der Deutschen Volkspartei seinen Bericht binnen acht Tagen erstatten soll. Es unterliegt aber fast keinem Zweifel, daß dieser Bericht nicht erscheinen, sondern daß die Ausnahmeverordnung bald aufgehoben werden wird. Herr v. Koerber wird auf die Wiederholung der gestrigen Debatte nicht expect sein.

Bekanntlich hatte die Regierung, um ihre Brutalitäten zu entschuldigen, das Gerücht auszusprengen lassen, daß die Ausschreitungen der Masse — an der ja noch der Erklärung des Herrn v. Koerber die Arbeiter gar nicht teilgenommen haben sollen — durch anarchische Aufreizungen erfolgt sein sollten. Um diese Ausschreitungen wahrheitsgemäßer zu machen, hat man dem bekanntlich auch eine Anzahl „Anarchisten“ verhaftet und zwar sollten bei diesen Mädelführern allerhand Waffen gefunden worden sein. Wie nun der Wiener Arbeiter-Zeitung von dem Genossen Queber, der sich selbst einige Tage in Triest aufgehalten hatte, mitgeteilt wird, ist man bei der Verhaftung dieser „Anarchisten“ einfach derartig vorgegangen, daß man mit großer Waffenmacht in Cafés und Restaurants einbrach und dort auf's Geratewohl Leute verhaftete, deren Physiognomie man für verdächtig hielt. Im ganzen seien über 100 Personen verhaftet worden. Daß bei den Verhafteten Waffen gefunden worden seien, sei absolut unwahr.

Frankreich.

Bellegung des französisch-venezolanischen Konflikts. Minister Delcassé und der bevollmächtigte Vertreter von Venezuela Rauborguet unterzeichneten gestern ein Abkommen betreffend die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Venezuela, dessen Ratifizierung bis zum 1. Mai d. J. erfolgen soll, und ferner einen **Wahlgütervertrag** zwischen beiden Ländern, der unmittelbar nach jener Ratifizierung dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet werden wird.

Bei Beratung des Kultusbudgets in der französischen Kammer brachte der socialistische Abg. Vireon einen Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, die Trennung von Kirche und Staat vorzubereiten. Wenn die abgehende Kammer auch nicht mehr das Gesetz durchführen könne, so solle sie doch wenigstens einen principellen Beschluß annehmen und der kommenden Legislaturperiode denselben als Erbe hinterlassen. Der Antrag wurde mit 388 gegen 173 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag des socialistischen Abg. Dejeante, in welchem die Regierung ersucht wurde, die Priesterseminare nicht mehr unentgeltlich von staatswegen herzugeben, wurde mit 819 gegen 206 Stimmen abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Debatte werden die minimalen Lehrer- und Lehrerinnengehälter kritisiert und eine Aufbesserung derselben verlangt.

Belgien.

Ein socialistisches Telegramm an den König. Von der Versammlung, die am Sonntag in Charleroi zu Gunsten der Einführung des einfachen Wahlrechts stattfand, und an der gegen 15 000 Personen teilnahmen, wurde die Abendung eines Telegramms an den König beschlossen. Es lautete:

„An Se. Majestät Leopold II., König der Belgier. 15 000 Proletarier, die im Raillon du Peuple zu Charleroi vereinigt sind, fordern die politische Gleichheit aller Bürger und hoffen, daß Se. Majestät Leopold II. die Stimme des belgischen Volkes, welches das allgemeine, einfache und gleiche Wahlrecht verlangt, hört.“ Die Annahme dieses Telegramms geschah unter den Rufen: „Hoch die Republik!“ Es sollte nicht etwa ein Ergebenheits-Telegramm sein, sondern, wie der Antragsteller, der Genosse Pasteur, ausführte, bedeutete das Telegramm eine Mahnung an den König, den Wünschen des Volkes sich nicht zu widersetzen.

Älien.

Verhinderung der Mandchurer-Verhandlungen. Aus Petersburg wird der „Fransf. Zig.“ berichtet: Der Tod des hiesigen chinesischen Gesandten Juan Juan dürfte eine weitere Störung in den Verhandlungen zwischen China und Rußland über die mandchurische Frage zur Folge haben. Der Tod des Gesandten kommt der chinesischen Regierung, wie man hier meint, sehr gelegen, da bis zur

Arbeits des neuen Gesandten in Petersburg jedenfalls einige Zeit vergehen wird. —

Amerikanischer Protest gegen das Mandchurien-Abkommen.
Der Staatssekretär Hay hat nach einer Laffan-Meldung am 1. Februar an die Regierungen Englands und Chinas folgende Mitteilung über die Stellung Amerikas zur Mandchurien-Frage gerichtet: „Die Regierung der Vereinigten Staaten kann ein Abkommen, wodurch China einer Körperschaft oder Gesellschaft ausschließliche Rechte oder Privilegien für den Betrieb von Bergwerken, die Errichtung von Eisenbahnen oder sonst in irgend einer Weise für die industrielle Aufschließung der Mandchurien erteilt, nur mit der ernstesten Besorgnis betrachten. Dies schafft ein Monopol, das offensichtlich die Vereinbarungen der zwischen China und den fremden Mächten abgeschlossenen Verträge durchbricht, wodurch die Rechte der amerikanischen Bürger ernstlich betroffen werden. Es bedrängt ihren rechtmäßigen Handel, da er nachteiliger Klassifizierung, Einmischung und anderer Benachteiligung ausgesetzt wird, und birgt in hohem Grade die Gefahr in sich, daß die Souveränitätsrechte Chinas in diesem Teil seines Gebiets dauernd beeinträchtigt werden; zugleich vermindert es seine Fähigkeit, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Außerdem würde ein derartiges Abkommen von Seiten Chinas zweifellos Forderungen anderer Mächte nach gleichen oder ähnlichen ausgedehnten Vorteilen in anderen Gebieten des chinesischen Reiches zur Folge haben, und das unvermeidliche Ergebnis würde der vollständige Schiffbruch der Politik der absolut gleichen Behandlung aller Nationen in Bezug auf Handel, Schiffahrt und Verkehr innerhalb der Grenzen des chinesischen Reiches sein. Andererseits widerspricht die Erteilung derartiger ausschließlicher Vorzugsrechte durch eine Macht für den Handel ihres Landes den von dem kaiserlich russischen Minister für auswärtige Angelegenheiten der diesseitigen Regierung wiederholt übermittelten Versicherungen, die kaiserliche Regierung habe die Absicht, in China die Politik der „offenen Tür“ zu befolgen, wie sie von der Regierung der Vereinigten Staaten bekräftigt wird und von allen Vertragsmächten, die in jenem Reiche Handelsinteressen haben, angenommen ist. Aus diesen Gründen unterbreitet die Regierung der Vereinigten Staaten, jetzt wie früher von dem aufrichtigen Wunsche befeuert, der ganzen Welt die Wohlthaten des ungehinderten Verkehrs zwischen China und den Mächten auf der Grundlage gleicher Rechte und Vorteile für alle zu sichern, das Obenstehende der ersten Erwägung der kaiserlichen Regierung Chinas und Englands, in der Zuversicht, daß sie dessen Bedeutung durch Ergreifung solcher Maßnahmen anerkennen werden, die die gerechtfertigte und natürliche Besorgnis der Vereinigten Staaten aufheben.“

Kommunales.

Stadtverordneten - Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Februar 1902, nachmittags 5 Uhr.

Die Einführung und Verpflichtung der neu gewählten Mitglieder Handelsrichter Deutsch und Kaufmann Wolff (in Firma Loeser u. Wolff) wird in der herkömmlichen Weise vollzogen.

Es muß zunächst die namentliche Abstimmung wiederholt werden über den Antrag auf Schluß der Beratung des Antrags Cassel wegen der im Reichstage gegen die städtische Krankenhausverwaltung erhobenen Anschuldigungen. Bei der Abstimmung hierüber war vor 8 Tagen gegen 11 Uhr abends die Versammlung beschlußfähig geworden.

Der Schlußantrag wird mit 58 gegen 43 Stimmen angenommen.

Stadt. Singer (persönlich): Ich bedauere, infolge Schlußes der Debatte auf die sachlichen Angriffe nicht antworten zu können. Herrn Rommsen gegenüber, der meine Worte als Schamlosigkeit bezeichnete, berufe ich mich auf ein altes Wort: Wer schimpft, hat Unrecht! (Heiterkeit) Vorsteher Dr. Langerhans: Geschimpft ist das doch nicht, Herr Singer. Das ist Auffassungsfrage. (Große Heiterkeit. Der Herr Oberbürgermeister hat sich im Gegenüber in die Rolle eines Richters verlegt. Ich bedauere, ihm diese Qualifikation nicht zusprechen zu können. Wollte ich ihm aber sagen, wie man außerhalb der Versammlung über den Ton und die Art urteilt, die er gegen mich ansetzt, so würde ich mir ungewiss sein, ob er mich zuziehen, was ich nicht wünsche. Er hat mir vorgeworfen, daß ich im Reichstage kein Wort für die Stadt Berlin gegen die Angriffe des Abtritts einlegte. Unter seinen politischen Freunden waren Leute dort, die näher dran waren, seine Verwaltung zu verteidigen, als ich. Der Herr Oberbürgermeister hat ferner gemeint, ich hätte mich dadurch einer Handlung mitschuldig gemacht, die er als stillschweigend anerkennen könne, und daß ich dadurch die Selbstverwaltung in Gefahr bringe. Ohne jede Ueberhebung darf ich sagen, daß ich in Bezug auf die Wahrung und Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung jede Konkurrenz mit ihm aushalte.

Stadt. Cassel nimmt als Antragsteller das Schlusswort: Mit der Mehrheit und sämtlichen Antragstellern erkläre ich mich für befriedigt mit der von den Magistratsverordneten erhaltenen Auskunft. (Auf: Gemütsame Leute!) Die Verwaltung ist danach auf der Warte, nach allen Richtungen unsere Krankenhäuser auf der Höhe zu erhalten. Auch im Gebiete der Krankenhauspflege kann hier und da etwas der Wohlhilfe Bedürftiges vorkommen, aber aus einzelnen Verstößen darf man doch nicht allgemeine Angriffe heilen. Ich will das Wort: Wer schimpft, hat Unrecht! nicht auf Herrn Abtritt anwenden, weil er geschimpft hat. Wer aber librettirt und Schlässe zieht aus Tatsachen, die zum Teil unbewiesen sind, zeigt, daß er das Unrechte getroffen hat. (Zuruf des Stadt. Stadtsagen: Das wenden Sie mir auf sich an!) Dieser Zwischenruf bekräftigt mich in keiner Weise. Es ist unmöglich, Herren zuzureden zu stellen, die auch für Verbesserungen kein Wort der Anerkennung haben. Ich bedauere nur, daß der beste Zeuge für uns, Professor Birchow, durch Krankheit und ferngehalten wurde. Ich ziehe hiermit namens meiner Freunde den von uns gestellten Antrag zurück.

Stadt. Singer: Ich mache von meinem Rechte Gebrauch, den Antrag wieder aufzunehmen, weil wir durch die erhaltene Auskunft nicht befriedigt sind.

Stadt. Stadtsagen verlangt das Wort zur Geschäftsordnung. Vorsteher Dr. Langerhans mahnt zur Ruhe, man solle doch jetzt den Streit begraben und jetzt gemeinschaftlich zusammenwirken.

Stadt. Singer: Wenn der Herr Vorsteher damit meint, ich soll den aufgenommenen Antrag wieder aufgeben, so bedauere ich, dem nicht nachkommen zu können.

Stadt. Rommsen: Die Verhandlung vom letzten Donnerstag ist nicht bloß für das rote Haus und für uns selbst bestimmt. Ich stelle daher den Antrag, den stenographischen Wortlaut derselben im Gemeindeblatt zu veröffentlichen und die betreffende Nummer sämtlichen Mitgliedern des Reichstags und des Bundesrats zuzustellen.

Die Versammlung ist damit einverstanden; der Vorsteher wird die nötigen Anweisungen geben.

Darauf wird der jetzige Antrag Singer, frühere Antrag Cassel, in der Abstimmung abgelehnt.

Die sozialdemokratische Fraktion, Stadtw. Augustin u. Gen. beantragen, den Magistrat zu ersuchen, die Verfügung vom 25. Oktober 1901 betr.

die Nichtanwendung des § 616 B. G. B.

a ußer Kraft zu setzen und den Magistrat zu ersuchen, der Verammlung eine Vorlage zum Zweck anderweitiger Regelung der Materie zu machen.

§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches lautet: Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruches auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetz-

licher Verpflichtung bestehenden Renten- oder Unfallversicherung zufließt.

Es ist Ausschuhberatung beantragt.

Stadt. Heimann (Soc.): Die erwähnte Verfügung ist bereits vor mehreren Monaten ergangen und hat in weiten Kreisen Enttäuschungen, Befremden und Unwillen hervorgerufen. Kommunalbetriebe sollten ja eigentlich wohl Mutterbetriebe sein. Wir wünschen aber in diesem Punkte nur ganz bescheiden, daß Berlin sich nicht von anderen Kommunen allzu sehr überlagern lassen möge. Wir haben uns an zahlreiche Kommunen um Auskunft gewandt und sie erhalten, von elf Kommunen in ausführlicher Weise. Manche Regelung hat auch nicht wirken können, aber so unsozial ist keine Verfügung als die des Berliner Magistrats. (Hört! hört!) Die Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist leider nicht zwingendes Recht, und Berlin legt nur einfach durch eine generelle Verfügung diese Schutzbestimmung für alle seine Betriebe außer Kraft! Das bestehende Recht hint zu überhaupt dem Rechtsbewußtsein des Volkes erheblich nach; ein solcher Fall liegt auch hier vor. Geheimrat Wand, der berühmte Kommentator des Bürgerlichen Gesetzbuchs, führt aus, daß diese Bestimmung endlich dem Anspruch der Billigkeit genüge thun soll. Unsere Freunde im Reichstage haben sofort die Verfassung ausgesprochen, daß diese Bestimmung wohl auf dem Papier stehen bleiben würde; aber von den bürgerlichen Parteien wurde eingewendet: große Unternehmungen, Kommunen zc. würden sich scheuen, diese Bestimmung zu ignorieren. Niemand aber hat daran gedacht, daß die erste Kommune Deutschlands alle Lasten aus diesem Paragraphen von sich ab und auf ihre Arbeiter wälzen würde. Der Oberbürgermeister sagte neulich mit großer Empfindung, unsere Kritik ruiniere noch die ganze Selbstverwaltung. Das ist total falsch. Gewisse Stellen richten gegen Berlin unzulässige Angriffe; aber eine dreierlei Angriffsfläche als durch diese Verfügung können die Herren den Gegnern Berlins überhaupt nicht geben. Ganz wie das Verhalten in der Wohnungsfrage wird diese Verfügung von den Gegnern angezogen als ein Beweis dafür, daß man den Kommunen keine Freiheiten geben darf, weil sie davon keinen Gebrauch zu machen verstehen. Man wird uns sagen, die Sache ist für Berlin gar nicht so schlimm; aber je kleiner der Kreis, um so gefährlicher und heimlicher die ganze Angelegenheit. Soweit wie Berlin ist keine andere Kommunalverwaltung gegangen. Dresden lehnt allerdings eine Verpflichtung auch ab, aber Unterbrechungen in der Arbeit durch Besuch der Kontrollversammlungen werden auch dort voll bezahlt. Keine der übrigen Kommunen hat einen solchen generellen Beschluß vorgenommen. Nach § 138 B. G. B. sind Abreden, die gegen die guten Sitten verstoßen, nichtig. Der Centralverband deutscher Industrieller machte schon 1900 einen ähnlichen Versuch, aber die Gewerbeträger erhoben übereinstimmend Einspruch gegen die Einführung eines solchen Passus in die Arbeitsordnung als gegen die guten Sitten verstoßend. In Hamburg hat ein Innungsstatut, welches eine ähnliche Bestimmung enthielt, die Genehmigung des Senats nicht gefunden. Sowohl Verwaltungs- wie juristische Beamte haben also aus Rechtsgründen diesen Beschluß verworfen. Vom rein menschlichen Standpunkt aus ist eine solche generelle Aufrechterhaltung einer zum Schutze der Schwachen getroffenen Bestimmung mit den guten Sitten nicht vereinbar; sie ist schon bedauerlich bei einem Privatunternehmer, geschweige denn bei einer Kommune. In dem Verwaltungsbericht über das Gewerbejahr führt unser Magistrat Klage darüber, daß der § 616 von den Unternehmern häufig ausgeschlossen wird, und dieser selbe Magistrat scheint sich nicht, generell den städtischen Arbeitern gegenüber denselben Weg zu gehen! Die Nr. 2 der Verfügung geht noch hinter das zurück, was gewöhnlich den Handlungsgehilfen, den Werkmeistern und Betriebsbeamten schon jetzt zusteht, nämlich sechs Wochen. Charlottenburg zahlt den halben Lohn für 26 Wochen, auch die Minimalleistungen der anderen Kommunen sind mindestens sechs Wochen.

Der dritte Punkt, die militärische Einziehung betreffend, hat eine solche Empörung hervorgerufen, daß sich der Magistrat zu einer Deklaration entschließen mußte; diese macht aber die Verfügung in keiner Weise annehmbarer. Die Wiedereinstellung bleibt auch hier nach die Ausnahme.

Wir können ja den Magistrat nicht zwingen, diese innerhalb seiner Kompetenz erlassene Verfügung zurückzunehmen, aber wir wollen mindestens zum Ausdruck bringen, daß die Versammlung nicht Teil hat an einer so engstirnigen und unsozialen Verfügung. (Lebhafte Beifall.)

Stadt. Ramdau: Der Vorredner ist von irrthümlichen Voraussetzungen ausgegangen. In dem § 616 ist von der „nicht erheblichen Zeit“ die Rede und das ist Gegenstand der Interpretation und zwar der richterlichen. Eine so dehnbare Bestimmung können wir in unserer Verwaltung nicht brauchen. Es muß eine gewisse Eintheiligkeit in der Beurteilung dieser elastischen Bestimmung erzielt werden. Auch für die Arbeiter selbst ist es eine Wohlthat, wenn sie wissen, was rechtens ist; sie können ja sonst gar nicht zur Ruhe. Wir haben nicht den § 616 eliminiert, sondern etwas andres an seine Stelle gesetzt. Wir haben auch Ermäßigungen eingebracht und zwar bei 26 Kommunen. In Breslau wird keineswegs unbeschränkt, sondern für höchstens zwei Wochen gezahlt. Im vorigen Juni hat die Versammlung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, den städtischen Arbeitern für die Landwehrübungen einen Zuschuß in Höhe des Tagelohnes zu gewähren; da ist bloß von den Landwehrmännern, noch nicht einmal von den Reservisten die Rede, und auch jene sollten mindestens ein Jahr bei der Stadt beschäftigt sein. Das ist also ein ekkantanter Widerspruch. Die Leute, die zur Kontrollversammlung gehen, erfahren bei uns keinen Lohnabzug. Der Gesetzgeber hat mit vollem Recht diese Bestimmung nicht als zwingendes Recht statuiert; sie konnte wohl für kleine Verhältnisse passen, aber nicht für große Kommunen. (Zwischenruf: Umgekehrt!) In der Gosserverwaltung hat noch kein einziger Arbeiter von der Befugnis Gebrauch gemacht, nach einem halben Jahr in ein engeres Verhältnis zur Verwaltung zu treten, weil sie ein solches abhängiges Verhältnis nicht wollen. (Hört! hört!) Da kann man also den Vergleich mit den Handlungsgehilfen nicht heranziehen. Ich kann Sie nur bitten, den Antrag abzulehnen.

Stadt. Maas (A. L.): Wir haben Ausschuhberatung beantragt, weil wir, obwohl die Mehrzahl den Beschluß des § 616 für richtig hält, doch die einzelnen Bestimmungen für verbesserungsbedürftig halten und sie in einem Ausschusse prüfen lassen möchten. Die Gewerbeverträge haben verschieden geurteilt. Der Lösung des Arbeitsverhältnisses im Falle der Einziehung zu Militärübungen kann ich nicht zustimmen.

Stadt. Hugo Sachs (A. L.): Ich hoffe, daß es zu einem Kompetenzkonflikt zwischen dem Magistrat und uns aus diesem Anlaß nicht kommen wird. Der Magistrat hätte den nicht bedeutungsfähigen Ausdruck „Ausschließen des § 616“ gar nicht gebrauchen sollen. Die Nummern 4 und 5 sind viel zu allgemein gefaßt.

Stadt. Jubel (Soc.): Der Stadtrat hat sich die Sache doch zu leicht gemacht. Bei der II. Gasinspektion ist ein Arbeiter auf Veranlassung der Polizei zur Ausschuhberatung in seinem Militärverhältnis aufs Bureau beschieden worden und die Stunde wurde ihm abgezogen. Die Arbeiter sträubten sich gegen das engeres Vertragsverhältnis, weil sie nicht des letzten Restes von Selbständigkeit beraubt werden wollten. Nach der Verfügung vom 25. Oktober 1901 haben alle Markthallen, Part- und Arbeiter ausdrücklich Reserve unterschreiben müssen, wonach sie sich jeden Anspruchs begeben. So liegen die Dinge und nicht, wie der Herr Stadtrat es dorstellte. Wenn die städtische Arbeiterschaft mit ihren Familien 40-45 000 Köpfe zählt, so hat ein großer Teil der städtischen Bevölkerung wohl ein Recht darauf, daß ihm ein Recht, wie das nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, nicht durch einen Federstrich eskamotiert wird. Der Gewerbedirektor Schalkow spricht sich ganz im entgegengelegten Sinne wie der Magistrat aus. Aber dieser ist dem schlimmen Beispiel der staatlichen Eisenbahnverwaltung und anderer Großbetriebe gefolgt. Die städtischen Arbeiter haben eine Versammlung abgehalten und eine Resolution an die städtischen Behörden gefaßt; sie verlangen darin auch die endliche Anerkennung der Arbeiterausschüsse und die Einführung der Ausschuhwahlen, wie sie die Stadtverordneten-Versammlung gefordert hat. Ueber diesen Beschluß der Schwesterbehörde ist der

Magistrat bisher einfach hinweggegangen. Auch über die Behandlung der erkrankten Arbeiter in der Desinfektionsanstalt in der Reichenbergerstraße wird schwere Klage geführt; ich bitte auch diese Klagen zu untersuchen, man wird mich da nicht einer Unwahrheit zeihen können, auch nicht einer Gehebre, wovon unendlich der Oberbürgermeister sprach.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich muß diese Behauptungen durchaus bestreiten. Wenn man den Dingen auf den Grund geht, bleibt meistens nichts davon übrig. Herr Jubel hat bei der Debatte über die Arbeitslosigkeit gesagt, eine Tischlerei in der Köpplerstraße habe Arbeiter entlassen müssen, weil die städtische Bauverwaltung zu langsam mit der Begebung der Arbeiten für das Birchow-Krankenhaus vorgegangen sei. Diese Angabe hat sich, wie sich aus dem Bericht der Verwaltung ergibt, als völlig unbegründet erweisen. Ich will nicht behaupten, daß absichtlich die Unwahrheit gesagt worden ist, aber Herr Jubel ist sehr schlecht unterrichtet gewesen. Auch in Bezug auf Breslau täuscht er sich, auch dort ist ein klager Anpruch aus § 616 ausgeschlossen. Ich habe auch nicht von Hebriden gesprochen. Wir wollen den Arbeitern zugestehen, was im Recht und in der Billigkeit liegt; was er und sein Anhang den Arbeitern verspricht, ist unerfüllbar und ich hoffe, daß die Arbeiter das mit der Zeit auch einsehen werden. Den Antrag auf Ausschuhberatung will ich nicht bekämpfen; den Antrag Augustin aber bitte ich ganz entschieden abzulehnen. Herr Heimann hat ja selbst unsere Kompetenz zugegeben, democh müdet man uns zu, die Verfügung aufzuheben und ihre Zustimmung einzuholen zu einer anderweitigen Verfügung; das ist ja eine volle Umkehrung der Verhältnisse. Daß die Herren sich so an meine Aeußerungen über die Wahrung der Selbstverwaltung attachieren, beweist mir, daß ich ins Centrum getroffen habe. Ohne Kritik läßt sich eine so große Verwaltung überhaupt nicht führen, eine selbst beständige Kritik würde ich mir erlauben, aber zwei Vorbedingungen sind nötig: Prüfung der tatsächlichen Unterlagen und zweitens, daß doch nicht bei jeder Gelegenheit an der Ehrenhaftigkeit oder an der Zurechnungsfähigkeit der Gegner gezweifelt wird. (Sehr gut.) Wenn es soweit gekommen ist, daß ein ehrenhafter Mann wie Heimann von dem Stadtw. Hoffmann beschuldigt wird, er könne sich verleiten lassen, gegen das Interesse Berlins zu stimmen, weil er für die Vergebung eines Restaurants an einen Pächter eintritt, dessen Vater Vier von einer Brauerei bezieht, an der er beteiligt ist, wenn man solche Proscriptionslisten aufstellt, dann hat die Kritik einen Grad erreicht, der für die städtische Verwaltung gefährlich ist — und da sage ich nicht Whantomen nach. Die Herren, die die Stadtratsstellen zu vergeben haben, wissen doch, daß sich viele Mitbürger bedanken, sich wählen zu lassen, weil sie so laher Kritik sich nicht aussetzen wollen (Hört! hört! und Zustimmung). Darauf aufmerksam zu machen ist nicht nur mein Recht, sondern meine Pflicht, und daran werde ich mich weder hindern lassen durch die Angriffe des Herrn Singer hier, noch durch die unparlamentarischen Ausfälle gegen mich außerhalb der Versammlung! (Lebhafte andauernde Beifall und Händeklatschen. Rufen und Ruf: Chor der Landräte.)

Stadt. Wallach (A. L.) hält mit einem Teil seiner Freunde Ausschuhberatung nicht für notwendig, die Sache sei vollständig geklärt. In der Versammlung, von der Jubel gesprochen, habe ein Vortrag über den Solitax auf der Tagesordnung gestanden, und plötzlich sei durch das Zutun von Jubel eine solche Resolution eingebracht und angenommen worden.

Stadt. Perle (A. L.) spricht sich für Ausschuhberatung aus; er könne sich mit der Selbstgenügsamkeit des Herrn Wallach nicht befremden.

Stadt. Jubel: Der Oberbürgermeister hat sich nicht an die richtige Quelle gewandt, die ich f. B. durchsichtig genug angedeutet halte. Diejenigen, die die städtischen Subventionen übernehmen, sind nicht selbst die Ausführer der Arbeiten, sondern die Sachen gehen noch in die zweite und dritte Hand. (Hört! hört!) Die städtischen Arbeiter stellen ihre Forderungen, nicht wir. Daß sie durch uns vertreten werden, nehmen Sie uns ja wohl nicht übel. Sie verlangen generelle Regelung des gesamten Arbeitsvertrages, Arbeitsordnungen und die Schaffung und Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse sowie die endliche Beschränkung der Befugnisse der untersten Verwaltungsorgane. In jener Versammlung waren alle Stadtverordneten eingeladen worden und auf der Einladung stand ausdrücklich als zweiter Punkt: (W o r t e h e r: Ich ersuche Sie, zur Sache zu sprechen!) Ich antworte nun Herrn Wallach!... (Vorsteher: Ich mache Sie darauf aufmerksam, wenn ich Sie zum zweitenmal zur Sache rufe, entziehe ich Ihnen das Wort! Große Unruhe bei den Socialdemokraten.)... Dann möchte ich mich fügen, aber in meinem Vertrauen in Ihre Unvorsichtigkeit würde ich wandeln werden... (Zuruf: — als zweiter Punkt: Die städtischen Arbeiterverhältnisse. Die Forderungen der städtischen Arbeiter werden, wenn auch langsam, zum Durchbruch gelangen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadt. Singer: Der Oberbürgermeister hat von seinem Recht, hier allgemein sprechen zu dürfen, recht umfangreichen Gebrauch gemacht. Er hat sehr wenig von der Sache selbst, aber möglichst viel von außerhalb der Sache liegenden Gegenständen gesprochen, was ich hoffe, auch dem Vorsteher genügen wird, um den Mitgliedern die Antwort darauf nicht zu verweigern. Zunächst stelle ich fest, daß auf ihn zwar das Wort: „Schnell fertig mit dem Wort ist die Jugend“, nicht zutrifft, aber recht schnell ist der Oberbürgermeister mit dem Wort, wenn es sich darum handelt, von uns Gefagtes in Zweifel zu ziehen. (Unruhe.) Er hat sich an einer Stelle Auskunst erbeten, die nicht vollständig orientiert war oder selbst nicht recht weiß, was ist. Das sollte die Verwaltung wissen, daß die Leute, die bei uns submittieren, die Arbeiten noch weiter vergeben. Dann hat der Oberbürgermeister sich darüber verbreitet, weshalb unter städtische Verwaltung Mängel hat, durch unsere Kritik sollen Mitbürger verhindert werden, Ehrenstellen in der Verwaltung anzunehmen. Ich weiß ja nicht, wie viele solcher Herren existieren; daß sie sich dadurch abschrecken lassen, haben wir nicht zu bedauern, denn sie sind dann nicht wert, in der Verwaltung thätig zu sein. Der Oberbürgermeister verlangt mit Recht, daß an seiner guten Absicht nicht gezweifelt wird; daran hat er es uns gegenüber sehr fehlen lassen. Die Art, wie er von der vorigen Sitzung Aussprüche heranzog und uns eine Vorlesung hielt, wie wir handeln müßten, wenn wir die Selbstverwaltung schätzen wollten, besagt doch nur: er läßt jede Kritik zu, wenn sie nur seiner Verwaltung günstig ist. (Unruhe.) Wer in so gereizter, unmoitierter Weise auftritt, von dem darf ich sagen, daß er sich ins Herz getroffen fühlt. (Lachen.) Eine gute Selbstverwaltung kann die Kritik vertragen, aber die Vertreter einer Selbstverwaltung, die sich bei jeder Gelegenheit auf dekorative Reden beschränken, geben zu, daß diese Selbstverwaltung ein „Blümchen rüh“ mich nicht an!“ sein soll. Ich will mich gar nicht berufen darauf, daß wir den größten Teil der Bürgerschaft vertreten. (Rufe: Nein!) Warum sollen Sie auch rechnen können? (Stürmische Heiterkeit.) Aber wenn die Vorgesetzten der Herren von Liberalismus in diesem Saale auf dem Standpunkt des Oberbürgermeisters gestanden hätten, dann würde Berlin unter der bürgerlichen Verwaltung nicht das geworden sein, was es schließlich geworden ist. Seit einiger Zeit hat der Oberbürgermeister die Gewohnheit, bei allem, was ihm nicht gefällt, zu entgegnen: Hier wird die Selbstverwaltung geschädigt! Wenn weiter nichts vorläge, als dies, wir könnten uns glücklich preisen. So gut er seine Meinung ungeschminkt ausdrückt, so werden wir das selbe immer wieder auch thun, gleichgültig ob es Ihnen oder dem Oberbürgermeister gefällt oder nicht. Wir vertreten hier die wirtschaftlich Schwachen, die Gedrückten. (Rufe: Oh!) Wir vertreten diejenigen, die auf Grund des Gesetzes (Zuruf des Stadt. Wallach: keine Steuern bezahlen! Stürmische Heiterkeit.)... Sie haben mir das Wort aus dem Munde genommen, bei uns fangen die Rechte der Menschen nicht erst beim Geldbeutel an. Sie wären nicht in der Lage, Ihre Position einzunehmen, wenn die Waffen, die keine Steuern bezahlen, nicht für Sie arbeiteten. (Großer Zuruf.) Ich bitte den Oberbürgermeister, diese Art väterlicher Ermahnungen, die bei uns nicht den geistigen Anlaß finden, freundlichst uns gegenüber nicht anzuwenden; wir wollen sachlich unsere Meinungsverschiedenheiten austragen, ihn anerkennen als ersten Beamten, aber

nicht in der Rolle des Oberbürgermeisters als Erzieher! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirschner: Herr Zubeil hat nichts nachgewiesen. (Zuruf: Sie auch nicht!) Wer einen Vorwurf erhebt, hat die Beweislast, nicht der andere. Von einem Unterunternehmer ist uns auch nichts bekannt, dazu würde die Genehmigung der Verwaltung gehören. Mir gegenüber sich als denjenigen hinzustellen, der die Schwachen und Bedrückten vertritt, ist Herr Singer nicht berechtigt; ich vertritt die Schwachen und Bedrückten so gut wie er. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Gaffel spricht dem Oberbürgermeister seine Anerkennung aus für die energische Abwehr der unqualifizierbaren Singerschen Angriffe und tritt dann für Ausschlußberatung ein, da insbesondere die Nr. 3 ihn nicht befriedigt.

Ein Schlusshantrag wird angenommen.

Personalbericht Stadtv. Hoffmann (Soc.): Der Oberbürgermeister hat auch auf mich in seiner Rede Bezug genommen. Ich habe den Fall Heilmann in dem Zusammenhang erwähnt, daß man sich in der öffentlichen Meinung darüber wunderte, daß die Stimme des Herrn Heilmann im Ausschuß den Ausschlag gab. Herr Heilmann hat ja dieser öffentlichen Meinung auch Rechnung getragen. Wenn er nicht gesetzlich verpflichtet war, ein anderes Verfahren als das damals getadelte zu beobachten, so hätte er es aus Anstandsgefühl thun müssen! (Mruhe: Stadtv. Hugo Sachs ruft: Frechheit!)

Der Antrag Augustin wird darauf einem Ausschuß überwiesen. Die Deputation für die städtischen Krankenanstalten und für die öffentliche Gesundheitspflege soll um zwei Bürgerdeputierte vergrößert werden.

Von der Errichtung einer

Volks-Badeanstalt auf dem Gesundbrunnen

will der Magistrat einstweilen Abstand nehmen.

Stadtv. Borgmann (Soc.) tritt für eine Bade-Anstalt auf dem Gesundbrunnen ein. Die Versammlung beschließt aber nach dem Magistratsantrag.

Zu einer Gedächtnisfeier für Ernst Wichert überläßt die Versammlung im Einverständnis mit dem Magistrat den Rathaus-Festsaal kostenlos dem „Verein Berliner Presse“ für Sonntag, den 9. März, mittags 12 Uhr.

Die übrigen Gegenstände werden abgesetzt.

Schluß 9¼ Uhr.

Veranstaltungen.

Die Arbeitslosen-Zählung

Stand auf der Tagesordnung einer am Donnerstag abgehaltenen Delegiertenversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission. Der Referent Körsten führte aus: Die Arbeitslosen-Zählung sei zur Zufriedenheit erledigt worden, dank den Hilfskräften, die sich in großer Zahl zur Verfügung stellten. Was die Delegierten hinsichtlich der Beteiligung ihrer Gewerkschaftsmitglieder versprochen, ist erfüllt worden, einige Organisationen haben sogar mehr als 10 Prozent ihrer Mitglieder gestellt, nur einzelne sind unter diesem Prozentsatz geblieben.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten, welche bei der Arbeitslosen-Zählung mitgewirkt haben, ist vom Ausschuß festgestellt worden. Es handelt sich um diejenigen, die bei der Verteilung der Zählkarten am 26. Januar und bei der Einfammlung am 2. Februar thätig waren. Diese Hilfskräfte verteilen sich auf die einzelnen Berufe wie folgt: 8 Bautechniker und Polier, 624 Maurer und Pauer, 262 Bau- und Erbauarbeiter, 263 Zimmerer, 7 Glaser, 118 Maler und Anstreicher, 54 Dachdecker, 121 Köpfer, 28 Stuckateure, 17 Asphaltteure, 24 Steinsetzer und Hammer, 29 Steinmehnen, Steinhauer und Marmorarbeiter, 31 Glasmacher und Glaschleifer, 11 Porzellanarbeiter, 1 Gärtner, 159 Forner und Gelbzieher, 15 Kernmacher und Gießerarbeiter, 42 Gold- und Silberarbeiter, 37 Dräcker, 195 Bäcker und Galvanisierer, 54 Schleifer, 43 Kupfer-Isolamie, 88 Schmiede, 865 Dreher, 647 Schlosser und Maschinenbauer, 293 Klempner, Rohrleger und Installateure, 2 Rodler und Drahtbinder, 16 Maschinenisten und Feizer, 17 Elektromonteur, 39 Stänger, Hobler, Präger und Schnittrbeiter, 29 Graveure und Eisenler, 93 Mechaniker und chirurgische Instrumentenmacher, 14 Wächermacher und Uhmacher, 578 Metallarbeiter ohne Angabe der Branche, 33 Stellmacher, 1471 Tischler und Drechsler, 108 Möbelpolierer, 198 Riehmacher und Holzschneider, 27 Vöttcher, 28 Korb-, Kamm-, Bürsten-, Pinsel- und Knopfmacher, 45 Modellsreue, Holz- und Steinbildhauer, 2 Arbeiter der chemischen Industrie, 87 Lackierer und Vergolder, 251 Buchbinder und Galanterie-Arbeiter, 88 Sattler und Tischler, 148 Tapezierer und Kleber, 58 Gerber und Lederarbeiter, 2 Musiker, 6 Lithographen, Zeichner und Kupferstecher, 50 Weber, Posamentiere und Textilarbeiter, 397 Buchdrucker, Schriftsetzer und Sterotypseure, 52 Buchdrucker-Hilfsarbeiter, 14 Buchdrucker-Hilfsarbeiterinnen, 58 Lithographen, Steinbruder und Steinschleifer, 199 Schneider, Zuschneider und Bügler, 17 Kürschner und Hütemacher, 22 Hutmacher, 11 Handschuhmacher, 147 Schuhmacher, 34 Müller, Bäder und Konditoren, 57 Brauer und Bremser, 78 Sigarren- und Tabakarbeiter, 15 Barbier und Friseur, 18 Wäscher, Färber und Plätter, 86 Kaufleute, Buchhalter und Schreiber, 174 Hausdiener, Pader und Putzler, 25 Kellner, 52 Gastwirte, 400 Arbeiter ohne Angabe des Gewerbes. — Das sind im ganzen 8776 Personen. Damit ist aber die Zahl der Hilfskräfte noch nicht erschöpft. Einestheils haben verschiedene Bezirke noch keine Angaben der vorstehenden Art gemacht, andererseits sind in den Aufzählungen meist nur die von Gewerkschaften gestellten Hilfskräfte, aber nicht die politisch Thätigen angegeben, so daß die Gesamtzahl derer, welche durch ihre Mithilfe die Aufnahme der Statistik ermöglicht haben, wenigstens 12000 betragen dürfte.

Auf die Ausführungen eingehend, welche die bürgerliche Presse an den Resultaten der Zählung machte, bemerkt der Redner, Doppelzählungen seien dadurch verhindert, daß die Karten, welche später einzeln einliefern, nicht mehr mitgezählt worden sind. Die Arbeitsbeschränkung hat einen sehr großen Umfang, sie geht bis zu einem Drittel der vollen Arbeitszeit. Alle Arbeiter, welche sich als solche bezeichneten, die ausjehen müssen, aber gerade am Zähltag in Arbeit standen, sind als vollbeschäftigt gezählt worden. Obgleich also die Ergebnisse der Zählung mit der größten Vorsicht zusammenzustellen sind, ergaben sich doch erschreckend hohe Zahlen. Herr Dr. Freund, der die Zahl der Arbeitslosen im Herbst auf 35000 schätzte, scheint die Autorität zu sein, welche hinter einer in bürgerlichen Blättern veröffentlichten Notiz steht, die verschiedene an unserer Zählung anzufügen hat. Da wird auch in dieser Notiz gefragt, ob wir die Alters- und Invalidenempfänger zu den Arbeitslosen gezählt haben. Das ist natürlich nicht der Fall. Nicht einmal in die Rubrik „Arante und Invaliden“ sind die Rentenempfänger eingetragen, sondern sie sind, soweit sie sich nicht als arbeitslos bezeichneten, als vollbeschäftigt gezählt worden. So erklärt es sich, daß wir nicht einmal die 20000 Rentenempfänger, von denen Herr Freund spricht, in unserer Zählung nachgewiesen haben. In diesen hatten wir auch kein Interesse, sondern nur an der Darstellung der Arbeitslosigkeit. Die Zusammenstellung nach Berufen usw. ist noch nicht abgeschlossen, sie wird aber in nächster Zeit veröffentlicht werden können. — Als die Arbeitslosigkeit im vorigen Herbst in der Stadtverordneten-Versammlung besprochen wurde, sagte der Stadtrat Fischel, es bestehe keine Not, da die Stadt nicht einmal die zum Schneeschleppen erforderlichen Leute habe bekommen können. Redner bemerkt demgegenüber, er habe festgestellt, daß an dem betreffenden Tage bei den betreffenden Arbeitsnachweiser keine Leute zum Schneeschleppen verlangt worden sind, obgleich Hunderte auf dem Central-Arbeitsnachweiser anwesend waren, die sich gern zum Schneeschleppen gemeldet hätten.

Es fragt sich nun, was soll angesichts der festgestellten Arbeitslosigkeit geschehen. Auf die von den Arbeitslosen-Versammlungen am 18. November angenommene Resolution, die den Behörden eingereicht wurde, ist keine Antwort erfolgt. Der Ausschuß schlägt nun vor, dieselbe Resolution mit entsprechenden Änderungen den zuständigen Behörden aufs neue einzureichen, vielleicht auch durch eine Deputation persönlich vorstellig zu werden. Die Resolution macht bestimmte Vorschläge, wie durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten Arbeitsgelegenheit zu schaffen ist.

Unter anderem hatte der Referent auch angeregt, daß von den städtischen Behörden Subventionen für die Gewerkschaften zum Zweck der Arbeitslosenunterstützung gefordert werden sollen. Diese Forderung wurde in der Diskussion nachdrücklich betont mit dem Hinweis, daß es Pflicht der Allgemeinheit ist, ihre Mittel, zu denen ja auch die Arbeiter beigetragen haben, zur Unterbreitung eines offensibaren Notstandes zur Verfügung zu stellen. Wenn in der Landwirtschaft ein Notstand besteht, werde demselben ja auch aus öffentlichen Mitteln gesteuert. Andererseits wurde bemerkt, doch es weniger ankomme auf die ins einzelne gebenden Forderungen der Resolution, sondern vielmehr auf die principielle Forderung, daß die städtischen Behörden angesichts der festgestellten Ausdehnung der Arbeitslosigkeit zur Verringerung des Notstandes zu thun haben, wozu ihnen irgend möglich ist. Von den Staats- und Reichsbehörden müsse aber gefordert werden: Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und Beseitigung aller Einschränkungen des Koalitionsrechts. — Angenommen wurde ein Antrag, welcher den Ausschuß beauftragt, anfangs der Resolution vom 18. November eine Eingabe an die städtischen und staatlichen Behörden zu richten, welche den Notstand behandelt und um Abhilfe gemäß den in der Debatte hervorgetretenen Wünschen ersucht. Von der Entsendung einer Deputation wurde Abstand genommen.

Eine sehr stark besuchte Volksversammlung, die die Kommission für den Austritt aus der Landeskirche einberufen hatte, fällt am Mittwoch den großen Kellerschen Saal bis auf den letzten Platz. Als Referent trat Ad. Hoffmann auf. Zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen nahm der Redner das in hohen und höchsten Kreisen der Gläubigen betriebene, in letzter Zeit vielfach besprochene Gesundheitswesen. Er führte aus, daß diejenigen, welche auf dem Standpunkt des dogmatischen Christentums stehen, unlogisch handeln, wenn sie das Gesundheitswesen beurteilen. Die christliche Kirche lehre den Wunderglauben, die Bibel erzähle von wunderbaren Heilungen, die durch den Glauben und die Kraft des Gebets zu Stande gekommen seien, und es sei die einfache Konsequenz solcher Lehren, wenn nun Leute versuchen, sich das Gebet zur Herstellung ihrer Gesundheit nutzbar zu machen. Die freisinnige Stadtverwaltung, die ja im Gegenzug zu wirklich liberalen Anschauungen dafür eintritt, daß dem Volke die Religion erhalten

werde, handle durchaus nicht logisch, wenn sie die Gesundheitswesen auf der Aua des Volk-Healthmasiums verbannt. Werde doch im Religionsunterricht der Schule, in den auch die Disfidentenfinder hineingeworfen werden, der Grund dazu gelegt, daß ein Aberglaube wie das Gesundheitswesen verbannt werde. Wie könne man unter solchen Umständen sagen, die Schulen würden entweicht, wenn die Gesundheitswesen durch ihre Versammlungen abhalten. Wenn man der Unwissenheit und dem Aberglauben den Boden entziehen will, dann müsse man dafür sorgen, daß die Schule vom Einfluß der Kirche befreit werde, daß sie eine Stätte werde, die Auklärung und Wissen vorbereitet. Zum Schluß wandte sich der Referent, dessen Ausführungen stürmischen Beifall fanden, an alle diejenigen, die nicht mehr auf dem Boden des Kirchenglaubens stehen, mit der Aufforderung, aus der Landeskirche auszutreten. — Es folgte nun eine lange Diskussion, die sich bis 11 Uhr nachts hinzog. Außer einer Anzahl von Rednern, die in Uebereinstimmung mit dem Referenten gegen die dogmatische Religion sprachen, traten in der Person des bekannten Stöderioners Prinz und des Vicentians Ramm zwei Befechter des christlichen Glaubens auf. Zum Schluß wurde eine Resolution zu Gunsten des Austritts aus der Landeskirche angenommen.

Die Bilderrahmemaacher beschlossen in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, nachdem der alte Fachverein aufgelöst war, in den Holzarbeiter-Verband als Branche für sich selbst einzutreten. Es wurden gewählt als Obmann H. Damast, Viegnigerstraße 7/8, und als Vorkontrollkommission Pophal, Reischer, Bauer, Kiese, Klamm, Kraul und Branded. In der Versammlung vom 9. Februar konnte der Obmann die Mitteilung machen, daß bereits 53 Kollegen Mitglieder des Verbandes waren und 12 Kollegen sich zur Aufnahme bereit erklärten. Es wurde bekannt gegeben, daß der Arbeitsnachweiser sich im Verbandsbureau, Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses, Engel-Nier 15, befindet, und wird derselbe vom Verband für die Branche gesondert geführt. Die Arbeitgeber werden vom Verlegen des Arbeitsnachweises benachrichtigt. Unter Berücksichtigung des Gläub und Reimund die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung an und ersuchten die Anwesenden, sich recht regen an der demnächst stattfindenden Urabstimmung des Verbandes zu beteiligen.

Verein der Kellner Berlins und Umgegend. Freitagvormittag 9 Uhr Versammlung und Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Boeren-Krieg.

De Wets „neue“ Taktik.

Aus einem langen Bericht Lord Kitener's dürfte nachstehende Kritik De Wets seitens des englischen Oberbefehlshabers von Interesse sein. Lord Kitener sagt:

Die Operationen in der Orange-Freikolonie sind im vergangenen Monat durch die Entfaltung großen Unternehmungsgelstes seitens der Leute De Wets bemerkenswert gewesen. De Wet soll auf Grund von Beratungen eines am 11. Dezember abgehaltenen Kriegsrates seine bisherige Taktik beträchtlich geändert haben. Er entdeckte, daß die Zerstreung seiner Streifkräfte in kleine Abteilungen über das ganze Land lediglich zu einer fortgesetzten Verminderung in der Kopfzahl führte, da unsere mobilen Kolonnen beständig Gefangene machten. Er nahm ferner wahr, daß seine ausweichende oder Defensivtaktik nur dazu führen könne, daß er durch die vorrückenden Blockhauslinien unabweislich eingeschlossen wurde. Deshalb schloß er den Beschluß, seine Leute in verschiedene größere Truppenkörper zusammenzuziehen, deren Aufgabe es war, jede Verührung mit stärkeren englischen Kolonnen zu vermeiden, dagegen die Gelegenheit abzuwarten, über vereinzelte Abteilungen oder Arbeitskolonnen an den Endpunkten der Einschließungslinien herzufallen. Diese neue Taktik des Boerenführers hat bereits verzweifelte Kämpfe herbeigeführt. Ich bin der Ansicht, daß wir diese Kämpfe, trotz des Ueberfalls und der Niederlage einer (nur einer?) unserer kleineren Kolonnen, willkommen heißen können, da dadurch wahrscheinlich die Kraft zur Verlängerung des Kampfes um so früher gezeugt werden dürfte.

Wie jetzt hat sich freilich De Wets „neue“ Taktik, die uns nur De Wets alte Taktik zu sein scheint, den Engländern eine ganze Reihe von Schlappen eingebracht, denen ein Bericht Kitener's vom 19. Februar folgende

neue Schlapp

hinzufügt: „General Gilbert Hamilton meldet, daß er am 18. Februar, während er sich auf dem Marsch nach Nigel befand, bei Klippan ein Gefecht mit dem Feinde gehabt habe, in dessen Verlaufe ein Teil der zweiten Dragoon, der nach dem linken Flügel detachiert worden war, umzingelt und abgesehen wurde. Zwei Offiziere wurden schwer verwundet, zwei Mann wurden getötet, sechs verwundet und 46 gefangen genommen, später aber wieder freigelassen. Hamilton's Abteilung war zu schwach und konnte deshalb den Feind nicht aus seiner starken Stellung vertreiben; sie setzte den Marsch auf Nigel fort. — Oberst Madenzie, der im Norden des Vanagter-Sees operiert, nahm zehn Boeren gefangen.“

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Unterhand.

London, 20. Februar. (B. Z. V.) James O'Kelly fragt an, ob in Gemäßheit der Bestimmungen des englisch-japanischen Vertrages England und Japan auf die Räumung der Provinz Schantung abzielende Vorstellungen bei Deutschland erhoben hätten. Unterstaatssekretär des Auswärtigen Cranborne, erwidert, derartige Vorstellungen seien nicht erhoben worden. Forman fragt an, ob die Regierung mit Rücksicht auf die Bestimmungen des englisch-japanischen Abkommens nicht erwägen werde, ob es nicht angebracht sei, Schritte zu thun, daß das Sezollami in Kutschowang, das seit August 1900 von russischen Behörden verwaltet wird, der chinesischen Regierung zurückgegeben werde. Cranborne erwidert, die russische Regierung habe erklärt, ihre Verwaltung der Zölle in Kutschowang sei nur eine zeitweilige und vorläufige, und sie beabsichtige, dieselbe an die chinesische Verwaltung zurückzugeben, sobald es die Umstände erlaubten. Die englische Regierung habe nicht den geringsten Grund, die Aufrichtigkeit dieser Erklärungen als fraglich anzusehen.

König a. Nh., 20. Februar. (B. Z. V.) Die „König. Ztg.“ meldet aus Ostindien: Infolge der starken Regenfälle der letzten Tage sind zahlreiche Gebirgswässer und Flußläufe in Bengalen und den Marken ausgetreten und haben überall sehr großen Sachschaden angerichtet. Die Eisenbahnverbindungen sind mehrfach unterbrochen. Die Not der von der Ueberschwemmung betroffenen Bevölkerung ist sehr groß.

Stuttgart, 20. Februar. (B. Z. V.) Nach einer gestern vorgenommenen amtlichen Arbeitslosenzählung sind zur Zeit 1875 männliche und 30 weibliche Personen völlig arbeitslos, während 775 Personen nur in beschränktem Umfang beschäftigt sind.

Wittich, 20. Februar. (B. Z. V.) Die Verwaltung der Grubengesellschaft „Eugene Marihabe“ hat heute die alte Grube Marihabe in Betrieb gefalassen, weil die Arbeiter der an sie am 12. Februar gerichteten Aufforderung, sich heute wieder vollständig zur Arbeit einzufinden, widerigensfalls sie entlassen würden, nicht nachgekommen waren. Hierdurch sind 650 Arbeiter beschäftigungslos.

Madrid, 20. Februar. (B. Z. V.) Privatdepeschen aus Saragossa melden den Ausbruch eines allgemeinen Aufstandes.

Saku, 20. Februar. (B. Z. V.) Bei den Aufräumungsarbeiten in Schemacka wurden bis jetzt 32 Personen lebend zu Tage gefördert.

Aus Industrie und Handel.

Der preussische Kohlenbergbau im Jahre 1901. Die Steinkohlenproduktion ist nach der amtlichen Statistik von 101 992 059 Tonnen im Jahre 1900 auf 101 195 807 Tonnen im Jahre 1901 zurückgegangen. Der Abgang ist nicht so erheblich, er beträgt nur 0,78 Proz., aber es ist seit 1892 das erste Mal, daß in der Erzeugung von Kohlen ein Rückgang eintritt. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse mit dem Absatz. Während im Jahre 1900 96 789 589 Tonnen abgesetzt wurden, ist der Betrag im Jahre 1901 auf 95 050 655 Tonnen gesunken, das bedeutet einen Minderabgang von 1 708 934 Tonnen oder 1,77 Proz. Beachtenswert ist dabei, daß im Gebiete des Kohlenindufs die Einschränkung in der Erzeugung eine größere war, als in den anderen Gebieten. Es bestätigt sich somit die Thatsache, daß die außerhalb des Syndikats stehenden Werke auf Kosten des Syndikats nicht unerhebliche Vorteile genießen. Am ungünstigsten gestaltete sich die Lage im vierten Quartal, hier weist allein der Dortmunder Bezirk einen Minderabgang von 5,78 Proz. auf. Auch im Januar 1902 ist gegen den gleichen Monat des Vorjahres ein erheblicher Rückschlag in der Förderung zu bemerken. Die Steinkohlenförderung erreichte 8 147 650 Tonnen und wurde gegen die Förderung im Januar 1901 um 756 256 Tonnen zurückgebrängt. In Anbetracht der ungünstigen Arbeitsverhältnisse sind bereits im Kohlenyndufat Erwägungen im Gange, ob die Einschränkung der Produktion nicht auf 25 Proz. erhöht werden muß.

Günstiger hat sich der Braunkohlen-Vergbau entwickelt, dessen Förderung von 34 018 013 Tonnen im Jahre 1900 auf 37 493 778 Tonnen im Jahre 1901 stieg. Die bessere Gestaltung der Marktlage dürfte hier auf die hohen Preise für Steinkohlen zurückzuführen sein.

Die Berliner Handelsgesellschaft giebt in ihrem soeben veröffentlichten Jahresbericht den Ventogewinn auf 11 426 790 M. an, gegen 12 490 032 M. im Vorjahre. Der Geschäftsverehr ist dabei kein geringerer geworden, denn es zeigen sich in Afrika nicht unbedeutende Erhöhungen des Wechsel-, Lombard-, Effekten-, Konfortial- und Debitoren-Kontos; dem stehen in Passiva entsprechende Erhöhungen der Verbindlichkeiten gegenüber. Für Abschreibungen sind von dem Bruttogewinn 2 Millionen verwannt, wovon 1 680 000 M. für die Konfortial- und Effekten-Vestände und 320 000 M. auf Conto-Corrent-Konto zur Verwendung gelangen. Durch die letztere Summe werden die Forderungen der Gesellschaft in Höhe von ca. 300 000 M., welche mit den Konturen der Reederei Vereinigter Schiffer und der Firma Ernst Kuguizhly in Breslau zusammenhängen, sowie die Beteiligung bei einer Zahlungsstockung in Rußland im Betrage von ca. 20 000 M. zum vollen Betrage abgeschrieben. Nach Absetzung dieser Abschreibungen bleibt jodann ein Reingewinn von 7 450 292,50 M. gegen 8 595 570,70 Mark im Vorjahre verflibar.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Reserven beziffern sich Ende 1901 unverändert auf 24 800 000 M. gleich ca. 27 ¼ Proz. des Kommanditkapitals von 90 Millionen Mark.

An Dividende wird 7 Proz. in Vorschlag gebracht, gegen 8 Proz. im Vorjahre. Der Pensionskasse der Angestellten soll eine Dotation von 30 000 M. überwiesen werden, wodurch deren Vermögensstand auf 1 671 856,55 M. (1900 1 566 562,20 M.) gebracht wird. Der nach Abzug der statut- und vertragsmäßigen Lantienem verbleibende Restbetrag von 250 010,50 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Japanische Handelsbeziehungen zu Korea.

Sage und Klima Koreas sowie die historischen Beziehungen Japans zu diesem Lande machen es erklärlich, daß sich japanische Auswanderer in großer Zahl dahin wenden. Von der fremden Bevölkerung Koreas, die über 20 000 Seelen beträgt, sind 17 000 Japaner. Diese leben zumeist in der Hauptstadt und in den geöffnneten Häfen und bilden die Träger des Handels mit ihrer Heimat.

Der japanische Handel mit Korea, der im Jahre 1884 nur 746 000 Yen betrug, hat sich namentlich nach dem chinesischen Kriege andauernd und kräftig gehoben und bildet den größten Teil des gesamten koreanischen Außenhandels.

Seine Entwicklung seit dem Jahre 1895 wird in folgender Tabelle veranschaulicht, in der auch die Ziffern für die Gesamt-Ein- und -Ausfuhr Koreas aufgenommen sind.

Jahr	Japanische Einfuhr nach Korea (ohne Edelmetalle)		Japanische Einfuhr aus Korea (ohne Edelmetalle)		Koreanische Gesamt-Ein- und -Ausfuhr (ohne Goldausfuhr)
	Wert in Yen	Wert in Yen	Wert in Yen	Wert in Yen	
1895	3 831 476	2 925 399	10 568 273		
1896	3 367 693	5 118 925	11 288 390		
1897	5 196 572	8 864 359	19 041 409		
1898	5 844 331	4 796 032	17 534 756		
1899	6 905 931	4 976 167	15 305 673		
1900	9 053 271	8 805 618	20 459 461		

Die starke Zunahme der Handelsbeziehungen zwischen Korea und Japan erklärt zugleich das hohe Interesse, das Japan an der Zurückdrängung des russischen politischen Einflusses hat und läßt die Annäherung an England und China als eine ganz natürliche Folge erscheinen.

* 1 Yen = 2,00 M.

Reichstag.

148. Sitzung vom Mittwoch, 20. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Götler.

Die zweite Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt (Titel Gehalt des Kriegsministers).

Abg. Eichhoff (fr. Sp.)

Belegt einen Fall aus Worbis zur Sprache. Bei der Kontrollverammlung im vorigen Frühjahr hatte der Mittmeister Krüger das Kommando „Nähet Euch!“ gegeben. Da wandte sich der Lehrer Thilo halb zu seinem Nachbarn, ohne die Lippen zum Sprechen geöffnet zu haben. In diesem Augenblick sah ihn der Mittmeister an der Brust, zog ihn aus dem Stuhl und sagte zum Feldwebel: Schreiben Sie den Kerl auf, der hat im Stuhl gesprochen. Auf die Beschwerde des Lehrers sagte der Mittmeister: Auf der Kinderskule könnt Ihr schwagen, hier aber habt Ihr das Maul zu halten! (Hört! hört! links.) Dieser Vorgang spielte sich auf offener Straße ab vor den Augen der Schüler jenes Lehrers. Der Mittmeister sagte dann später zu dem Lehrer: Gerade weil Sie Lehrer sind, sollen Sie bestraft werden. (Hört! hört! links.) Der Lehrer mußte sich dann einer mehrstündigen Verhandlung unterwerfen, das Resultat war jedoch keine Freisprechung, aber die Verhandlung wurde ihm Schweigen auferlegt. (Hört! hört! links.) In einem andern Falle fuhr derselbe Mittmeister seine Leute an: Ihr steht ja da wie Blödsinnige, Ihr Sammel. Dem man mit diesem Falle die bekannte Thatsache vergleicht, daß ein anderer Lehrer seine Strafe im Spriehause verdrängen mußte, so muß man den Eindruck bekommen, als bestähe bei vielen Offizieren eine gewisse Voreingenommenheit gegen die Lehrer. Ich bitte den Herrn Kriegsminister den von mir angeführten Fall unterziehen zu lassen.

Generallieutenant v. Tappelkirch: Auf den angeführten Fall kann ich nicht eingehen, da mir das Material fehlt, eine Untersuchung wird erfolgen. Der andere erwähnte Lehrer hat seinen Militärarrest nicht im Spriehaus sondern im Militärarresthaus in Königs verbracht. Auf eine frühere Anfrage des Herrn Abg. Graf Oriola erwiderte ich noch, daß das Kriegsministerium sich stets auf den Boden der Entscheidungen des Reichsmilitärgerichts stellt.

Abg. v. Brochhausen (L.): Herr Kunert hat den toten Mittmeister Krosigk einen Feigling genannt. Dies war schon an sich ganz unehrenhaft, höchstens kann man von Rohheit in dem Falle des Mittmeisters Krosigk sprechen. Es wäre aber überhaupt richtiger, die Toten ruhen zu lassen, ich erinnere Sie nur an Laßalle und seine Stellung zum Duell. — Vor allem müssen wir Wahrheitsliebe auch von den Socialdemokraten verlangen. Es ist aber nicht wahr, wenn Herr Bebel behauptet, er wolle nicht den Offiziersstand diskreditieren, in der That hat die ganze Agitation der Socialdemokratie keinen andern Zweck als den ganzen Beamtenstand, das Heer und damit auch die Monarchie zu diskreditieren. Koch auf dem letzten Parteitag hat Herr Warm erklärt, seine Partei gebe durch die Ablehnung des Budgets ihrem grundsätzlichen Gegensatz gegen den kapitalistischen Staat Ausdruck. — Redner wendet sich gegen die zweijährige Dienstzeit, unter der es namentlich bei der Artillerie sehr schwierig geworden sei, die Truppen ordentlich auszubilden, bedauert die Fortsetzung der Garnisonen aus vielen kleinen Städten und wünscht bei der Rationalverpflanzung der Truppen größere Verschiebung der landwirtschaftlichen Verhältnisse. (Bravo! rechts.)

Generallieutenant v. Hoeringen: Die Heeresverwaltung läuft ihr Getriebe daher wo sie es am besten und preiswertesten bekommt. Die Proviantämter sind angewiesen vor allem auf erster Hand zu kaufen, innerhalb dieser Grundzüge werden die Geschäften insofern berücksichtigt, als sie zu den Produzenten gerechnet werden. Eine Anweisung, daß die Proviantämter sich grundsätzlich an eine Centralstelle wenden und nur dort kaufen, kann ich nicht in Aussicht stellen. Wenn von Händlern billigere Angebote vorliegen, müssen auch diese berücksichtigt werden.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Der kriegsministerielle Erlass vom 2. Januar 1894, der den Soldaten jede Verhätigung socialdemokratischer Gesinnung verbietet, ist bereits schon häufig behandelt worden. Bei Gelegenheit des halbes Jahres, der auf Grund dieses Erlasses verurteilt wurde, weil er sich weigerte, einen Meineid zu leisten, haben sich bereits fast alle Parteien dieses Hauses gegen die ganz unbillbare Auslegung dieses gesetzlichen Erlasses gewandt. Ich habe aber nun einen noch viel ungeheuerlicheren Fall anzuführen. In der Nähe wurde Anfang vorigen Jahres ein Handwerker Namens Dittmann zu einer achtwöchentlichen Lebnung einberufen. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm die China-Deutsmünze angedrungen, deren Annahme er aber ablehnte mit der Begründung: Ich bin überzeugter Socialdemokrat und kann es mit meiner Gesinnung nicht vereinbaren, eine solche Decoration anzunehmen. Darauf wurde dieser Mann unter Auflage gestellt, die dahin geht, daß der betreffende Angehörige gegen einen dienstlichen Befehl geizet habe. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Der Kriegsminister sagte gestern, in der Armee vereinige sich Disziplin und Gerechtigkeit. Die Grundlage für die Gerechtigkeit ist aber die Wahrheit und wer seine Dienstpflicht dazu gebraucht, die Wahrheit zu vertuschen, verliert gegen Disziplin und Gerechtigkeit. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der betreffende hatte doch das Recht dazu, die Annahme der Deutsmünze zu verweigern; er hat die Wahrheit gesagt, weshalb er sie verweigert hat, und soll deshalb bestraft werden. Wir haben ja allerdings so viel Chinamünzen, daß man nicht mehr weiß wohin damit. (Heiterkeit! bei den Soc.) Der Termin der gegen Dittmann bereits stattgefunden hat, wurde verlagert, da erst der Hauptmann vernommen werden soll, wie die betreffende Beurteilung gelaufen ist.

Der Grund, weshalb ich die Sache hier zur Sprache gebracht habe, ist die Ungehörigkeit, daß eine solche Auflage überhaupt erhoben werden konnte. Das Heer ist dazu da, Deutschland zu schützen und man kann keinen Menschen bestrafen, deshalb, weil er die Wahrheit sagt. Ich hoffe, daß der Kriegsminister seinem Erlasse eine Auslegung geben wird, die ein so rechtswidriges Anlagungsverfahren abschließt. Wenn man auf dem Standpunkt eines solchen Erlasses steht, wäre das einzig Logische, wenn man Socialdemokraten überhaupt nicht in die Armee aufnimmt. Thut man das aber, dann muß man ihnen auch Gleichberechtigung zugestehen. Vor dem Gesetz ist jeder Bürger gleichberechtigt und der Herr Kriegsminister hat kein Recht, dem Gesetz entgegenzuhandeln. Freilich, der Herr Kriegsminister hat ja erklärt, Socialdemokraten haben überhaupt kein Vaterland, aber irgendwo müssen doch auch Socialdemokraten geboren werden. Die wirklichen Vaterlandsfreunde sind und bleiben die Socialdemokraten. (Lachen rechts.) Vaterlandsfreunde sind derjenige, der für das Allgemeine eintritt und nicht, Vaterlandsfreunde, wer unter dem Deckmantel der Vaterlandsliebe und der Heuchelei die anderen ausbeutet und knechtet. (Sehr richtig! links.) Können Sie an der Hand des socialdemokratischen Programms nachweisen, daß wir etwas anderes wollen, als das Allgemeinwohl fördern? Das können Sie nicht. (Zuruf rechts.) Wenn übrigens der Herr Kriegsminister sagt, wir haben kein Vaterland, wie kommt er dazu, Socialdemokraten in das Heer einzustellen, da doch nur Deutsche zum Militärdienst genommen werden. (Große Heiterkeit. Sehr richtig! bei den Social.) Machen Sie ein Gesetz,

daß derjenige, der Socialdemokrat ist, nicht verpflichtet ist, zu dienen, dann werden wir darüber reden können. Heute aber sind gerade die tüchtigsten Soldaten häufig Socialdemokraten (Lachen rechts), die tüchtigsten, denen sogar Chinademünzen angeboten werden. Von den Leuten, die sich Vaterlandsfreunde nennen, gehen viele nach einer Denkmünze, aber sie erhalten sie nicht. Dem Socialdemokraten aber wird sie angeboten, doch er schlägt sie aus. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Kopsch (fr. Sp.) befragt die Vergütung der Kantinen an Generalpächter. Bei der Kantinenwirtschaft bietet der Großbetrieb nicht ausschlaggebende Vorteile. Der Kantinenwirt müsse mit den Soldaten in intimer Fühlung stehen. Bei der Generalpacht hat den Löwenanteil des Gewinnes nicht der Soldat, sondern der Pächter. Es müsse auch Vorzüge getroffen werden, daß nicht minderwertige Waren in den Kantinen verkauft werden. Die Generalpacht entspreche nicht dem Versprechen der Verwaltung, Mittelstandspolitik zu treiben. Principiell verwerfe er überhaupt die Kantinenwirtschaft, aber da sie nun einmal eingeführt sei, müsse man sie so gestalten, wie sie dem Soldaten am meisten nütze.

Generalmajor von Einem: Im Allgemeinen steht die Militärverwaltung auf dem Standpunkt des Vordrängers. Nur acht Kantinen sind noch an große Firmen verpachtet. Die Zahl solle noch weiter gemindert werden.

Abg. Gröber (L.): Der Kommissar Herr Komen hat und gestern eine Auffassung des Reichsmilitärgerichts mitgeteilt, über die ich wahrhaft erschauern bin. Das Reichsmilitärgericht hat es für zulässig erklärt, daß der Gerichtsherr nach Einleitung der Untersuchung noch selbst Ermittlungen angestellt hat. Das ist meiner Meinung nach ganz unzulässig und verstärkt die Bedenken gegen die Institution des Gerichtsherrn. Das ist eine überaus wichtige Frage, die über den einzelnen Fall hinausgeht. Die Militärgerichts-Ordnung kennt den Unterschied zwischen richterlicher Untersuchungsbehandlung und militärpolizeilichen Untersuchungen nicht. Das hat seinen guten Zweck. Die Erhebungen sollen nach dem Willen des Befehls nur von Sachverständigen ausgeführt werden. (Sehr richtig! im Centrum.) Daher ist es dem Gerichtsherrn und damit auch dem Inhaber der Kommandogewalt, denn das ist dieselbe Person, nicht gestattet, selbst Erhebungen zu veranstalten. Ich bitte den Herrn Kriegsminister, diesem Punkte, der von größter Tragweite ist, seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es würde eine grenzenlose Verwirrung entstehen, wenn es weiter einem Offizier gestattet wäre, als Inhaber der Kommandogewalt eine Handlung vorzunehmen, die ihm in seiner Eigenschaft als Gerichtsherr verboten ist. (Sehr richtig! im Centrum.)

Abg. Bebel (Soc.):

Auf die Anfrage meines Freundes Stadthagen hat der Herr Kriegsminister noch nicht geantwortet. Ich schließe aus seinem Schweigen, daß er nicht geneigt ist, ein einen Kommentar seines Erlasses zu bieten. Freilich dürfte es außerordentlich schwer sein, dem Erlass überhaupt eine Deutung zu geben, die seine mißbräuchliche Anwendung ausschließt. Ich halte den Erlass überhaupt für ungerecht und zwar vom Standpunkt der Gleichberechtigung aller Bürger. Es darf nicht zweierlei Recht geben für Socialdemokraten und Nicht-Socialdemokraten, weder innerhalb noch außerhalb des Heeres.

Ich komme nun zu den Angriffen des Grafen Noon. Ich halte es eigentlich für leeres Strohredens, ihm unter principielle Stellung gegenüber dem heutigen Staate auseinanderzusetzen, die habe ich schon oft genug dargelegt. Zwischen seiner und meiner Auffassung liegt freilich ein so tiefer Abgrund, daß wir uns nie verständigen werden. Seine Weltanschauung geht nach rückwärts, meine nach vorwärts. (Widerpruch rechts.) Graf Noon warf uns wieder vor, wir diskreditieren die Armee durch unsere Kritik der Mißhandlungen. Nun, die Armee diskreditiert sich selbst dadurch, daß solche Dinge in ihr vorkommen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Empfindungen der bürgerlichen Parteien für diese zum Teil bestialischen Mißhandlungen haben sich im Laufe der Jahre abgemindert. Während früher die Vertreter aller Parteien in der schärfsten Weise solche Fälle verurteilten, geschieht heute nicht mehr dergleichen. Charakteristisch war die Ausrufung des sächsischen Vertreters Krug zu Ridda. Er meinte, in einem Fall hätte es sich ja nur um Stöße, um Ohrfeigen usw. gehandelt, das seien doch nur kleinere Mißhandlungen. Vergewaltigt man sich demgegenüber, wie seiner Zeit Friedrich der Große über solche Dinge dachte. Damals, also zu einer Zeit, wo die Kulturansprüche viel geringer waren, und in einem Heer, das aus Soldaten bestand, verbot Friedrich seinen Offizieren sogar den Gebrauch von Schimpfwörtern. Ebenso sagte der General v. Kollendorf in jener Zeit: Seine Majestät haben keine Schlingen, Cananillen und Hunde im Dienst. So schrieb man vor 120 Jahren! Heute aber wären wir schon froh, wenn nur schwere Mißhandlungen verboten würden.

Graf Noon ist wiederholt auf die Schrift des von mir erwähnten deutschen Offiziers zu sprechen gekommen. Er scheint den Eindruck gewonnen zu haben, als wenn diese Schrift zu Gunsten der Socialdemokratie abgefaßt sei. Sie ist aber durchaus von Ihrem patriotischen Standpunkt aus geschrieben; aber wir sind objektiv genug, uns über diese Schrift zu freuen, weil wir zufällig mit der Ansicht des Verfassers übereinstimmen.

Ich war übrigens einmüßig erklart, daß Graf Noon und auch Graf Oriola sich so über meine Rede aufregten. Auf den Herrn Kriegsminister hat meine Rede einen geradezu ruhigen Eindruck gemacht und ich muß auch anerkennen, daß die Art und Weise, in der der Herr Kriegsminister mir antwortete, wohlthuend abfiel von der Redeweise des Grafen Noon. (Heiterkeit.) Graf Noon meinte, ich hätte meine Reminiszenzen nur aus Zeitungen. Allerdings lese ich viele Zeitungen, auch die Ihrer Partei. Aus der „Kreuz-Zeitung“ z. B. habe ich manches Gute, was dem Grafen Noon entgangen ist. (Große Heiterkeit.) So verdanke ich alles, was ich hier in Bezug auf den französischen Kriegsminister dargelegt habe, im wesentlichen einem Artikel des Generals v. Solleben in der „Kreuz-Zeitung“, der übrigens durchaus nicht der Ansicht ist, daß dessen Pläne die französische Armee gefährden könnten. Und zu diesen Vorschlägen gehört auch der, daß man in Frankreich dazu übergehen will, ein Drittel der Offiziere aus dem Unteroffiziersstand zu nehmen, eine Maßregel, die freilich das Kopfschütteln oder sogar Haarschanden des Grafen Noon hervorrufen dürfte. (Heiterkeit.) Der deutsche Generalstab und der Kriegsminister beurteilen übrigens die französischen Pläne ganz anders, als Graf Noon, denn alle Militärverbesserungsvorschläge, die uns gemacht werden, werden mit den Umständen in der französischen Armee motiviert, denen wir nachkommen müßten. Graf Noon hat dann gesagt, wenn Scharnhorst meine Ausführungen gehört hätte, würde er sich im Grabe herumgedreht haben. Das beweist mir nur, daß er die Reorganisationspläne Scharnhorsts nicht kennt — allerdings ein beschämendes Zeugnis für einen Generallieutenant der preussischen Armee. Scharnhorst sagt wörtlich: Erst durch die Miliz ist in Frankreich und England der militärische Geist der Nation erwacht und ein lebhafter Euthusiasmus für die Unabhängigkeit seit des Vaterlandes erzeugt worden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das sagt Scharnhorst und sein bester Biograph Lehmann bestätigt, nur von einer Miliz im großen Stille erwartete Scharnhorst etwas. Es ist hier viel über die Stellung der Socialdemokraten im Heere gesprochen worden. Aber soweit Urteile über die Tätigkeit der Socialdemokraten in der Armee vorliegen, sind sie die denkbar günstigsten. Unsere Leute haben viel zu sehr Disziplin und wissen viel zu gut, was ihnen bevorsteht, um nicht alles zu thun, um als gute Soldaten zu gelten, genau so, wie jeder große Unternehmer die Socialdemo-

krate unter seinen Arbeitern für die geschicktesten erklären wird. Hat doch auch Herr v. Caprivi im Jahre 1893 meinem verstorbenen Genossen Grillenberg gegenüber ausdrücklich erklärt, daß seine Erfahrungen mit der Socialdemokratie im Heere die allerbesten seien, daß gerade sie sich ihrer Pflicht durchaus gewachsen zeigten. Ich wünsche, es läme nie dazu, aber ich kann Ihnen sagen, Sie werden eines Tages noch froh sein, wenn Ihnen socialdemokratische Hände zur Verfügung stehen. (Bravo! bei den Socialdemokraten. Lärm rechts.)

Herr v. Götler hat seine geistige Rede zu einem sehr heftigen Anfall gegen die Socialdemokraten benutzt. Stadthagen hat ihm ja bereits gedient, aber ich will noch einige Worte hinzufügen. Was gibt dem Kriegsminister das Recht zu der Behauptung, wo nimmt er den Beweis her für sein Wort, wir liebten unser Vaterland nicht und wir belägen gar kein Vaterland. Als Deutsche gehören wir nach Deutschland. Daß Herr v. Götler froh wäre, wenn wir Deutschland verließen, will ich ihm recht gern glauben, er wäre vielleicht auch bereit, die Auswanderungslösen zu tragen. (Heiterkeit.) Es fällt uns aber gar nicht ein, auszuwandern, wir bleiben im Lande und nähren uns reichlich und suchen keine Einrichtungen so zu verbessern, daß dieses Vaterland allen Deutschen lieb wird, damit so verwirklicht werde, was Nietzsche in seinen „Meditationen an die deutsche Nation“ als sein politisches Testament niedergelegt hat: „Und so wird von den Deutschen aus erst dargestellt werden ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblickten, für Freiheit, geachtet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenanliegen trägt.“ (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Das haben Sie nicht fertig gebracht, das hat die bürgerliche Gesellschaft nicht fertig gebracht, das aber werden wir Socialdemokraten fertig bringen. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten. Lärm und Lachen rechts.)

Abg. Graf v. Noon (L.): Vielleicht ist dem vielbelesenen Herrn Bebel das Sprüchlein bekannt: „Wer Recht behalten will, und hat nur eine Zunge, behält's zuletzt gewiß.“ Auf die Ausreden des Herrn Bebel will ich mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses nicht eingehen, sonst fürchte ich, daß dem Kriegsminister auch heute noch nicht sein Gehalt bewilligt wird. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Hohenberg (Welfe): Wir wünschen, daß die Soldatenmißhandlungen möglichst eingeschränkt werden. Sie sind auch thatsächlich eingeschränkt worden, aber es kommen noch genug vor. Redner führt eine Anzahl Fälle von Mißhandlungen in Braunschwieg und Hildesheim an und bedauert, daß er wegen Kürze der Zeit dem Kriegsminister sein Material nicht vorher habe zur Verfügung stellen können. Die Mißhandlungen wirken zum Teil verhandelt durch den ungenügenden Nachwuchs an Unteroffizieren. Wenn der Kriegsminister eine Verbesserung der Unteroffiziere beantragen würde, wäre Redner bereit, sie zu bewilligen.

Redner bespricht die Duellfrage und verteidigt die Corps. Die Corps, die er kenne, erzogen ihre Mitglieder so, daß sie leuten, Direktion zu üben. Auch die Wahrheitsliebe werde gepflegt und „direktionslose Mitglieder“ aus diesen Corps ausgeschlossen. Die Wahrheit zu sagen und zu bekennen sei mutiger, als sich vor die Pistole zu stellen.

Abg. Kunert (Soc.):

Ich bin gestern vom Kriegsminister schwer angegriffen worden und muß ihm noch einige Worte widmen. Die Person des Mittmeisters Krosigk ist mir ganz gleichgültig. Aber in dem besonderen Fall kommen wir mit dem Grundgesetz de mortuis nil nisi bene nicht aus. Es kommt darauf an, seinen Charakter festzustellen, um den Vorgang in der Thatbahn zu erklären. Der Minister hat den Mittmeister v. Krosigk als Soldat belobt. Ich habe hier der Revisionsverhandlung beim Reichsmilitärgericht beigewohnt und dort aus den Akten gehört, daß er die Unteroffiziere als Clowns bezeichnet hat. Die so behandelten Unteroffiziere lassen ihren Unmut an ihren Untergebenen aus. Krosigk blamierte die Unteroffiziere häufig. Gegen den alten Warten war Krosigk sehr scharf, auch das Verhältnis zu Hidel und den jungen Warten war sehr unangenehm. Das ist alles allemmäßig zu belesen worden. Der Vorsitzende des Gerichtshofes war offenbar ein wohlwollender Mann, aber aus Standesvorurteilen kam er nicht heraus. Die Thatsache, daß Herr v. Alten als Gerichtsherr Ermittlungen angestellt hat, sond gar keinen Aufsch. — Mein Urteil über den Mittmeister Krosigk muß ich als recht erhalten. Mißhandlungen absolut wehrloser Menschen sind ein Zeichen von Feigheit. Dabei bleibe ich. Auch mein Parteigenosse v. Dollmar, der gewiß mit den militärischen Ehrbegriffen vertraut ist, hat im bayrischen Landtage gesagt: Einen Wehrlosen zu beleidigen, scheint für manchen Offizier keine Verletzung der Ehre zu sein, und doch kann ich mich nicht so ehrlos denken als beunruhigte Beleidigung eines Menschen, der nicht im Stande ist, sich zu verteidigen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Der Herr Kriegsminister hat die polnische Fraktion gegen mich ausgepielt. Ich glaube nicht, daß er bei den Polen Glück damit gehabt hat. So viel ich gehört habe, hat dann der Herr Kriegsminister gesagt, die Socialdemokraten haben kein Vaterland zu vergeben. Nun die Polen haben auch kein Vaterland zu vergeben, denn es ist ihnen von den Deutschen gekohlen, geraubt worden. (Lolde des Präsidenten.)

Vizepräsident Villing: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß Deutschland den Polen das Vaterland geraubt hat, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Kunert (Soc.) fortfahrend: Im Fall Fleischer hat sich Herr Krug zu Ridda geirrt, wenn er behauptet, es hätte sich bei den Mißhandlungen nur um leichte Fälle gehandelt. In der That sind eine Reihe schwerer Mißhandlungen unter den 200 Fällen vorgekommen. Es sind Tage vorgekommen, an denen Fleischer jeden einzelnen seiner Leute geschlagen hat, die Soldaten haben das Essen in der Aniebnge einnehmen müssen usw. Unbestreitbar ist auch, daß einer der am meisten Gemüthselbsten, Jäckel, sich infolge der Mißhandlungen das Leben genommen hat. Der bayrische Herr Militärbevollmächtigte machte uns nicht durch Sturm, sondern durch Sonnenchein zu entwaffnen, aber die Thatsachen und mein Urteil darüber bleiben doch bestehen. Es hat sich im Verlaufe der Debatte gezeigt, daß die Absichten unserer Kritik von einem großen Teil des Hauses nicht verstanden werden. Sicher aber wird man uns drauhen im Lande verstehen.

Generallieutenant Krug zu Ridda: Ich habe nur behauptet, daß einige der Mißhandlungen im Fall Fleischer nicht schwer waren. Im übrigen gebe ich Fleischer durchaus frei.

Abg. v. Gerdorf (L.) bittet den Kriegsminister, um den Kampf gegen die Polen zu unterstützen, in den östlichen Provinzen mehr Garnisonen in die kleineren Städte zu legen.

Abg. Fischer-Sachsen (Soc.):

Ich bitte den sächsischen Herrn Militärbvollmächtigten, Aufklärung zu geben über einen Fall von Mißhandlung, der sich in der Kaiserin in Zittau zugezogen hat und in den Kreisen der Bürgerlichkeit eine gewisse Erregung und Verwirrung hervorgerufen hat. Der Soldat Hauke in wurde am Freitag, den 11. Januar d. J. Straferzweien und dabei seinen Tornister, wie das ja üblich ist, mit Sand füllen; erst weg der Tornister 16 Pfund, dann 24 Pfund. So mußte er Laufschrift machen, wie behauptet wird, eine halbe Stunde lang ohne Unterbrechung. Am nächsten Tage ist dann der Soldat gestorben und unter den Soldaten wird gesagt, er habe sich zu Tode exerziert. Wenn die Soldaten, die selbst tagtäglich solche Qualereien und Schindereien erdulden müssen, das sagen müssen, nehme ich keinen Anstand, es für wahr zu halten. Daß das Verleben

von Tornistern mit Sand eine ganz gewöhnliche Erscheinung ist, beweisen ja die kriegsgerichtlichen Verhandlungen. Ich erinnere nur an den Fall Lunz, den der Feldwebel Schaller so lange aufschreiben machte, bis er erschöpft zusammenbrach. Schaller bekam dafür nur acht Tage Mittelarrest! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Mir waren früher schon wiederholt Mitteilungen aus der Zittauer Kaserne zugegangen, aus denen hervorzugehen schien, daß die Behandlung der Soldaten, besonders bei dem 8. Bataillon, eine wenig schöne ist. Ich habe damals die Sache nicht vorgebracht, da ich optimistisch genug war, zu glauben, daß die Kritik der Mißhandlungen hier im Reichstag und die Erlasse des Prinzen Georg zur Folge hätten, daß alles geordnet werde, um die Mißhandlungen in den Kasernen zu beseitigen. Aber die Vorcommission der letzten Zeit in Sachen haben mich dem doch eines Besseren belehrt. Wenn wirklich der ernste Wille vorhanden wäre, die Mißhandlungen zu beseitigen, so könnte es nicht vorkommen, daß z. B. ein Unteroffizier seine ganze Korporalschaft tagtäglich mißhandelt, ohne daß irgend jemand von den höheren Offizieren dagegen einschreitet und daß solche Fälle von Mißhandlungen immer nur durch einen Zufall ans Tageslicht kommen. Auch die Mißhandlungen im Fall Lunz sind nur durch Zufall ans Tageslicht gekommen; sie waren aber so zahlreich, daß sich jeder sagen mußte, in einer kleinen Garnison wie Königstein ist es unmöglich, tagtäglich solche Mißhandlungen zu begehen, ohne daß andre Offiziere davon etwas merken. Wie roh es dabei zugeht, beweist allein die Thatsache, daß Lunz am Weihnachtabend auf Befehl seines Vorgesetzten auf einen Sarg gefesselt wurde mit einem Besen in der Hand, und einem Schild mit der Aufschrift: Stille Nacht, heilige Nacht. Dort mußte er eine Stunde lang stehen, was er sonst nicht that. Am nächsten Tage kam er ins Lazarett und erst da merkte der Arzt, daß er gemißhandelt worden war. Auf Befragen leugnete aber Lunz, gemißhandelt zu sein, weil er sich fürchtete. — Man hat in diesen Tagen so viel von dem feinen Ehrgefühl der Offiziere gesprochen. Wie es damit bestellt ist, beweist der bekannte Fall des Lieutenant's Rosen, den der betrübte Kaufmann Häbler geohrfeigt hatte. Der Lieutenant benahm sich zunächst durchaus forrest und erst auf Zureden eines Kameraden erwachte sein militärisches Ehrgefühl und veranlaßte ihn, den Schlag des Kaufmanns zu erwidern, indem er in seine Wohnung drang und mit dem blauen Säbel auf ihn einschlug. — Wenn übrigens die Ehre des Offiziers verlangt, daß er jeden Schlag zurückschlägt, dann handelt doch auch der Soldat schlappe, der nicht jede Ohrfeige sofort erwidert. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Gerade durch die Beschimpfungen wird das Ehrgefühl der Soldaten erlötet. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Redner bittet die sächsische Militärverwaltung, dahin zu wirken, daß der Regimentskommandeur von Zittau sich nicht in Politik mischt. Jetzt verbietet der Herr den Soldaten, ein Gasthaus zu besuchen, in dem eine Gewerkschaftsversammlung stattgefunden hat. Durch diesen Vorhalt ergreift er in den wirtschaftlichen Kämpfen Partei für die Unternehmer. Wie viele Soldaten werden in der Kaserne sozialdemokratisch durch die Letztere sozialdemokratischer Schriften, sondern aus Ehrlichkeit über unwürdige Behandlung! Ich habe die Mißhandlungsfälle vorgelesen, um sie zu beseitigen und um Aufklärung über den ersten Fall zu bekommen, in dem auch die Eltern noch im Unkenntnis geblieben sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bevollmächtigter Major Krug zu Altda: Der Redner hat über die sächsische Armee in sehr grellen Farben gesprochen. Der Soldat Hauptmann ist an Gehirnschlag gestorben. Ob diese bisartige Gewohnheit mit Mißhandlungen im unläßlichen Zusammenhang steht, kann ich nicht sagen. Auf einen anonymen Brief hin, der Mißhandlungen als Ursachen nannte, ist eine Untersuchung eingeleitet worden, die noch nicht abgeschlossen ist. Auch bei dem Vater ist ein anonymen Brief angelangt und die Angehörigen haben dies der Kommandobehörde mitgeteilt. Die Mannschaften, die bisher vernommen worden sind, bestreiten Mißhandlungen. (Auf bei den Sozialdemokraten: Natürlich!) An den Fall Lunz hat der Abg. Fischer allgemeine Betrachtungen geknüpft, die nicht bezweifelhaft sind. Lunz wird sehr unglücklich mißhandelt worden. Sie billigt niemand, ich selbst habe den Antrag zu der Untersuchung gegeben auf eine Mitteilung, die mir Abg. Häbler gemacht hat. Daß die Mißhandlungen so lange verheimlicht werden konnten, erklärt sich daraus, daß sie auf dem Zimmer verübt wurden. Der Lieutenant Haubold scheint ein sehr jähzorniger junger Mann zu sein, er hat für sein ungläubliches Verhalten seine Strafe erhalten. Der Lieutenant Rosen hat sich ganz unglücklich benommen, er ist zwei Tage nach dem Vorfall zu dem Kaufmann gegangen und hat ihn verhauen. Dies wäre nur im Affekt zu entschuldigen gewesen. Auf den Regimentskommandeur in Zittau habe ich keinen Einfluß.

Abg. Demmig (fr. Sp.) bringt einige Wünsche auf Verminderung der Kontrollveranlassungen zur Sprache, die nur eine Vergewaltigung von Arbeitstagen bedeuten. Im ganzen würden der arbeitenden Bevölkerung im Jahre 2 Millionen Arbeitstage, also etwa 4 Millionen Mark entzogen. Dabei handele es sich bei den Kontrollveranlassungen nur um Neuzerstellungen. Auch Agitation gegen die Sozialdemokratie werde in höchst überflüssiger Weise getrieben. Das sei ein Mißbrauch der Kontrollveranlassungen zu politischen Zwecken, wie Richter und Windthorst schon 1878 befürchtet hatten. Die Strafen, die von der Militärverwaltung gegen Angehörige des Verurlaubtandes angeordnet würden, seien viel zu hart. Wie leicht es ist möglich, diese Kontrollveranlassungen bei ihrer ungenügenden Bekanntheit zu vermeiden; trotzdem würden dafür zwei Tage Arrest verhängt. (Sehr richtig! links.) In letzter Zeit wurde sogar dekretiert, jeder Mann, der einmal eine Kontrollveranlassung verübe, werde mit drei Tagen Mittelarrest, Arrest bei Wasser und Brot mit harter Schlafstelle bestraft. Auch das Zuspatkommen werde hart bestraft, ebenso das Vergessen des Militärpasses. Ein Verurlaubter ist in Bayern mit einem Tage bestraft worden, weil er die Denkmünze aus dem siebziger Jahre vergessen hatte. (Hört! hört!) Die Verhängung des Kriegsministeriums aus dem Jahre 1887, daß jeder Mann, der zur Kontrollveranlassung berufen wird, während des ganzen Tages unter dem Militärpassgeheh steht, ist ungeschichtlich und beruht auf der falschen Auslegung eines Artikels des Reichsgerichts. Große und Stadtgarden haben seiner Zeit schon darauf hingewiesen, zu welchen Unbilligkeiten diese Bestimmung wird. Ein sozialdemokratischer Wirt darf sich danach am Tage der Kontrollveranlassung nicht in seinem Lokal aufhalten. (Weißt links.)

Der Kriegsminister hat erzählt, daß bei einem Regiment in Schlesien Versuche mit Reduktion des sogenannten Gamaschendienstes gemacht worden sind, daß die Versuche aber sehr schlecht ausgefallen sind. Ich glaube, der Militärverwaltung war der schlechte Ausfall unangenehm, und ich gehe weiter, die Versuche sind so schlecht ausgefallen, weil man wußte, daß man oben wünschte, daß die Versuche schlecht ausfallen sollten. Der Gamaschendienst hat durch den Generalmajor v. Putzmer eine vernünftige Beurteilung erfahren. Ich bitte den Kriegsminister diese Kritik zu beachten und ersucht mit Reformen vorzugehen. (Weißt links.)

Abg. Risch (C.) bemängelt die übermäßige Ausdehnung von Douerritten bei einzelnen Kavallerieregimenten. Generalmajor v. Ciemer erklärt, Dauerritte im Interesse des Dienstes und der Ausbildung für erforderlich. Grundlag sei dabei, daß jeder Offizier das Pferd in bestem Zustande an Ort und Stelle bringt.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) wendet sich gegen die Verlegung von Garnisonen nach kleinen polnischen Städten. Abg. Dr. v. Tazjewski (Pole) schließt sich dem Vorredner an, eine solche Maßnahme liege nicht im militärischen Interesse, sondern habe eine politische Spitze. Damit schließt die Diskussion. Der Titel „Ministergehalt“

wird bewilligt und die Duelle-Resolution Lengmann gegen die beiden konservativen Parteien angenommen. Dann vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 5/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Veteranen und Wehrsteuer.

Die Budgetkommission des Reichstages mußte sich am Donnerstag zu Beginn ihrer Beratung sofort vertagen, weil ihre Mitglieder in die Tarifkommission gelaufen waren. Sie begann ihre Sitzung erst wieder um 10 1/4 Uhr.

Abg. Dr. Orla (natl.) beantragte, den angeforderten Betrag von 6200000 M. (zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer von 1870/71) um eine Million zu erhöhen, da sonst wieder bedürftige Veteranen mangels flüssiger Reichsmittel unbefriedigt bleiben würden.

Reichs-Schatzsekretär Hr. v. Tschelmann bekämpft diesen Antrag, weil seine sicheren Grundlagen für die Schätzung der Zahl der Unterstützungsberechtigten vorhanden seien. Er stellt aber einen Nachtragset in sicherer Aussicht. Es gehe nicht an, die Ausgaben fortwährend zu erhöhen, ohne gleichzeitig für Steigerung der Einnahmen Vorkehrungen zu treffen. Selbst keine Vorlagen, wie die Sacharin- und Schaumweinsteuer-Gesetze würden vom Reichstage verzögert.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) empfiehlt die Einführung einer Reichs-Wehrsteuer.

Staatssekretär Freiherr v. Tschelmann erinnert daran, daß anfangs der 80er Jahre eine Wehrsteuer-Vorlage, welche rund 10 Millionen einbringen sollte, vom Reichstage einstimmig abgelehnt worden sei. Das ermunte nicht, es wiederum mit einer Wehrsteuer-Vorlage zu versuchen. Freilich werde um so mehr an neue Reichsteuern gedacht werden müssen, da die Zahl der Unterstützungsberechtigten zu Beginn des neuen Etatsjahres sich höher stelle als veranschlagt worden sei.

Abg. Dr. Orla (natl.) stellt fest, daß unter diesen Umständen die Erhöhung des geforderten Betrages nicht ausreichen werde, um alle bedürftigen Veteranen zu unterstützen. Er müsse nunmehr die Wehrforderungen auf 1300000 M., die Gesamtforderung also auf 7500000 M. zu erhöhen, beantragen.

Staatssekretär v. Tschelmann empfiehlt dies auf dem Wege einer Resolution zu thun, welche den Reichsanzler ermächtigt, bis zur dritten Lesung sich zur Einstellung des Wehrbetrages bereit zu erklären.

Abg. Dr. Noon (kons.) meint, nach dem Antrage Orla würden 200000 M. für die Veteranen zu viel herauskommen. Er sei sehr für eine allgemeine Wehrsteuer mit Ausnahme der Einnahmen unter 600 M.

Müller-Julda (C.) betont, daß die Klagen Arendts wegen des Unberücksichtigens berechtigter Ansprüche bedürftiger Veteranen vor die Landtage gehören, da sie herrühren von bedürftigen Mißgriffen der Einzelstaaten. Er strebe zwar einer Wehrsteuer (sympathisch gegenüber, wolle sie aber doch erst einführen, wenn in allen Einzelstaaten eine gleichmäßige Einkommensteuer durchgeführt sei. Er empfehle eine Reform der Judensteuer, Aufhebung der Exportprämien, die Vereinfachung der Liebesgaben für die Brautweinsteuern.

Staatssekretär v. Tschelmann bestreitet, daß aus der Aufhebung der Judensteuer sich ein Mehr von rund 45 Millionen für die Reichsfinanzen ergeben werde. Im Falle der Vereinfachung der Exportprämien werde auch eine Verminderung der Reichseinnahmen nicht zu vermeiden sein, da das Gesetz in dieser Richtung die Verwaltung vinculiere.

Müller-Sagan (fr. Sp.): Von einem Ueberdruß sei gar nicht die Rede, es solle nur das dringende Bedürfnis der bedürftigen Veteranen befriedigt werden. Eine Wehrsteuer sei aus dem Anfang der achtziger Jahre storgelegten Gründen undenkbar. Die Parteien, welche mehr Einnahmen für die Reichsfinanzen wünschten, müßten doch ihre Vertreter in der Brautweinsteuern-Kommission bestimmen, für Aufhebung der Brautweinsteuern und Vereinfachung der Liebesgaben einzutreten.

Dr. Arendt (Sp.) empfiehlt dem Abg. Müller-Julda, seine eigene Fraktion zu seiner Steuerpolitik zu belehren.

Singer (Soz.) legt dar, daß eine Wehrsteuer schon deshalb ungerechtfertigt erscheine, weil sie diejenigen besonders belaste, welche von der Natur vernachlässigt worden seien. Mängel der Person dürften nicht auf solche Weise bestraft werden. Wenn überhaupt neue Steuern nötig seien, müsse in erster Linie endlich einmal die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer in Angriff genommen werden. Ueber die Aufhebung der Brautweinsteuern und die Vereinfachung der Judensteuern möge der Abg. Müller-Julda seiner Fraktion Vortrag halten. Das sei der rechte Ort für eine Förderung der fraglichen Reform.

Der Antrag Graf Orla, den geforderten Etatbetrag auf 7500000 M. zu erhöhen, wird im Wege der Resolution einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Etat der Reichs-Eisenbahnen.)

Die Brautweinsteuern-Kommission

beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit einem Antrage des Abg. Lurz (C.), der sich gegen die Steuerfreiheit des Spiritus für pharmazeutische Zwecke in Apotheken richtet. Abg. Lurz begründet seinen Antrag damit, daß nur ein Teil der Apotheker von der Steuerfreiheit Gebrauch mache. Die Rezepte seien aber in allen Apotheken gleich teuer. — Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) tritt für die Gewissenhaftigkeit der deutschen Apotheker ein, dem nur wieder eine neue Steuerlast aufgebürdet werden solle. — Auf die Frage des Redners, wie hoch denn der Gesamtbeitrag des in Apotheken verbrauchten steuerfreien Spiritus sei, erwidert Geheimrat Koro über, der Gesamtbeitrag habe sich im letzten Jahre auf 13000 Liter beziffert; die Wehrbelastung für die Apotheker würde also eine Million Mark betragen. — Abg. Müller-Julda (C.) befragt gleichfalls den Antrag Lurz. In den Apotheken werde von dem Personal fürchtbar viel „Apothekerschnaps“ getrunken. — Abg. Gamp (Sp.) erklärt sich gleichfalls gegen die Steuerfreiheit, weil sie nur den großen Apotheken zu gute käme.

Die Abg. Gamp, Müller-Julda, Warm (Soz.) und Genossen beantragen, dem Zwecke des Antrages Lurz gemäß, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach nur der in öffentlichen Krankenhäusern, Erziehungs- und ähnlichen Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Anstalten verbrauchte nicht-naturierte Spiritus zur Steuerfreiheit zugelassen, für Apotheken aber diese Steuerfreiheit ausgeschlossen bleiben soll. — Abg. Dr. Baasche (natl.) erklärt sich gegen eine Behandlung der Apotheker, die ihnen ihren Betrieb weiter erschwere und verteuere. — Warm (Soz.) tritt für die Tendenz des Antrages Lurz ein. Die Steuerfreiheit begünstige die Apotheker den Juristen gegenüber. Zum mindesten muß gefordert werden, daß spirituelle Medikamente der Steuerfreiheit entsprechend in der Apothekertaxe verbilligt würden. — Unterstaatssekretär v. Fischer tritt für die Aufhebung der Steuerfreiheit ein, weil so eine Gleichmäßigkeit der Besteuerung durchgeföhrt, eine sehr lästige und sehr werthlose Kontrolle beseitigt und dem Reiche eine Million Mark Einnahmen verschafft werde. — Abg. Dr. Baasche bemerkt gegen Warm, die Drogen seien in Bezug auf die Steuerfreiheit des Spiritus für 88 Medikamente den Apothekern völlig gleichgestellt. Redner erklärt aber, aus den Gründen des Unterstaatssekretärs v. Fischer nur für den Antrag Lurz stimmen zu wollen. — Abg. Warm (Soz.): Nachdem festgesetzt sei, daß auch die Drogen Steuerfreiheit genießen, und zwar in gleichem Umfang wie die Apotheker, werde er und seine Freunde gegen den Antrag Lurz stimmen. — Abg. Dr. Müller-Sagan weist darauf hin, die 88 Medikamente würden in der Lage höher gestellt werden müssen, wenn die Steuerfreiheit aufhöre. — Bei der Abstimmung wird mit allen gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und des Abgeordneten

Diétrich (L.) der Antrag Lurz angenommen und die Steuerfreiheit der Apotheken beseitigt.

Zur Debatte, in der es etwas durcheinander ging, war durch Mitteilung des Abg. Semler (natl.) herausgekommen, daß die Spiritus-Centrale am 1. Januar 1902 1305000 Hektoliter Spiritus am Lager hatte; ferner, daß sie im Juli 1901 vor Aufhebung der Prämie plögl. 122000 Hektoliter denaturiert hat, um noch iraisch die Prämie zu erhalten. Auch sind vor dem 15. Juli 1901 große Quantitäten über die Grenze geschafft worden, um die Exportprämie zu genießen; allein nach Basel 40000 Hektoliter!

Bei der Neuveranlagung zum Kontingent sollen nach dem Antrag Krenberg statt zweier Sachverständigen der Brennerei-Verufsgenossenschaft zwei Sachverständige aus den Kreisen der Besitzer landwirtschaftlicher Brennereien zugezogen werden. Nachdem die Abg. Diétrich (L.) und Müller-Julda (C.) für die Aenderung eingetreten sind, beschließt die Kommission dementsprechend.

Die Abg. Müller-Julda (C.) und Jth (natl.) stellen Anträge, die darauf hinauslaufen, die Materialbrennereien allgemein, soweit eine Betriebserweiterung seit 1887 stattgefunden hat, zur Kontingentierung zuzulassen. — Die Debatte darüber wird auf Donnerstagabend vertagt.

Partei-Nachrichten.

Die italienischen Sozialisten in der Schweiz hielten am Sonntag und Montag in Luzern ihre Delegiertenversammlung ab, die von 24 Delegierten besucht war, welche 40 Sektionen vertraten. Beschlossen wurde, die Agitation unter den italienischen Arbeitern reger zu betreiben und dafür italienische sozialistische Abgeordnete zu gewinnen. Den italienischen Arbeitern in der Schweiz soll empfohlen werden, sich den schweizerischen Gewerkschaften anzuschließen.

Die Parteigenossen Sachsens halten ihre Landesversammlung am 1. und 2. April in Weichen ab. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung: Landtag und Landtagswahlen, sowie die Reichstagswahlen.

Sociales.

Die Einrichtung einer Arbeiterkammer, die Genosse Stolten beantragt hatte, wurde von der hamburgischen Bürgerchaft abgelehnt. Ebenso wurde der antimilitärische Antrag auf Einrichtung einer Handlungsgehilfenkammer abgelehnt. Beide Anträge wurden gegen ein halbes Duzend Stimmen angelehnt. Ein Antrag auf Kommissionsberatung der beiden Anträge wurde gegen einige 20 Stimmen abgelehnt.

Von dem hervorragenden Kapitalistenparlament der Republik war nichts Besseres zu erwarten. Genosse Stolten kündigte an, daß der Antrag wiederkehren würde.

Die Verabreichung von warmem Frühstück an bedürftige Schulkinder beschloß die Stadtverordneten-Versammlung in Königsberg. Der Antrag ging von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Kollegiums aus. Es sollen 3000 M. zu dem Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Die Ladenschluß-Frage kam am 19. Februar im Hause der Lords zur Verhandlung; der liberale Unionist Lord Avebury brachte abermals seinen Gesetzentwurf ein. Die frühere Ablehnung war erfolgt mit dem Hinweis, daß nicht genug Material über die Frage vorhanden sei. Es war deshalb ein besonderes Komitee eingesetzt worden, um die Ladenschluß-Frage zu untersuchen. Dies Komitee war unter der Leitung Salisbury's selbst in seinem Bericht zu dem Schluß gekommen, daß die jetzt übliche lange Arbeitszeit in den Ladengeschäften von großer Schädlichkeit für die Gesundheit namentlich der weiblichen Angestellten sei. Trotzdem sprach auch diesmal wieder der Regierungsdirektor dagegen und das Gesetz wurde mit 57 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Betriebsunfälle in Niederland. Der industrielle Aufschwung hat auch in den Niederlanden eine erschreckliche Zunahme der Unfallsfälle in den Fabriken und auf den Arbeitsplätzen zur Folge gehabt. Die Zahl der Unfälle betrug 1895: 2505, 1896: 3328, 1897: 4027, 1898: 4358, 1899: 5176, 1900: 5305. Es kamen also 1900 beinahe doppelt so viel Unfälle vor als 1895. —

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen von Schöneberg! Daß wir gegenwärtig schwere Zeiten durchmachen, sehen auch jene Arbeiterfrauen, welche sich sonst nur wenig um Fragen allgemeiner Art bekümmern. Welche wohl meinen, ihr Mann brauche sich weder mit Politik noch mit Gewerkschaften zu befassen; das koste nur Geld und tauge nichts. Sagt man ihr gar, nicht nur ihr Mann, auch sie selbst, falls sie arbeitet, gehöre in die Gewerkschaft, so hat sie dafür nur ein mitleidiges Lächeln. Aber das vergangene Jahr war ganz dazu angethan, viele dieser Blüthen schändlich zu machen. Die steigende Anzahl der Wohnungsmieten und dann die zunehmende Arbeitslosigkeit mußte bange Sorge auch bei denen wecken, die zufällig bis dahin verhältnißmäßig nicht darunter leiden mußten. Die Sehnsucht nach der Rückkehr besserer Zeiten wächst zugleich mit der Zunahme der Not.

Aber wie soll, wie kann es besser werden, wenn zur Stunde, da alles darniederliegt und viele Tausende fleißiger Hände feiern müssen, weil keine Arbeit vorhanden ist, ein Gesetz vorliegt, durch welches das Brot der Armut verteuert werden soll? Der Wucherzoll muß, falls er Gesetzeskraft erlangt, das Volk von vielen Seiten empfindlich treffen; von keiner schärfer als durch den Zollerhöhung. In einem reichen Haushalt freilich spielen die paar Pfennige Zollerhöhung keine Rolle; so ist an der Wohlhabenden gedankenloslos Auspruch, daß man die Zollerhöhung nicht merke, die Meinung entstünde, man könne ruhig die Zollerhöhung bewilligen. Ein verhängnisvoller Irrtum! Die Proletarierin merkt die Erhöhung nur zu gut. Die Keine — ach, sehr kleine Summe, welche bisher für die Ernährung der Familie nur eben gelangt hat, will nicht mehr reichen. Woher das Geld nehmen für das Brot, welches noch fehlt? Die Portionen werden kleiner; Eltern und Kinder bleiben ungesättigt. Und die Herren können meinen, die Mutter merke das nicht!

Aber eben, weil sie es nur zu gut wissen würde, darf sie nicht warten, bis die vorgeschlagene Zollerhöhung Gesetz geworden, ehe sie sich dagegen erklärt; das hieße, die denkbare schlechteste Politik treiben. Leicht ist es immer, ein schändliches Gesetz am Zustandekommen zu hindern, als ein bestehendes wieder abzuschaffen. Deshalb ist es Pflicht jeder Genossin, mit aller Energie gegen die drohende Verteuerung der Lebensmittel anzukämpfen, sich zu wehren gegen die Ausbeutung, die ihr zu Gunsten eines Teils der Besitzenden angeht.

Viele unter Euch, Genossinnen von Schöneberg, werden wissen wollen, wie sie sich an dem großen Kampfe erfolgreich beteiligen können? Geht nur in hellen Ganzen in die Versammlung, welche am Dienstag, den 25. Februar, bei Döb. Reiningersstr. 8, stattfindet. Hier wird Genosse Veber über den Zolltarif und die Arbeiterklasse sprechen. Es bedarf wohl keines weiteren Wortes, um Euch den Wunsch der Versammlung zur Gemüthe zu fassen, froh ausgeführten Pflicht zu machen. Die Vertrauensperson.

Der gewerkschaftliche Frauenverein hält am 23. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, in Arzigers Salon, Rannhuser 6, eine Mitgliederversammlung mit Vortrag und gemütlichem Beisammensein ab.

Ein neues Arbeitermehrschne-Gesetz in der Schweiz.

Dem Großen Rat (Landtage) des Kantons Aargau liegt gegenwärtig der Entwurf zu einem kantonalen Arbeitermehrschne-Gesetz vor, der sich an das bezügliche Gesetz des Kantons Zürich anlehnt. Nach dem vorliegenden Entwurf soll sich das Gesetz erstrecken auf alle dem eidgenössischen Fabrikgesetz nicht unterstellten

Betriebe, in denen eine oder mehrere weibliche Personen als Arbeiterinnen oder Lehrdichter beschäftigt sind, auch wenn sie im Hause des Geschäftsinhabers wohnen und Wohnung haben. Mädchen im schulpflichtigen Alter, das heißt unter 14 Jahren, dürfen weder als Arbeiterinnen noch als Lehrdichter eingestellt werden. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit beträgt 10, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen 8 Stunden. Die Arbeit an Sonn- und Festtagen ist untersagt. In Ausnahmefällen kann von den Behörden Ueberzeigung bewilligt werden. Die gegenseitige Kündigungfrist beträgt 14 Tage, die Lohnzahlung hat mindestens alle 14 Tage zu erfolgen. Die Arbeitsräume sind verschiedenen sanitarischen Vorschriften unterworfen. Bei Einstellung von Lehrdichtern ist ein schriftlicher Lehrvertrag abzuschließen.

Für die weiblichen Angestellten in Ladengeschäften wird bestimmt, daß ihnen eine ununterbrochene Nachtruhe von wenigstens 10 Stunden zu sichern ist. Das Wirtschaftspersonal kann zur Bedienung der Gäste abends bis zur Polizeistunde beschäftigt werden, bei Freinächten auch darüber hinaus. In allen Fällen ist den Bediensteten eine Nachtruhe von wenigstens 8 Stunden zu gewähren. Mädchen unter 18 Jahren dürfen, wenn sie nicht zur Familie des Wirtes gehören, nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden. Weiblichen Angestellten in Ladengeschäften und Wirtschaften soll monatlich mindestens ein Sonntag freigegeben werden — warum dem Ladenpersonal nicht jeder Sonntag, da ja der Schluß der Geschäfte angeordnet werden kann — ist nicht recht einzusehen. Uebertragungen des Befehles werden mit Geldstrafen bis zu 200 Fr. oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bedroht. — So begründenswert der den Arbeiterinnen und Lehrdichtern in den gewerblichen Betrieben gewährte Schutz ist, so unzulänglich sind die Bestimmungen zum Schutze der Angestellten in Ladengeschäften und im Wirtschaftsgewerbe, so daß man darin nicht mehr als einen schäblichsten Anfang erblicken kann.

Schutz den Frauen und Kindern.

Die italienischen Arbeitsskammern haben im Laufe der letzten paar Wochen insgesamt etwa 225 Verordnungen erlassen, in welchen die Regierung aufgefordert wurde, ein Gesetz zum Schutze der Frauen- und Kinderarbeit zu erlassen. Die sozialistische Fraktion hat schon seit Jahren einen solchen Gesetzentwurf, das Projekt Turati-Aufschiff, dem Parlament eingereicht. Auch die Regierung hat nun einen Entwurf fertiggestellt, der aber nicht entfernt den Wünschen der Arbeiter entspricht. Am 23. d. Mts. tritt die Kammer wieder zusammen; am Vorabend der Wiederöffnung sollen oben bezeichnete Verordnungen ihren Abschluß finden, um die Regierung und die Parlamente auf diesem Wege vorwärts zu drängen.

Gerichts-Beitrag.

Der Kampf um 'Lysistrata'. Ein lebhafter Streit des bekannten Theater-Schriftstellers Heinrich Volken-Bäders gegen den Besitzer des Apollo-Theaters, Herrn Max Siegra, beschäftigt diese Tage die 23. Zivilkammer. Der Kläger wurde durch Rechts-

anwalt Dr. Löwenstein, Beklagter durch Rechtsanwalt Märker vertreten. Herr Volken-Bäders hatte im Jahre 1898 mit der Direktion des Apollo-Theaters einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge er sich verpflichtete, die Libretti für die im Laufe des Jahres zur Ausführung gelangenden Burlesken zu schreiben. Es waren im Vertrage für das Jahr drei Libretti vorgesehen, wobei männlich verbrodet wurde, daß diese Libretti nur im Bedarfsfalle zu liefern seien. Thatsächlich sind von Volken-Bäders auch niemals mehr Libretti geliefert worden, als er gebraucht, obgleich allein die von Volken-Bäders verfasste Burleske 'Frau Luna' den Spielplan von 420 Vorstellungen abzufüllen würde. Der Vertrag ist zweimal verlängert worden, dann fand eine gütliche Vereinbarung über die Aufhebung des Vertrages statt, später einigte man sich aber wieder über die Fortdauer desselben. Im Mai 1901 fand in Köln eine Zusammenkunft des Herrn Volken-Bäders mit Herrn Siegra in Gegenwart des Kapellmeisters Paul Linke statt und hier hat Herr V.-B. eine auf Veranlassung des Herrn Siegra schon seit längerer Zeit von ihm in Bearbeitung genommene, die 'Lysistrata' über behandelnde Burleske vor, die vollen Verfall fand. Herr V.-B. handigte demnach das Libretto seines Stückes in mehreren Exemplaren dem Beklagten aus. Es ergab sich die Notwendigkeit einiger Abänderungen und Ergänzungen, wegen deren Kapellmeister Linke persönlich mit Herrn V.-B. verhandelte. Dieser befragte sich darüber, daß ihm das vertragsmäßige monatliche Autoren-Honorar nicht mehr gezahlt worden und seine deshalb Ergänzungen und Abänderungen ab. Dann kam ein Telegramm aus Berlin, in welchem Zahlungen versprochen wurden, falls das fertige Buch abgeliefert würde. Daraufhin übernahm Herr Volken-Bäders die Bearbeitung, ließ sich aber von Herrn Linke das verbindende Versprechen geben, dem Apollo-Theater keine der vorgenannten Abänderungen oder Ergänzungen zugänglich zu machen, bevor er dazu ausdrücklich ermächtigt werde. Die versprochenen Zahlungen sind nicht erfolgt, dagegen erfuhr Herr V.-B., daß die Aufführung seiner Burleske im Apollo-Theater unmittelbar bevorstehe. Wie der Kläger auf Grund eines ihm zugegangenen Briefes vor Gericht behauptete, sei Herr Linke eines Tages mit einem Paket, das fertige Buch und die Musik der 'Lysistrata' enthaltend, auf das Theaterbureau gekommen und habe dem Beklagten gesagt, daß die Operette fertig sei. Auf das Verlangen, das fertige Buch herauszugeben, habe Herr Linke auf Grund seines Versprechens sich dessen geweigert und gesagt, daß der Inhalt des Pakets privat und streng vertraulich sei. Er habe alsdann, da er einen Geschäftsgang zu machen hatte, das Paket vorübergehend im Bureau zurückgelassen und die Zwischenzeit sei dazu benutzt worden, das Paket zu öffnen und die Varianten gegen das frühere Buch mit der Schreibmaschine abzuschreiben. Auf Grund dieses Thatbestandes beantragte Rechtsanwält Dr. Löwenstein, Herrn Volken-Bäders in seinen gefährdeten Autorensrechten zu schützen und durch eine einstweilige Verfügung dem Besitzer des Apollo-Theaters die Aufführung der Burleske zu unterlagen. — Rechtsanwalt Märker bestritt dagegen die Berechtigung dieses Verlangens und behauptete, daß Herr Volken-Bäders in Erfüllung eines noch nicht abgelaufenen Vertrages das Stück dem Kapellmeister Linke ausgeschrieben

habe. Auch wurde die Richtigkeit der Sachdarstellung bestritten. — Die 23. Zivilkammer entschied am 31. Januar eine einstweilige Verfügung, durch welche Herr Siegra bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 1000 M. für jeden Uebertretungsfall verbieten wurde, die Burleske des Herrn Volken-Bäders anzuführen. Auf den hiergegen erhobenen Widerspruch hat das Gericht die einstweilige Verfügung zwar aufgehoben, Herrn Siegra aber als Vorbedingung aufgegeben, dem Kläger, der das Streitobjekt selbst auf 4000 M. angegeben hatte, durch Hinterlegung dieser Summe vor Schäden sicher zu stellen. Weitere Entscheidung über den Fall bleibt dem Hauptprozeß vorbehalten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

Zanitsch. Kurator der Unfallstationen ist Herr Max Schlegler, Poststraße 81. Dieser Herr wird Ihnen auf alle Fragen Auskunft geben.

J. 100. Erklären Sie sich in der Akademie der Künste, Universitätsstraße 6, oder im Künstlerhaus, Bellevuestraße.

A. 31. Bon 200 M. an. Wenden Sie sich an A. Bebel, Schneberg, Eisenacherstr. 60 III.

A. 2. Er wohnt Rathenowerstraße 1. Sprechzeit telephonisch erfragen.

Goltsche wird als Füllmaterial für Gedächtnisse, auch in der chemischen Industrie als Füllmaterial benutzt.

V. J. 3. Das Mädchen kauft für die 200 M. überhaupt nicht. Die Herrschaft ist nicht berechtigt, das Mädchen über den Ablauf der Kündigungsfrist hinaus zurück zu behalten. Macht sie einen solchen Versuch, so soll sich das Mädchen nicht daran lassen, den Dienst mit Ablauf der Vertragszeit verlassen und ihre Rechte auf Lohnzahlung, Herausgabe der Bücher usw. beim Amtsgericht im Wege der Klage geltend machen. — **Wienerstr. 3a.**

Klage. Die Behörde kann die Genehmigung zur Reduktion einer Abrechnung einem Beamten erteilen, die Genehmigung auch zurückziehen.

S. H. N. 88. Teilen Sie die gemeine Mißhandlung schleimig unter genauer Angabe der Einzelheiten und mit der Bitte, Ihren Namen verschweigen zu wollen, der Staatsanwaltschaft beim Landgericht II Berlin, Alte Noackstr. 11/12, mit. — **G. G. 53.** Einen Währungs- und Uebervollzugsbeschleiß können Sie durch das Amtsgericht bewirken.

J. C. 1. Der von Ihnen angeordnete Scheidungsgrund ist längst verjährig. Sie können vielmehr wegen bösslicher Verhöhnung klagen und zur Aufhebung der Ehe die öffentliche Aufhebung der Ehe beantragen lassen.

J. 2. Sie müssen zunächst ein Schlichtungsverfahren einleiten. Dann ist die Klage durch einen Rechtsanwalt anzulegen. Wesentliche Aufhebung der Klage durch Ihnen nur bewilligt, wenn Sie nachweisen, daß der Aufenthalt Ihnen trotz aller Bemühungen unbekannt ist. — **S. 2. 61.** Sie müssen entweder Ersatz eines Zahlungsabfehls beantragen oder beim Landgericht durch einen Anwalt Klage erheben. Eine Erbchaft ist erst nach ihrem Anfall, also nach dem Tode des Erblassers pflanzbar. Der erwirkte vollstreckbare Schuldbrief (Zahlungsabfehl oder Urteil) hat 30 Jahre lang Vollstreckbarkeitsfähigkeit. — **S. H. Urbanstraße 1.** Leider nein. 2. Nein, es ist denn, Sie ist 70 Jahre alt oder erwerbsunfähig. 3. Ja, wenden Sie sich an Ihre Krankenkasse. — **S. 3.** Vom vollendeten 21. Jahre ab darf man ohne Einwilligung der Eltern heiraten — wenn der andere einen will.

S. H. 11. Einfach, geringfügiges Verbrechen. — **Graben.** Ihre Sohn soll auf Zahlung einer Vergütung klagen und sich der Gewerkschaft der Glasmacher anschließen. — **Streitfrage.** 1. Klagebeile. 2. Wenn eine Beurlaubung unmöglich wird, ja. — **M. 3a.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 21. Februar.

Opernhaus. Margarete. Anfang 7½ Uhr.

Schauspielhaus. Der Herr von Madafa. Anfang 7½ Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroft). Geschlossen.

Schiller. Familie Fourchambault. Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7½ Uhr.

Berliner. Als-Weidberg. Anfang 7½ Uhr.

Leipzig. Das Bild. Anfang 7½ Uhr.

Neubau. Sein Doppeltgänger. — Vorher: English spoken. Anfang 7½ Uhr.

Neues. Intenz. — Colombine. Anfang 7½ Uhr.

Westen. La Traviata. Anfang 7½ Uhr.

Secessionsbühne. Delfos Villencross Dantes. Anfang 8 Uhr.

E. v. Wolzogen's Bunte Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.

Schall und Rauch. Serenissima. Probenzeit. Anf. 8½ Uhr.

Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.

Central. Das süße Mädel. Anfang 7½ Uhr.

Thalia. Seine Kleine. Anfang 7½ Uhr.

Luisen. Diese Grubener. Anfang 7½ Uhr.

Carl Weich. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Obersteiger. Anf. 7½ Uhr.

Die Alliance. Die Dame aus Traumbühne. Anfang: 8 Uhr.

Cyphus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater. Lustige Brüder. Erlos. — Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

Passage-Vanoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Hrania. Laubstr. 18/19. (Im Theaterjaal) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidentheater 5/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wollner-Theater).

Freitagabend 8 Uhr: Familie Fourchambault. Schauspiel in 5 Akten von E. Kuyper, a. d. Französisch, überl. von H. Löwenfeld. Sonnabendabend 8 Uhr: Königin Harlekin. Sonntagabend 3 Uhr: Der Revisor. Sonntagabend 8 Uhr: Familie Fourchambault.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidentheater 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.

Neu! Der Boerenkrieg! Vorst. 11-1 vorm u. 4-10 nachm. Neu! Gutenberg und die Buchdruckkunst. Konzert und Vorträge. Entree 50 Pf., Kinder u. Militär ohne Charge 25 Pf. **Voranzeige!** Am 1. März Boerenfest. Anfang 8 Uhr abends. Billots a 1 M. im Vorverkauf und a. d. Hauptkasse.

Central-Theater.

Heute Freitag, abends 7½ Uhr: Das süße Mädel. Operette in 3 Akten von H. Reinhardt. Sonnabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwochene hat ein Kind frei; Schwerkranken bei den sieben Zwergen. — Sonntagnachmittag 8 Uhr, halbe Preise: Der Zerkelbett.

Thalia-Theater.

Dredenerstrasse 72/73. Mit vollständig neuer Ausstattung: Seine Kleine. Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Von H. Worm a. G., Guido Tschieder, Helmerding, Paul Müller, Gerda Wolbe, Boje, Bannadine, Jauer, Schütz. Anfang 8 Uhr. Sonntag, 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, kleine Preise: Der Raub der Zabinerinnen.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Benefiz für Maria-Lissy u. Emilio Pauli Das Jungfernstift. Operette in 4 Akten von Ernst Günther. Musik von Jean Gilbert. Anfang 8 Uhr. Minna Mickett als Gast. Morgen: Das Jungfernstift. — Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Hans Haderlein. — Sonntag 7½ Uhr: Einmalige Aufführung: Cyphus, der Mohr von Venezia.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, 2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr. Zum 91. Male: Coralle & Co. Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

E. von Wolzogens Bunte Theater (Ueberbrett) Köpnickstr. 68.

Freitag, 21. Febr., abends 8 Uhr: U. a. 'Zufall' von Fuld, 'Atelierspuk', 'Pischer Domino' von E. v. Wolzogen, 'Mora-Parodie' von Bernauer, Lina Abarbanel. — Morgen Sonnabend: Zweite Subscriptions-Redoute.

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi. Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung: 'ne feine Nummer! Burleske Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. Im 4. Bilde: Frauchens Geburtstagstisch. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Anfang 8 Uhr: Don Juan in der Hölle Das phänomenale Spezialitäten-Program.

Palast-Theater (früher Feen-Palast) Uranstr. 22.

Direktion: Winkler u. Fröbel. Neue Spezialitäten. Um 9 Uhr! Großer Erfolg des Dir. Wilhelm Nöbel in der Ausstattungspose: Die süßen Mädel. Neu! Fredoff! Neu! Wardins! Neu! Dazu das große glänzende Februar-Programm! Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Vorverkauf p. 11-1 Uhr. Freitag, den 23. Februar: Jeinvorstellung Robert Dill's Bruch.

Passage-Theater.

Ganz Berlin spricht von der 7-jährigen Lola Gray in dem Mimosdrama Der Bajazzo und sein Kind. Täglich ausverkauft! In Vorbereitung: Der kleine Gohn ist da!! Burleske in einem Akt von Robert Breitenbach.

W. Noacks Theater.

Vormittags 16. Pension Schöller. Poffe in drei Akten von Karl Lauffs. Anfang der Vorstellung 7½ Uhr. Sonnabend: Keine Vorstellung!

Casino-Theater.

Vollringstr. 37. Glänzender Erfolg! Abends 8 Uhr ausverkauft! W. Richter in 'Lustige Brüder', Hans Berg in 'Erlos' u. c. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7½ Uhr. Sonntagabend 4 Uhr: Mutterfege.

Schall und Rauch (Kleines Theater)

Unter den Linden 44. Freitag, 21. Februar, abends 9½ Uhr: Gastspiel von Em. Reicher. Zum erstenmal: 'Die Frau des andern', Komödie in 1 Akt von Lutzko. 'Geschichten vom toten Rabbi', Improvis. Soloszene von Em. Reicher. 'Serenissima-Zwischenstücke'. — Bauernkomödi — Abschiedsouper.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Ironville. Emil Sondermann a. G. Ferd. Norms. Rigi Birmer. Rols Marion. Hierauf: Er. Lebensbild in 1 Akt. Abends 8 Uhr u. 10 Uhr. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Von Stufe zu Stufe.

Charivari-Theater.

Alte Jakobstr. 37. Neues glänzendes Februar-Programm. Papi Weiss Mizzi Braun Lotte Sobus Albert Kühns Max Reichard u. a. 7½ Uhr Beginn der Abend-Vorstellung.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Apollo-Theater.

Rixdorf, Hermannstr. 49. Jeden Sonntag und Montag Große Theater-Vorstellung. Großer Saal und Garten zu Bereinsfestschicklichkeiten zu vergeben. 32719*

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel.

Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung. Richtung: Spezialitäten. J. M. Mütt.

Restaurations-Übernahme.

Freunden und Bekannten hiermit zur Kenntnis, daß ich das bisher von Herrn A. Brigg betriebene Restaurant Brunnenstraße 79 (gegenüber dem Strahlenbahn-Depot) übernommen habe. — Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Friedrich Bergmann, Schanzstr.

Cirkus Schumann.

Heute Freitag, den 21. Februar, abends 8 Uhr: Große außerordentliche Vorstellung. U. a.: Neu! Zum erstenmal am Kontinent! Neu! Push-Ball! Neu! Amerikanerinnen 12! L'écuyère lumineuse! In Feuer und Wasser! Ausgeführt von Hrl. Dora Schumann. Mons. Sosmann u. seinem Sports-Alt. Dir. Alb. Schumann mit 1. mercedito begleitenden Original-Dressuren. Zum Schluß um 23. Male: Mephisto ca. 500 Ritzenfende. 2 Musikcorps. Große Ausstattungspose! Pantomime von A. Siema. Morgen Sonnabend, 22. Februar: XXI. Grands Soirée Big-Life. Sonntag: 2 ge. Gala-Vorstellungen. Radu. 9½ Uhr und abends 7½ Uhr. In beiden Vorstellungen 'Mephisto' Radunittags 1 Kind frei.

Indische Menagerie

Im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor) Zoologischerstr. 1-7. Täglich 3 große Vorstellungen. 1. 6 und 8½ Uhr. Dreifur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie Löwen-Ringskampf und Fütterung um 4 u. 8½ Uhr. Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf 1. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf. Die Direktion: Franco.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Größt. Vergnügungsalokal Berlins Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung. Tägl. Anstich des 'Urbock' Bockbier-Jubel u. Trubel. Ausschank: Berliner Bock-Brauerei. Bürgerl. Diner, 5 Gänge. Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Cirkus Busch

Freitag, den 21. Februar, abends 7½ Uhr: Große Vorstellung. Klondike, Orig. Pantomime des Cirkus Busch. Solo auf Stelzen. Elefant u. Pferd.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Säger Eine Theaterprobe. Nach jeder Soiree: Tanzkränzchen. Entree wie gewöhnlich. Tanz frei. Von heute ab: Linsen 55 Pf. Rückenfett 65 Pf. Sonntagmittag 12 Uhr: Warmen Schweinebraten, 1/2 Hb. 55 Pf. — Sauce gratis. Bergmannstr. Maerlens, Nr. 12. Preisgekrönt auf allen Wettbewerben.

Nicht

Rheumatismus, Gallenstein, Leber-, Magen-, Nierenleiden, Hautunreinigkeiten, Fettleibigkeit, Zuckerkrankh., Blutandrang ist vielseitig ärztlich empfohlen — ohne Berührung — Monhaupts Citronensaftkur mit naturheilkundigen nährenden Citronensaft von reifen Citronen als 'Citromon' geoch. Berlin und nächstla. Vervors sende 1 Flasche 'Citromon', d. i. Saft von 20 frischen Citronen, für 1 Mk., oder 1 Kilof. d. i. Saft von 50 frischen Citronen, für 3 Mk. frei Haus. Auswärts von 4 Mk. an franco (incl. Verpackung) mit Korpus und Dankschreiben vieler Geheilten. Täglich frische Pressung. P. Monhaupt, Berlin P. Schönhauser Allee 177. Fabrik sanitärer Spezialitäten. Sonst nirgends weiter. Telephone: Amt III. No. 96.

Charlottenburg.

H. Schmeberg 31496. Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerordentlich billigen Preisen. Optische Artikel. Optiker werden gleichermaßen gesucht.

Roh-Tabak.

Größte Auswahl. — Billigste Preise. F. Wiener Nachf. L. Lehmann 23 Rosenfelderstr. 23.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 23. Februar, abends 1/6 Uhr:

Volks-Versammlung

im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtvorordneten Dr. Weyl über: Streiflichter aus dem roten Parte. 2. Diskussion. 219/5
Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.**
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vertrauensmann.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 23. Februar, abends 6 Uhr, im „Jägerhaus“

Schönhauser Allee 103:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtvorordneten A. Hoffmann: „Das Volk der Denker in der Zwangsjacke.“ 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.**
Um zahlreichen Besuch ersucht
219/6
Der Vertrauensmann: Karl Wunsch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitagabend 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Orts-Verwaltung.

Achtung, Parkettbodenleger!

Freitag, den 21. Februar 1902, abends 8 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Firma Kampfmeyer und Verschiedenes.
Die Kommissionsmitglieder werden ersucht, um 7 Uhr zu erscheinen.
19/14
Der Obmann.

Bezirk Friedrichsberg.

Sonabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Lutterbüse, Friedrichsbergstr. 11:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Arbeitsnachweis und die Entlohnungsfrage der Tischlerinnung.
2. Diskussion und Verschiedenes.
Der Bezirksleiter.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr:

Versammlung

bei Kleinert, Schulstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Kunze: Die Grippe, ihre Ursache und Wirkung.
2. Der Arbeitsnachweis der Zünfte. 3. Verschiedenes.
Regen Besuch erwartet
Die Kommission.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr,

bei Dicke, Adersstraße 123: 111/18

Außerordentliche Konferenz der Vertrauensleute des Nordens.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Centralverband d. Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den „Kriminellen“, Kommandantenstraße Nr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Solidarität“. Ref.: Genosse Dr. Borchardt.
2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände. 254/5
Gäste sind willkommen. - Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um besonders zahlreiches und pünktliches Erscheinen zu dieser Versammlung ersucht
Der Vorstand.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

in Kellers Festsaal, Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über: „Wie gestalten wir unsere Verwaltung?“ 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Bericht des Ausschusses. 4. Wahl des Ausschusses und der Thürcontroleure. 5. Verschiedenes. 129/7
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß!

Der Vorstand.

Möbelpolierer.

Sonntag, den 23. Februar, mittags 11 1/2 Uhr,

Koppenstraße 29:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Handlungsweise der Stuhlpolierer und ihre Arbeitgeber früher und jetzt. Referent Kollege R. Weber. 2. Wie stellen sich die Möbelpolierer zu dem neu gegründeten Arbeitsnachweis der Zünfte? 3. Vorschläge zur Wahl des Gesellenausschusses und Beistitzer zum Zünfteausschuss. 4. Verschiedenes. 145/8
Die Kollegen, speziell die Stuhlpolierer werden hiermit ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Die Herren Stuhlfabrikanten Bolze, F. Haak, P. Haak, Mongowius, Pöfrow, Lehmann, Krause, Laufer, Weber & Co. usw. sind schriftlich eingeladen.
Die Lohnkommission.

Verein der Kleber (Tapezierer)

Freitag, den 21. Februar, nachmittags 5 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Jannasch, Inselstraße 10.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Kater. 2. Diskussion. 3. Festsetzung der Streifenunterstützung. 4. Vereindangelegenheiten.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig.
191/7
Der Vorstand.

Achtung! Täschner und Koffermacher Achtung!

und alle in der Branche beschäftigten Personen.

Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, in dem Central-Festsaal, Oranienstraße 180:

Große Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Roscnow über: Bilder aus der Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 634/8
Nach der Versammlung **gemütliches Beisammensein mit Tanz.**
Um recht zahlreiches Erscheinen aller Kollegen nebst Frauen ersucht
Die Lokalkommission der Filiale III.
A. A. J. Heffe.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.
Plomben 1.50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtes Gebisse
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen - Eigne Werkstätten - empfiehlt am Kottbusar Thor. [33902.]
Julius Apelt, Skaltzerstr. 6,

Junge Herbst-Gänse **45 Pf.**
Gänse-Stücken-Fleisch Pfund 40 Pf.
Gänse-Stücken von der Keule Pfund 55 Pf.
Gänseliefen mit Darmfett Pfund 90 Pf.
Hautfett Pfund 50 und 60 Pf.
Gänseklein von einer Gans 50 Pfennig. 9/17*
A. Kohn, Markthalle Dresdenerstrasse Stand 72.
Wörtherstrasse Stand 64.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Spenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes und meines guten Vaters
August Hönsch
sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank.
Ww. Hönsch nebst Kindern.

Danksagung.
Allen Verwandten und Bekannten, besonders den Kollegen von Siemens u. Holste, sowie dem Gefangenenverein, welche meinem Mann, Friedrich v. Straßmann, die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hiermit meinen besten Dank.
34742 Witwe v. Straßmann.

Danksagung.
Allen Verwandten und Bekannten, welche meinem lieben Ranne und unserm guten Vater die letzte Ehre erwiesen, hauptsächlich der Metallarbeiter-Krankenkasse, dem Metallarbeiter-Verein, ferner dem Verein Berliner Tischler und den Kollegen der Firma Waben u. Wabe sowie Gefellensgenossen meinen herzlichsten Dank.
645b) Ww. Rudolf nebst Kindern.

Danksagung.
Allen Verwandten und Freunden für die zahlreiche Beteiligung und reichen Spenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau den herzlichsten Dank, besonders dem Gefangenenverein, dem Offenbacher Frauenverein, dem 100. Bezirk, dem Veis- und Dischlerklub „Geopold Jacoby“ und dem Gefangenenverein „Viebsfreud I.“
646b) **Paul Hintze.**
En gros **En detail**
Rohtabak 33982
Berlin NO.
Max Otto, Renc Königsr. 6.

Sonntag 2 Uhr: Koppenplatz n. Zegei, (Berlinerstraße 92). Heute Regen! fahren bei Naabe, Kolbergerstraße. 11/8

Herren-Kragen, rein leinen, garantiert 4fach, sämliche neue Façons in allen Weiten Stück 15 Pf., so lange der Geschlossene Kragen per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf. Manschetten, prima, garantiert 4fach, 1/3 Dubend 2,25 Mark, Oberhemden, Servietten, Krawatten in größter Auswahl. Trikotasen, Strümpfe. Detailverkauf zu Engrospreisen. 32402*
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 59.
Spezialarzt für 7/19*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Große Betten 12 M.
(Oberbet., Unterbet., zwei Betten) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lutzig, Berlin S., Prinzenstraße 46. Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungs-schreiben.

Achtung! Mitglieder der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin.
Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz“. Referent C. Gutheit. 2. Abrechnung der Dreizehner-Kommission und Auswahl derselben. 3. Verschiedenes. 627/6
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden angehörten Mitgliedes, in der Versammlung pünktlich zu erscheinen.
Die Dreizehner-Kommission.

Tischler-Verein zu Berlin
(S. S. 89).
Sonabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Lippe, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. med. Oskar Aronson über: „Nervenkrankheiten“. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 108/5
Gäste, auch Fremde, haben Zutritt.
Billets zur Urania-Borstellung am Sonntagmittag 2 Uhr (Eröffnung 1 Uhr) sind noch zu haben.
Sonabend, den 8. März, bei Schlegelberg, Hofenstraße 21:
Maskenball. - Die nächste Versammlung findet dabei erst am 22. März statt.
Der Vorstand.

Orts-Frankenliste der Uhrmacher Berlins.
Vant Bericht der Generalversammlung vom 22. November 1901 und Genehmigung des Bezirksausschusses vom 7. Februar 1902 betreffen die monatlichen Rassenbeiträge:
I. Für männliche Mitglieder über 16 Jahre (ausschließlich der Gehilfen) 2,10 M.
II. Für männliche Mitglieder unter 16 Jahren und ihr Verheiratete 0,93 M.
III. Für weibliche Mitglieder über 16 Jahre 1,44 M.
IV. Für weibliche Mitglieder unter 16 Jahren 0,72 M.
Der Vorstand. G. Pätz, Vorl.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*
Teppiche! (sehrschöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Dadescher Markt 4, Bahnhofs Börse. 111/7*
Spottpilze! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Leinwand, Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 8/8*
Teppiche mit Gardinen, Teppichherstellung Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*
Steppdecken billig! Habert Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*
Möbelverkauf, neue und gebraucht. Kömer, Seebachstr. 81.
Selbstgewaschene verlässlich. Kildorf, Bielefelderstr. 2/2. 6096
Schuhgeschäft, 700 Paare, französischer (sogar zu verkaufen). Freiwalderstraße 20. 4035
Reparatur, billig zu verkaufen. 6 Paare vorhanden. Offerten unter O. 2 Expedition des „Vorwärts“.
Friederichsdorf. Ostbahn-Sorort, zwei Parzellen nahe Götter verkauft die Hausverwaltung Brunnensstraße 151. 6326
Haarfarbmittel, unbedenklich, überaus haltbar, färbt alle Arten, Preislisten, Charlottenstraße 3.

Vermietungen.
Zimmer.
Pötkerstraße 25, Balkonzimmer, 2 Herren, 12,00, Kasse, Refektorium.
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle sofort Oranienstraße 44, vorn IV Treppen. Begner. 9/16
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlweber bietet um Arbeit. Stelle gesucht zu den billigen Preisen gewaschen, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mühlstraße 27, K. Glöser.
Stellenangebote.
Tüchtige Maurer zum Beitritt eines Baugeschäfts gesucht. Offerten unter P. 2 an die Expedition dieser Zeitung. 6336
Leberfärberei-Arbeiter gesucht Schönhauser Allee 71a. 6378

Vermietungen.
Zimmer.
Pötkerstraße 25, Balkonzimmer, 2 Herren, 12,00, Kasse, Refektorium.
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle sofort Oranienstraße 44, vorn IV Treppen. Begner. 9/16
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlweber bietet um Arbeit. Stelle gesucht zu den billigen Preisen gewaschen, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mühlstraße 27, K. Glöser.
Stellenangebote.
Tüchtige Maurer zum Beitritt eines Baugeschäfts gesucht. Offerten unter P. 2 an die Expedition dieser Zeitung. 6336
Leberfärberei-Arbeiter gesucht Schönhauser Allee 71a. 6378

Verkauf
Komiker für Festlichkeiten einige Tage frei. Eichenhof, Quittenstraße 29
Wasserdicht auf Paletots, Seidenstoff, Bernauerstraße 47a. 6476*
Tüchtige, selbständig arbeitende Ausschmücker finden Beschäftigung bei Wittig, Bahnhofsstraße 20. 481
Wäscherinnen auf Oberhemden im Hause verlangen Reinberger u. Gravenhorst, Wäschehof, Greifswalderstraße 13. 138/5*
Wäscherinnen auf Servietten im Hause verlangen Reinberger u. Gravenhorst, Wäschehof, Greifswalderstraße 13. 138/6*
Leberfärberei-Arbeiterin gesucht Schönhauser Allee 71a. 6385
Mädchenjackett-Arbeiterinnen verlangt Dulse, Frankfurter Allee 16.
Büchlerinnen, geübte, sucht Beschäftigung. Offerten unter A. 100 postlagernd Pötkerstr. 23. 6429
Paletot-Arbeiterinnen, Lohn von 4 1/2 M. aufwärts, verlangt Knauths Grün, Jerusalemstraße 23. 6390
Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Aus der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beriet am Mittwoch eine Reihe sozialpolitisch wichtiger Vorlagen, die Anlaß zu beständigen Zusammenstößen zwischen den Socialdemokraten und den Vertretern der bürgerlichen Parteien gaben.

Zunächst handelte es sich um die Vorlage betreffend die Ausdehnung des städtischen Arbeitsnachweises auf gelehrte Arbeiter und auf das Gefinde. Der Referent, Stadtv. Hirsch, empfahl die Annahme der Vorlage in Verbindung mit einem socialdemokratischen Zusatzantrage, wonach Fälle von Streiks und Ausperrungen im Arbeits-Nachweise mitgeteilt werden müssen. Redner regte ferner an, den Deputations-Mitgliedern aus den Reihen der Arbeitnehmer Diäten zu gewähren. Stadtrat Dr. Jastrow führt aus, das von dem Referenten für den Fall von Streiks und Ausperrungen gewünschte Verfahren des Arbeitsnachweises werde schon jetzt eingeschlagen; ob der Magistrat einer Festlegung dieser Maßregel durch Gemeindefestbeschluss zustimmen werde, könne er nicht sagen. Ein Bedürfnis für die Einführung von Diäten für die Arbeiterbeihilfer sei wohl nicht vorhanden, da die Sitzungen fast stets in den Abendstunden stattfänden, so daß die Beihilfer nicht finanziell geschädigt würden. Dem gegenüber wies Stadtv. Waasche (Soz.) auf die Notwendigkeit hin, den Zustand, wie er sich nach der Mitteilung des Magistratsvertreter herausgebildet habe, auch statutarisch festzulegen. Redner fordert den Magistrat auf, klipp und klar zu dem socialdemokratischen Antrag Stellung zu nehmen. In der weiteren Debatte kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem auf dem Standpunkt der Innungen stehenden Stadtv. Arnold und unserm Genossen Hirsch, der Herrn Arnold vorwarf, er scheine zu glauben, daß der Arbeitsnachweis nur für die Herren Arbeitgeber da sei. Herr Arnold hatte nämlich davon gesprochen, daß es fraglich sei, ob der Arbeitsnachweis „brauchbare“ Arbeiter nachweise und daß man sich im übrigen telefonisch stets leicht Arbeitskräfte verschaffen könne. Das Resultat der Debatte war die Annahme der Vorlage unter Ablehnung des socialdemokratischen Antrages.

Angenommen wurde nach kurzer Debatte der Antrag Marcus (Soz.) u. Gen., unbeschadet der späteren Staatsberatung dem Magistrat schon jetzt die Mittel zur Verfügung zu stellen, die zu einer sofortigen Inangriffnahme der Sanitätsarbeiten für den Stadtteil jenseits der Spree erforderlich sind.

Das Hauptinteresse erregte die Besprechung der socialdemokratischen Interpellation: Die von den Gewerkschaften Charlottenburgs veranstaltete Arbeitslosen-Statistik hat ergeben, daß am 2. Februar d. J. in Charlottenburg von insgesamt 12 586 Personen, die die Fragebogen beantwortet haben, 2651 Personen arbeitslos waren, 2284 verkräftigt arbeiteten, 650 krank resp. erwerbsunfähig waren und 6961 in Arbeit standen. Welche Schritte hat der Magistrat unternommen und welche gedenkt er einzuschlagen, um die aus diesen Zahlen hervorgehende fürchterliche Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu mildern?

Stadtv. Dr. Vorkardt begründete die Interpellation, indem er zunächst mit dem Magistrat, der es beklammert abgelehnt hat, selbst eine Arbeitslosen-Statistik zu veranstalten, ins Gericht ging und sodann die Ergebnisse der von den Gewerkschaften veranstalteten Statistik näher beleuchtete. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit sei durchaus ungewöhnlich und erfordere ganz ungewöhnliche Mittel zu ihrer Beseitigung. Er empfehle die Anlegung eines Rotstands-Fonds zur Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit; man könne diesen Fonds den Arbeiter-Organisationen überweisen, die durch die Statistik gezeigt habe, was sie leisten kann. (Widerspruch.) Angesichts des großen Elends solle der Magistrat ferner Mittel zur Speisung der die Volksschule besuchenden Kinder der Arbeitslosen bereit stellen und abgeben von diesen besonderen Maßnahmen in Erwägung ziehen, wie der regelmäßig wiederkehrenden Arbeitslosigkeit und ihren Folgen zu begegnen sei. Der Magistrat solle in reiner Erkenntnis dessen, was er verkannt hat (Lachen rechts), Mittel zu regelmäßigen Arbeitslosenzählungen bereit stellen und eine besondere sociale Kommission einsetzen, die dauernd Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit erwägt. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtrat Dr. Jastrow, der namens des Magistrats die Interpellation beantwortete, erklärte, daß der Magistrat sich seit einem Jahre dauernd mit den Vorgängen auf dem Arbeitsmarkte befaßt habe, und daß auf Veranlassung des Oberbürgermeisters ein eigenes Decretum erlassen worden sei. Der Oberbürgermeister erkenne an, daß eine weit über das Normale hinausgehende Arbeitslosigkeit herrsche, dieselbe habe aber nicht den Charakter eines drückenden Notstandes. Redner teilt sodann mit, welche Arbeiten bereits zur Ausführung gelangt sind, um Arbeitslose zu beschäftigen, und jene Arbeiten, welche mit eintretender milderer Witterung in Betracht kommen. Der Magistrat habe die Arbeitgeber in Charlottenburg rechtzeitig aufmerksam gemacht, daß sich eine Arbeitslosigkeit vorbereite, und so wurde vielfach, um Entlassungen vorzubeugen, die Arbeitszeit herabgesetzt. Wenn man die Arbeitslosenziffer in Charlottenburg mit der anderer Orte vergleicht, so müsse man gestehen, daß alles geschehen sei, um die Zahl auf das äußerste herabzudrücken. Der Magistrat werde auch fernerhin bestrebt sein, die Arbeitslosigkeit zu vermindern; er verzichte auf den Ruf großer Aktionen und ziehe stattdessen geräuschlose aber wirksame Maßnahmen vor. (Beifall.)

Eine Besprechung der Interpellation war der Mehrheit sichtlich unangenehm; hindern konnten sie eine solche zwar nicht, da die Socialdemokraten und Freisinnigen die ausreichende Anzahl von Unterschriften zu dem Antrag auf Besprechung aufgebracht hatten, aber sie beantragten Vertagung auf 14 Tage. Dem widersprach Stadtv. Hirsch. Der Vertagungsantrag wurde abgelehnt, und nun befolgten diese „Arbeiterfreunde“ eine andre Taktik; sie ließen die Socialdemokraten reden und mischten sich nur durch Zwischenrufe in die Debatte ein.

Als erster Diskussionsredner ergriff Gen. Hirsch das Wort. Er erwidert dem Stadtrat Jastrow, daß die Aktionen des Magistrats so geräuschlos gewesen seien, daß niemand etwas davon bemerkt habe, die Arbeitslosen am allerwenigsten. Schon vor Jahresfrist habe die socialdemokratische Fraktion die Frage der Arbeitslosigkeit im Stadiparlament in Fluß gebracht, und doch habe der Magistrat so gut wie gar nichts gethan. Er dreizehnte nicht, wie der Stadtrat Charlottenburg mit Berlin vergleichen könne, Charlottenburg sei keine Arbeiterstadt. In Wirklichkeit sei die Arbeitslosigkeit noch weit größer, als aus den Zahlen der Statistik hervorgehe, denn es seien bei weitem nicht alle Fragebogen beantwortet. Der Magistrat wolle die Arbeiten über das ganze Jahr verteilen, aber das sei keine Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Hierzu sei es nötig, vorzudringen zu wirken. Er schlage zu diesem Zwecke die Errichtung kommunaler Betriebswerkstätten und kommunaler Schreibstuben vor. Die städtischen Betriebe müßten zu Musterbetrieben umgestaltet werden. Abgesehen von der Speisung der Kinder der Arbeitslosen, müßte auch den Familien derselben eine Unterstützung gewährt werden, die jedoch den Charakter einer Armenunterstützung nicht annehmen dürfe, damit die Arbeiter nicht ihr Wahlrecht vollends einbüßen.

Stadtv. Vogel (Soz.) stellte noch einen Vergleich an zwischen der Fürsorge des Magistrats für die Wohlhabenden und der mangelnden Fürsorge für die Arbeiter.

Da sich inzwischen der größte Teil der Stadtverordneten entsetzt hat, beantragt Stadtv. Hirsch die Vertagung der Angelegenheit, die zu wichtig sei, als daß sie vor leeren Rängen verhandelt werde. Nach einer Entgegung des Stadtrats Dr. Jastrow wird der Vertagungsantrag abgelehnt. Die Mehrheit ließ sich noch durch ihren Wortführer, Herrn Hirsch, auf die sozialpolitische Wichtigkeit des Magistrats toben und stellte nun, um unseren Rednern die Möglichkeit einer Erwiderung zu nehmen, jähnel einen Schlussantrag. Um

dieser Vergeßlichkeit zu begegnen, bezweifelte Stadtv. Hirsch die Beschlußfähigkeit; tatsächlich wurde die Beschlußfähigkeit festgestellt.

Die nächste Sitzung wird mit der Abstimmung über den Schlussantrag beginnen.

Die 12. Konferenz der Vertrauensmänner-Centralisation der Maurer Deutschlands,

welche in Berlin im Englischen Garten tagte, war aus 28 Orten durch 28 Delegierte besetzt. Außerdem waren die Mitglieder der Hünker-Kommission anwesend. Die Centralisation der Zimmerer, die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und die Redaktion der „Einigkeit“ waren ebenfalls durch je einen Delegierten vertreten. Die vertretenen Organisationen haben zusammen 3487 Mitglieder und ein Vermögen von 52 839,07 M. Den Geschäfts- und Rechnungsbereich der Hünker-Kommission gab Kater. Am 26. April konstituierte sich die von den Berliner Maurern gewählte Geschäftsleitung und beginnt von da ab die gemeinsame Tätigkeit, die bis dahin nur von einem einzelnen Vertrauensmann besorgt wurde. In 17 Sitzungen erledigte die Kommission alle Dinge, die in agitatorischer sowie taktischer Hinsicht für die Centralisation notwendig waren. Versammlungen wurden im Auftrage oder durch Unterstützung der Kommission 49 abgehalten, durch den Vertrauensmann vor dem 26. April 4, zusammen 53, auch fanden am 17., 18. und 19. März die 11. Konferenz der Maurer Deutschlands in Braunschweig sowie am 22., 23., 24. und 25. September der 5. Kongreß der Vertrauensmänner-Centralisation der Gewerkschaften Deutschlands, des weiteren eine Konferenz der Maurer des Herzogtums Braunschweig einschließlich Wernigerode am 29. Dezember in Braunschweig statt, die auf Kosten der Kommission durch Delegierte besetzt wurden. Außerdem fand am 14. Juni eine Sitzung der Kommission und des Vorstandes der Maurer Berlins, sowie am 16. Juni eine Konferenz der Maurer Berlins und der Vororte statt, woran in beiden Fällen ein Delegierter der Freien Vereinigung der Maurer Braunschweigs teilnahm. In den 23 Versammlungen sind nicht enthalten die Agitationen, die von den Organisationen selbständig innerhalb der vorgeschriebenen 15 Kilometer jedes einzelnen Agitationsgebietes, sowie nicht diejenigen, die über diesen Kreis von den Einzelvorständen vorgenommen und durch die Kommission bezahlt wurden. — Die Korrespondenz war eine sehr rege und mußten nicht weniger denn 300 Briefe, 108 Postkarten geschrieben sowie alle nötigen Materialien, Geldsendungen und Bestellungen entgegengenommen und von der Kommission erledigt werden. Durch den wirtschaftlichen Niedergang in der gewerblichen Tätigkeit in einzelnen Orten, so in den pommerischen Städten Demmin und Loizy, die ganz besonders auch noch durch den Druck des Unternehmertums zu leiden haben, sind die Organisationen verschwunden. Braunschweig mit seiner Umgebung, sowie Bistum und Welfenland a. S. sind dem Verbanne beigetreten. So sind nun noch Berlin mit der Umgebung, Jüterbog, Groß-Wietzenfelde, Radowitz, Schönwalde, Mühlendorf, Herzfelde, Nagel, Königsberg i. Pr., Straßfurt, Kauen, Dassel, Wernigerode, Friedrichsdorf, wo jetzt selbständige Organisationen bestehen, und haben sich vor kurzer Zeit noch die Kollegen in Grünberg an der Nordbahn mit Umgebung und Kolberg selbständige Organisationen gegründet. Die Vereinigung von Friedrichsdorf, Kummelsburg und Friedrichsfelde hat beschlossen, für die Folge als Filiale oder Zweigverein dem Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und der Umgebung anzugehören. Die Gesamteinnahme der Hünker-Kommission betrug 9779,70 M., die Gesamt Ausgabe 6201,34 M., der Bestand 3578,36 M.

Unter Punkt „Organisation und Agitation“ legte Kater eine aus 8 Paragraphen bestehende Programmresolution vor, die einstimmig Annahme fand. Die ersten beiden Paragraphen der Resolution lauten wie folgt:

§ 1. Die Vertrauensmänner-Centralisation der Maurer Deutschlands bildet einen Zweig der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Sie bekennt sich zu den Grundgedanken der socialdemokratischen Partei Deutschlands und hält es für unerlässlich notwendig, für die Ausbreitung und Anwendung dieser Grundgedanken sowohl in der Gesamt-Centralisation wie in deren lokalen Vereinigungen einzutreten und thätig zu sein. — Nach dieser Auffassung ist die gewerkschaftliche Bewegung nicht Selbstzweck, sondern nur ein gutes und notwendiges Mittel für den höheren Zweck der Befreiung des Proletariats aus der Kapital-Anneidung.

§ 2. Der Zweck der Vertrauensmänner-Centralisation der Maurer Deutschlands ist also neben der Fortbildung und Festigung des Klassenbewußtseins ihrer Mitglieder die Unterstützung aller ernstlichen Bestrebungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Berufsgruppen durch Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Verbesserung des Arbeiterstandes gegen Unfallgefahr und gesundheitswidrige Ausbeutung jeder Art. Sie gewährt nach dem Umfang ihrer Mittel Unterstützung von Ausständen und von Gemahregelten, sowie Rechtshilfe in allen solchen rechtlichen Streitfällen, die zum Arbeitsverhältnis in Bezug stehen. — Die Vertrauensmänner-Centralisation der Maurer Deutschlands erklärt sich solidarisch in den gewerkschaftlichen Kämpfen aller Arbeiter, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, und vertritt besonders ihre Kämpfe auf gewerkschaftlichem Boden moralisch und materiell nach Kräften zu unterstützen.

Der § 3 der Resolution bestimmt als Publikationsorgan „Die Einigkeit“. Die übrigen Paragraphen sind principiell weniger von Bedeutung.

Unter „Verschiedenes“ wurde noch eine ausführlich motivierte Resolution gegen die Accordarbeit angenommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Kleber und Bauhandwerker! Die Bauten Kontrakte 120 (Unternehmer Schulz Sohn, Friedrichstraße) und Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße und Bismarckstraßen-Ecke (Unternehmer Schille, Jfflandstr. 4) sind für Kleber gesperrt, da die Tarifpreise nicht gezahlt werden.

Die Lohnkommission der Kleber.

Die Maler in Wilmersdorf wählten als Delegierten für den Provinzialtag den Kollegen Köhler. Derselbe soll auch als Kandidat für die Gewerbegerichts-Wahl vorgeschlagen werden.

Deutsches Reich.

Für den Extrabeitrag im Bildhauer-Verbande, der sich zur Anschulierung der durch die Krise stark beeinträchtigten Klassenverhältnisse im Verbanne notwendig machte, haben von 108 Verwaltungsstellen 77 ohne Vorbehalt gestimmt. Nur 3 Verwaltungsstellen erklärten sich gegen den Antrag; die übrigen waren für einige Modifikationen. Der Extrabeitrag von 20 Pf. pro Woche dürfte also demnächst erhoben werden.

Beim Sammlerstreik in Garburg haben, wie in der dortigen Januar-Versammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer mitgeteilt wurde, die beteiligten Mitglieder dieser Organisation rund 1000 Mark an Unterstützung bezogen, während sie an Beiträgen etwa 20 Mark eingezahlt hatten. — Die neulich von einem Gericht aufgestellte Theorie, daß vom Eintritt eines Mitgliedes der Verband einen Vermögensvorteil hat, hat also ein gewaltiges Loch, ebenso wie die bekannte Behauptung, daß von den in den Gewerkschaften gezahlten Beiträgen sich lediglich die „Führer“ mästen.

Sind die Guttenbergbündler Streikbrecher? Der bekannte christliche Gewerkschaftsführer August Brust aus Altmersen,

Redacteur des „Vergnügen“, wurde am 16. Juni 1900 vom Schöffengericht in Essen zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil er in einer Polemik mit der „Westf. Volksztg.“, dem Organ Fußangel in Bochum, behauptet hatte, Fußangel beschäftige in seiner Druckerei Guttenbergbündler. Die Guttenbergbündler aber charakterisierte er als Streikbrecher, als Leute, vor denen man nur Achtung haben könne. Die Kläger, Buchdrucker C. Illig und zwölf seiner Kollegen, legten gegen dieses Urteil Berufung ein, weil es ihnen zu milde erschien. Die Strafkammer in Essen hat nun umfangreiche kommissarische Vernehmungen über die Frage angeordnet, ob sich Guttenbergbündler im „Berliner Lokal-Anzeiger“, in Magdeburg, Steinhilber und anderen Orten des Streikbruchs schuldig gemacht haben. Schließlich erbligte die Verhandlung mit der Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils und der Zurückweisung des Angeklagten Brust zu einer Geldstrafe von 300 M. Der Schutz des § 193 des Straf-Buchstabs wurde ihm abgesprochen. — Gerichtliche Scheitern nach diesem Urteil nicht festzustellen, daß die Guttenbergbündler Streikbrecher sind, geschichtlich steht fest, daß der Guttenbergbund nach dem großen Buchdruckerstreik von 1891 mit Prinzipalhilfe u. a. auch deswegen gegründet wurde, weil man den wegen ihres Verhaltens aus dem Buchdrucker-Verbande ausgeschlossenen arbeitswilligen Buchdruckern die Vorteile an Versicherungsbeiträgen etc. wieder zuwenden wollte, deren sie durch den Ausschluß aus dem Verbanne verlustig gingen.

Wegen Beleidigung von Arbeitswilligen wurden in Leipzig zwei Maler zu Geldstrafen von 30 und 15 M. verurteilt, ein dritter wurde freigesprochen. Zwei Kollegen der Angeklagten hatten sich an dem Streik bei Waquer u. Jünken beteiligt, hatten auch Streikunterstützung bezogen, lehrten aber später als Arbeitswillige in den Betrieb zurück, obgleich einer von ihnen sogar agitatorisch für den Streik thätig gewesen war. Die Angeklagten haben sich nun in berechtigter Erregung hinreichend lassen, den Arbeitswilligen beleidigende Äußerungen zuzuschleudern oder solche in anderer Gegenwart zu thun. Der Strafbescheid lautete anfangs auch auf Vergehen gegen § 158 der Gewerbe-Ordnung. Der Einwand der Angeklagten, daß ihnen gar nicht daran gelegen habe, so unhöfliche Kontoufiken wie die durch das Vergehen zu schädigenden Arbeitswilligen auch einmal zum Bezug von Streikunterstützung zu bewegen, kam aber nach Lage der Sache so glaubhaft, daß der Amtsanwalt selbst auf die Anwendung des § 153 verzichtete. Die Verurteilung erfolgte deswegen nur wegen Beleidigung.

Die Aussperrung in Greiz wird leider noch fortauern. Die Fabrikanteneinigung hat einen Sturm entfesselt, der sich leider so bald nicht legen wird. Die ausgesperrten Arbeiter wollen die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, als bis ihnen eine Lohnerhöhung zugestanden ist. Speziell die Arbeiter der Firma Albert haben es mit 140 gegen 24 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen in geheimer Abstimmung abgelehnt, den Streik ohne Konzessionen zu beenden. Mehrere Redner verlangten, der Fabrikantenverein solle erst seine Aussperrung zurücknehmen. — Der Centralvorstand des Textilarbeiter-Verbandes hat die Unterstützung für die streikenden bzw. ausgesperrten Verbandsmitglieder bewilligt. Da die Streikenden Greiz zu verlassen beginnen, wird die Unterstützungsbücherei erleichtert. — In 30 Betrieben wird noch fortgearbeitet, da die Firmeninhaber nicht dem Fabrikantenverein angehören. Man kam die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ungefähr auf 8000 schätzen. Es sind größtenteils kleinere Betriebe, die in Frage kommen. Nur einige größere Firmen sind dabei.

Die Elsterberger Webereifirma Beringer u. Hofmann unterstützt die Greizer Firma W. G. Arnold durch Entgegennahme von Streikarbeit. Gereizte Ketten werden per Age von Greiz nach Elsterberg geliefert. Leider tritt die indifferente Arbeiterschaft der genannten Elsterberger Firma dem nicht entgegen.

Die Buchdrucker in Gera, welche im Sommer aus dem dortigen Gewerkschaftskartell ausgetreten waren, haben einen Antrag auf Wiederanschluß an das Kartell mit geringer Majorität abgelehnt. Öffentlich gelangt es den Kartellfreunden unter ihnen noch, auch die übrigen von der Notwendigkeit zum Anschluß an dasselbe zu überzeugen. Die im Geraer Kartell vertretenen Arbeiter unterhalten u. a. auch ein Arbeitersekretariat und haben bei Arbeitervertreter-Wahlen stets auch Kandidaten der Buchdrucker berücksichtigt.

Die Differenzen in der bayerischen Korkfabrik zu München sind in friedlicher Weise beigelegt.

Ein Ausstand in Tübingen. Kiel, 18. Februar. (Fig. Ver.) Bekanntlich ist vor ca. zwei Jahren in Tübingen eine Reparaturwerkstätte für deutsche Kriegsschiffe, die mit der Zeit zu einer vollständigen Werft erweitert werden soll, angelegt worden. Im November vorigen Jahres wurde den dort beschäftigten Arbeitern plötzlich zugemutet, anstatt 10 Stunden, wie bisher, 10 1/2 Stunden zu arbeiten, und zwar sollte ihnen für die halbe Stunde Mehrarbeit nichts bezahlt werden. Die Leute wollten sich selbstverständlich darauf nicht einlassen und sandten ihren Vertrauensmann zu ihrem Chef, dem Baumeister Reimann, um Einspruch gegen die Maßregel zu erheben. Der Baumeister schien anfangs auch den Vorstellungen Gehör geben zu wollen — nach zwei Tagen aber, am 21. November, wurde ein „Befehl“ angeschlossen, der folgenden Inhalt hatte.

„Die Arbeitszeit beträgt von morgen ab 10 1/2 Stunden, und zwar von 6 1/2 Uhr morgens bis 6 1/2 Uhr abends, mit einer 1 1/2stündigen Mittagspause. Arbeiter, welche hiermit nicht zufrieden sind, werden sofort entlassen. Dieselben haben ihre Werkzeuge abzugeben und aus den Baracken auszugehen.“

Die Arbeiter legten daraufhin am nächsten Tage mit Ausnahme von zwei Schlossern und einem Zimmermann sämtlich die Arbeit nieder, räumten die Baracken und quartierten sich im Hotel „Krauscho“ in Tübingen ein. Den ehemaligen Angehörigen des ostafrikanischen Expeditionskorps, die sich auf ein Jahr verpflichtet hatten, befehlt man von dem verdienten Lohn 300 M. als „Konventionalsstrafe“ ein, offenbar ein ganz unangenehmes Beginnen, da die Verwaltung durch die Verlängerung der Arbeitszeit doch zuerst den Kontrakt gebrochen hatte. Die Arbeiter führten darauf Beschwerde beim Gouverneur und verlangten das Geld zur Heimreise. Nach Verlauf von sechs Tagen wurde ihnen der Bescheid, daß die Verlängerung der Arbeitszeit zurückgenommen werde und daß sie weiterarbeiten könnten. Damit war der Ausstand erledigt.

Rußland.

Ein Matrosen-Ausstand scheint in Marseille bevorzustehen. Das Syndikat der Matrosen der Handelsmarine hat wegen der schlechten Behandlung der Matrosen an Bord der Rauffahrtsschiffe mit einer Klage gedroht. Falls die Lage der Matrosen sich nicht bessern sollte, wird ein Ausstand unvermeidlich sein.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Heber Joll, und Klassenpolitik spricht Freitagabend 8 1/2 Uhr Schriftsteller Georg Bernhardt in der vom Wahlverein des fünften Reichstags-Wahlkreises nach Börgow's Brauerei, Franz-Jäger Allee 242, einberufenen öffentlichen Versammlung.

Alten-Schönebeck und Nichtenau. Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im Restaurant Baldschloß (Schönebeck) eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Sonnenburg: „Was wollen die Socialdemokraten in der Gemeindeverwaltung?“ 2. Diskussion, 3. Aufstellung eines Kandidaten, 4. Verschiedenes.

Aus der Stadtverordneten-Verammlung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging es wieder recht lebhaft her. Zunächst wurde die vor 8 Tagen wegen Beschlußunfähigkeit der Versammlung nicht zu stande gekommene Abstimmung über den von freisinniger Seite beantragten Schluß der Krankenhäuser-Debatte angenommen. Sie ergab die Annahme des Schlusses mit 58 gegen 48 Stimmen. In einer persönlichen Bemerkung wandte sich Genosse Singer gegen die Anpassungen, durch die der Oberbürgermeister Kirchner in der vorigen Sitzung seine Verlegenheit und seinen Kummer zu verdecken sich bemüht hatte. Singers Antwort klang aus in eine mehr als deutliche Anspielung auf die alles Bürgerstolzes bare Art, in der gerade von Herrn Kirchner die Selbstverwaltung oft genug preisgegeben worden ist. Das Schlußwort hatte als Antragsteller Herr Cassel. Er erklärte, er und seine Freunde seien durch die Auskunft des Magistrats „durchaus befriedigt“, leistete sich noch einen schwingvollen Hymnus auf die städtische Krankenhäuser-Verwaltung und zog dann seinen Antrag als erledigt zurück. Singer machte noch einmal den Versuch, weitere Erörterung und völlige Klarstellung der Krankenhäuser-Wirtschaft durchzusetzen, indem er nunmehr den Antrag mit der Begründung wieder aufnahm, daß die vom Magistrat gegebene Auskunft nicht befriedigt habe. Der Antrag wurde indes, da sich jetzt Herr Cassel selber dagegen erklärte und mit seinen Freunden gegen ihn stimmte, mit großer Mehrheit — nur die socialdemokratische Fraktion stimmte dafür — abgelehnt.

Zu einem erneuten scharfen Zusammenstoß zwischen den socialdemokratischen Mitgliedern der Versammlung und dem Magistrat führte dann die über 2 Stunden dauernde Debatte über die rückständige Behandlung, die die städtische Verwaltung Berlins den Gemeinde-Arbeitern in Fällen der Erkrankung oder der Einziehung zu militärischen Leistungen zu teil werden läßt. Unsere Genossen hatten den Antrag eingebracht, die betreffende Verfügung sofort außer Kraft zu setzen und die Angelegenheit anderweitig zu regeln. Genosse Heumann, der diesen Antrag begründete, ging mit unsren städtischen „Musterbetrieben“ scharf ins Gericht und zeigte, daß in der in Rede stehenden Frage keine andre Stadt so engherzig und unsozial verfährt wie Berlin. Heumann hob treffend hervor, daß hier wieder einmal ein Fall vorliegt, wo die Berliner Kommunalverwaltung durch ihr Verhalten die herbeste Kritik herausfordert und es den Gegnern der Selbstverwaltung direkt nahe legt, das bisherige Bewegungsfeld, das den Kommunen noch gelassen worden ist, noch mehr zu beschränken. Stadtrat Kamblan meinte mit gut gezierter Nativität, die Gemeindearbeiter ständen sich bei der vom Magistrat getroffenen Regelung hoffentlich besser als bei der Unsicherheit, die das Gesetz geschaffen habe. Die Bedeutung dieser „Regelung“ wurde vom Genossen Zubeil in witzigen Ausdrücken noch näher beleuchtet. Oberbürgermeister Kirchner antwortete ihm. Wieder zog er, wie vor 8 Tagen, das tragische Register, gab sich von neuem als den treuen Hüter der Selbstverwaltung und versicherte, die von socialdemokratischer Seite gelebte Kritik habe einen Grad erreicht, der der Kommune gefährlich zu werden drohe. Singer diente ihm mit einer Antwort, die im Grunde genommen auch den Befehl der freisinnigen hätte finden müssen, wenn der Berliner Kommunalfreisinn es nicht längst verlernt hätte, gegenüber dem Magistrat und seinen Hintermännern die Rechte der Stadtverordneten-Versammlung zu wahren. Herr Kirchner war auch auf den Fall Heimann zurückgekommen, der in der vorigen Sitzung in der Debatte über die Verpachtung des Viehhofs-Restaurants von unsem Genossen Hoffmann festgenagelt worden war. Als Hoffmann sich zu kurzer Erwiderung erhob, führte man auf freisinniger Seite eine jener Spektakelreden an, die hier seit einiger Zeit an der Tagesordnung sind. Die Verhandlungen endeten mit Ueberweisung des Antrages an einen Ausschuß. Warten wir ab, was aus diesem herauskommen wird.

Gegen die Lehrlingszüchterei

Schreit die städtische Gewerbe-Deputation energisch ein. Die Handhabung dazu bietet ihr der § 128 der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Ganz besonders traffe Fälle von Lehrlingsausbeutung sind im Mechaniker-Gewerbe zu verzeichnen und haben wiederholt ein Einschreiten der Gewerbe-Deputation erforderlich gemacht. Auch in ihrer Sitzung am Mittwoch, den 19. d. Mts., hatte die Deputation wieder Gelegenheit, einigen Lehrlingszüchtern das Handwerk zu legen. Der Fabrikant Paul Brud betreibt die Fabrikation von Werkzeugen zc. für Jahntechniker. Er beschäftigte in seinen Schlosser- und Mechanikerwerkstätten insgesamt 31 Lehrlinge und nur 3 Gehilfen, welche ihre Lehrzeit ebenfalls in dem Betriebe des Herrn Brud absolviert haben. Die Lehrzeit beträgt vier Jahre; es erhalten die Schlosserlehrlinge im ersten Jahre ihrer Lehrzeit ein wöchentliches „Kostgeld“ von 2 M., welches in jedem folgenden Jahre um 1 M. erhöht wird, nämlich im vierten Lehrjahre 5 M. in der Woche beträgt. Bei den Mechanikerlehrlingen ist von „Kostgeld“ überhaupt nicht die Rede. Da ein Werkführer oder Meister in dem Betriebe nicht eingestellt ist, Herr Brud sich aber um die Ausbildung der Lehrlinge nicht sonderlich müht, können die jüngeren Lehrlinge die in Betriebe nötigen Handfertigkeiten nur von ihren älteren Kollegen lernen. Von einer gediegenen Ausbildung kann unter diesen Umständen nicht gesprochen werden. Darum scheint es Herrn Brud übrigens auch gar nicht zu thun zu sein. Sein Hauptverdienst ist darauf gerichtet, sich billige, möglichst gänzlich kostenlose Arbeitskräfte zu verschaffen, um seine Fabrikate so billig wie möglich an den Mann zu bringen. Gaben die Lehrlinge ihre Lehrzeit beendet, so werden sie einfach entlassen und durch neue ersetzt. Diesem Treiben will die Gewerbe-Deputation Einhalt thun, denn ihr Beschluß ging dahin, Herrn Brud anzugeben, die Zahl seiner Lehrlinge von 31 auf 8 herabzusetzen.

Noch ärgere Zustände scheinen in dem Betriebe des Mechanikers Emil Wenig, Schmidstr. 4, zu herrschen. Er nennt sich Holz-, Fabrikant physikal.-chemischer Apparate und Lehrmittel für Institute und Schulen. In seinem Betriebe werden außer einem Werkführer 16-18 Lehrlinge beschäftigt. Diese haben, je nach der Länge der Lehrzeit ein Lehrgeld bis zu 500 M. zu zahlen. Geschwindigkeitschritt bei Herrn Wenig keine Pexerei zu sein, da bei ihm Lehrlinge schon in 6 Monaten „ausgebildet“ wurden. Zum Anwerben von Lehrlingen dienen verlockende Prospekte, in denen u. a. angedeutet wird, daß auch ein Elektro-Jungenieur den Lehrlingen theoretischen Unterricht erteilen soll, daß Vorträge über Präzisionsmechanik gehalten werden usw. In Wirklichkeit entpuppte sich der Elektro-Jungenieur als ein „Reisender“, dessen Thätigkeit u. a. darin bestand, für Herrn Wenig neue Lehrlinge anzuwerben. Das eingeholte Gutachten der Gewerbe-Inspektion über die Zustände in dem Betriebe des Herrn Wenig ist das denkbar ungünstigste. Durch einwandfreie Jungen wurde festgestellt, daß in diesem „Musterbetriebe“ seit circa fünfzehn Jahren neben den Lehrlingen keine Gehilfen beschäftigt wurden. Herr Wenig beruft sich zwar darauf, daß er günstige Zeugnisse vorlegen könne, aber von ihm in Schulen zc. gelieferte Apparate und Instrumente. Andererseits aber wurde nachgewiesen, daß er bessere Instrumente, die er für Lehranstalten lieferte, von andren Fabrikanten bezogen hat. Der „Werkführer“ des Herrn Wenig, ein älterer Mechaniker, soll auch erst eingestellt worden sein, als sein Chef Kenntnis davon erhalten hatte, daß er wegen Lehrlingszüchterei bei der Gewerbe-Deputation denunziert worden sei. Der Beschluß der Gewerbe-Deputation lautete: Herrn Wenig ist anzugeben, künftig nur noch 4 Lehrlinge in seinem Betriebe zu beschäftigen.

Eine Beschwerde des Gesellenausschusses der hiesigen Steinseher-Jungung und des Redacteurs der Steinseher-Zeitung, durch welche die Steinsehermeister Dellos, Zelle und

Säbner ebenfalls wegen Lehrlingszüchterei angezeigt wurden, mußte, weil nicht gehörig substantiiert, zurückgewiesen werden.

Der Stadthaushalts-Etat für 1902 ist der Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlußfassung zugegangen. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 112 889 112 M. ab. Die Einnahmen betragen im Ordinarium 107 697 177 M. und im Extra-Ordinarium 5 141 935 M., die Ausgaben 101 550 502 M. und 11 288 610 M. Gegen das letzte Jahr ergibt sich beim Extra-Ordinarium eine Mehrerinnahme von rund 5 Millionen Mark und beim Extra-Ordinarium eine Mindereinnahme von 1 1/2 Millionen Mark. Die Ausgaben sind beim Ordinarium um 5 402 584 M. gestiegen und beim Extra-Ordinarium um 1 707 303 M. gefallen. Die Ueberschüsse sind wie folgt eingeteilt: 567 503 M. bei der Rammerei, 6 231 949 M. bei den Gas- und Wasserwerken, Viehmarkt zc., 64 989 963 M. (mehr 3 Millionen Mark) Steuern, 10 618 459 M. verschiedene Einnahmen aus Abgaben, Dotationen, Renten zc., zusammen: 82 407 876 M. Zuschüsse erforderlichen: Kanalisationswerke, Rieselwerke, Urbanhofen: 3 156 970 M., der Unterricht: 19 327 995 M., die Armenverwaltung: 11 568 710 M., die Krankenpflege: 5 869 642 M., die Park- und Gartenanlagen: 1 213 750 M., die Bauverwaltungen: 14 467 632 M., die Polizeiverwaltung und das Feuerlöschwesen: 5 675 237 M., die Straßenbeleuchtung und Reinigung: 4 714 662 M., die Kapital- und Schuldenverwaltung: 3 601 817 M., die Verwaltungskosten 11 058 154 M. und Kapitel XIII, verschiedene Ausgaben: 1 753 287 M., zusammen 82 407 876 M. oder 1 125 631 M. mehr als im laufenden Etat. Bei den Bauverwaltungen sind rund 3 Millionen Mark weniger als im Vorjahre eingestellt worden, lediglich um eine Bilanzierung des Etats zu ermöglichen. Die Kuleihschuld erhöht sich nach dem Etat um 24 186 261 M. auf 311 Millionen M., wovon noch 18 Millionen M. verfügbar sind und 8 1/2 Millionen M. getilgt werden sollen.

Der Umfrage über die Nervosität der Lehrer, die von ärztlicher Seite veranstaltet wird, bringt man in Lehrerkreisen eine lebhafteste Teilnahme entgegen. Der aufgestellte Fragebogen nimmt nicht ausschließlich, aber doch vorwiegend Bezug auf die mit dem Beruf zusammenhängenden Ursachen der Nervosität, so unter anderem auf den Einfluß der Examenvorbereitung, die vielfach zur Ueberarbeitung und Schlafentziehung zwingt und damit den Grund zu frühzeitiger Entwicklung nervöser Störungen legt, ferner auf die Nebenbeschäftigung zum Zweck des Erwerbes, die bei ungenügender Befoldung nicht zu umgehen ist, auf die Stärke der Klassenbelegung, die Zahl der Unterrichtsstunden, die Dauer der Hefitorrekturen usw.

Die Beschaffung künstlerischen Wandschmucks für die Berliner Gemeindeschulen soll in der nächsten Zeit ernstlich betrieben werden. Aus den Reihen der Gemeindeschullehrer ist vor kurzem eine freie Vereinigung zur Pflege der Kunst in der Schule zusammengetreten. Sie hat jetzt ihre erste Sitzung abgehalten und sich unter anderem mit der Frage des Wandschmucks beschäftigt. Eine von ihr gewählte Kommission ist beauftragt worden, nach Klassen zusammenzustellen, was von künstlerischem Wandschmuck und künstlerisch nicht minderwertigen Anschauungsbildern, die den Unterricht zu unterstützen und zugleich die künstlerische Bildung der Jugend zu fördern geeignet sind, vorhanden ist. Der Sitzung wohnte auch Stadtschulrat Gerstberg bei.

Das Absteigen von Straßenbahnwagen. Im Anschluß an seine letzte Warnung zur Vermeidung von Unfällen im Straßenverkehr macht der Polizeipräsident öffentlich darauf aufmerksam, daß nach der statistischen Zusammenstellung für das Jahr 1901 die Hälfte aller Unfälle im Straßenbahnbetriebe durch das Auf- und Absteigen der Fahrgäste während der Fahrt hervorgerufen ist. Diese Thatsache giebt dem Polizeipräsidenten Veranlassung, wiederholt darauf hinzuweisen, daß nach Einführung des elektrischen Betriebes auf der Straßenbahn das Auf- und Absteigen während der Fahrt — wie eine Reihe von Fällen mit tödlichem Ausgang beweisen haben — auch für jüngere Leute mit Lebensgefahr verbunden ist. Er ermahnt daher das Publikum, die Straßenbahnwagen nur auf den Haltestellen zu besteigen und zu verlassen, und erwartet namentlich von dem einsichtsvolleren Teil der Bevölkerung, daß er auch hierin ein gutes Beispiel geben und bemüht sein werde, weniger vorsichtige Personen von einem vorzeitigen Verlassen des Wagens in geeigneter Weise abzuhalten. Sollten diese wiederholten Warnungen unberücksichtigt bleiben, so würde nach der Meinung des Polizeipräsidenten in Erwägung zu ziehen sein, das Auf- und Absteigen während der Fahrt unter Strafe zu stellen. Er habe auch bisher nur im Interesse des Publikums davon Abstand genommen, den Zugang zum Hintereingang während der Fahrt durch eine Thür schließen zu lassen, um die Reisegeschwindigkeit auf der Straßenbahn, die in verkehrsreichen Straßenlagen bereits verhältnismäßig gering ist, durch das zeitraubende Öffnen und Schließen der Thüren nicht noch weiter herabzusetzen.

Berliner Räuberromantik. Eine Bande jugendlicher Straßenräuber wurde gestern auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in Lichtenberg festgenommen. Zu ihr gehören der 16-jährige Paul Peter, der um 6 Monate ältere Richard Littgen und der 17 Jahre alte Richard Battloch, die bei ihren Eltern in Lichtenberg und Rummelsburg wohnen, sich seit etwa einem Monat auf der Chaussee Berlin-Rummelsburg als Begehrter unbetrieblen und Vorübergehende Plünderer überfielen und beraubten. Die arbeitslosen Durschen hatten noch zwei jüngere Mitglieder angeworben, die aber noch keine Streiftaten begangen haben und daher nicht festgesetzt werden konnten. Der Räuberhauptmann Paul Peter versammelte seine Leute gegen Abend um sich und stellte sie da auf, wo erfahrungsmäßig das wohlhabendste Publikum zu verkehren pflegt. Die jungen Verbrecher gingen in der Weise zu Werke, daß einer die Opfer anstellte, während er sie durch Vorstellen eines Fuhes am Weitergehen verhinderte. In diesem Augenblick wühlte sich schnell und unbemerkt ein Zweiter von hinten und verlegte dem Ahnungslosen einen wichtigen Stoß in das Genick, so daß er über das vorgestellte Bein zu Fall kommen mußte. Nun warfen sich alle auf den Bekehrten, bearbeiteten ihn mit Schlagringen und blünderen ihn regelrecht aus. Binnen kurzer Zeit kamen drei solcher Ueberfälle zur polizeilichen Kenntnis. Eingehende Nachforschungen führten zur Festnahme des Anführers Peter, der nun seine Komplizen verrät und selbst die Rolle eines Ueberfallenen spielen wollte. Die Aussagen der preisgegebenen Genossen waren aber so bestimmt und belastend, daß P. schließlich seine Schuld bekannte.

Bei der „Arbeit“ überrascht wurde am Mittwoch anlässlich einer Streife, die die Kriminalpolizei durch verschiedene Verbrechenslokale unternahm, in einer „Kaschemme“ in der Auguststraße der 23 Jahre alte Kutscher Paul Marquardt, der vor Jahresfrist aus dem Justizhaus in Sonnenburg entlassen wurde. Das gefährliche Handwerk eines Einbrechers hatte er aufgegeben und betrieb das leichtere Geschäft eines „Pieppensfabrikanten“, d. h. er stellte falsche Papiere her und vertrieb sie in Herbergen und Verbrechenslokalen. Aus Landbuden sahl er mit Vorliebe die Papiere von Arbeitern, entfernte die Schrift außer der Firma mit Säure und füllte sie dann beliebig wieder aus. Auch schneidet er sehr geschickt behördliche Stempel, die er für falsche Stücke verwendete. Die Unterschriften stellte er auf hektographischem Wege her. Bei ihm selbst wurde weiter nichts Verdächtiges gefunden, als der Nachweis, daß er in der Ewigensandstraße unangemeldet wohnte. Dort fand man in einer Gipswanne sein ganzes Handwerkszeug, das zur Herstellung der „Pieppen“ diente. Die einzelnen Papiere verkaufte Marquardt für 50 Pf. bis zu 1 M. und verdiente damit soviel, daß er im letzten Jahre davon gelebt hat. Er wurde in Untersuchungshaft genommen.

Bei den Ausschachtungsarbeiten zum Teltower Kanalbau sind in der Nähe von Kottbuschbrück mehrere interessante Funde gemacht worden. Vor einigen Wochen sand man im Torfmoor einen alten Fischersahn und jetzt hat man nicht weit von dem Bortwerk „Eule“ die Gerippe eines Mannes und eines Pferdes aufgefunden, welche durch eine Kommission untersucht werden sollen, weshalb Landrat v. Stubenrauch eine Sicherung des Terrains angeordnet hat.

An Verblutung gestorben ist vorgestern Abend das 8 Monate alte Kind Else Spindler, die Tochter eines Omnibusfahrers aus der Invalidenstr. 14, das von seinem Bruder in einschließlicher Weise mit einem Messer verwundet wurde. Während die Mutter Einkäufe besorgte, muß der fünfjährige Knabe sein in der Wiege liegendes Schwesterchen mit dem Rückenmesser bearbeitet haben. Das Kind wurde an der Stirn, der Nase, der Oberlippe, am Hinterkopf, an Händen und Füßen durch Schnitte und Stiche derart verwundet, daß es hoffnungslos nach dem Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus gebracht werden mußte. Der kleine Totschläger hat bisher nicht zu einem Geständnis der That gebracht werden können, obgleich kein anderer die beispiellose That verübt haben kann. Unbegreiflich ist, wie der Knabe auf den unbilligen Gedanken, sein Schwesterchen zu schlachten, hat verfallen können.

Die Nachricht vom Tode der durch ihren Ehemann schwer verwundeten Frau Weber in Stahnsdorf hat sich als falsch herausgestellt. Die Frau ist freilich noch immer nicht außer Lebensgefahr.

Der Verein „Berliner Presse“ wählte zum ersten Vorsitzenden an Stelle des verstorbenen Geheimen Justizrats Wichert Herrn Chefredacteur Karl Volkmann von der „Volkzeitung“, der bisher das Amt des zweiten Vorsitzenden bekleidete.

Der Maler Geiseler, der am Sonntagabend auf dem Gesundbrunnen blutend aufgefunden wurde, ist beim Abspringen vom Straßenbahnwagen und nicht, wie irrtümlich gemeldet wurde, bei einer Schlägerei schwer verletzt worden.

Ein Schlafstellerschwinder treibt im Südwesten der Stadt sein Unwesen. Dieser Tage wußte er unter der Angabe, daß er Alfred Möller heiße, aus Klause in Thüringen stamme und am Potsdamer Bahnhof als Bahnsteigschaffner angestellt sei, die Frau des Omnibusfahrers Behrens in der Haselchen Straße 9 um 30 M. zu beschwindeln. Der Betrüger ist von kleiner Gestalt, hat dunkles, bräunliches Haar und einen dunkelblonden Schnurrbart. Die Zähne sind schadhaft. Er trägt einen schwarzen Jacketanzug und einen dunkelblauen, etwas abgetragenen Ueberzieher.

Zu der Angelegenheit des flüchtigen Paul Neumann, über dessen Auftreten wir berichteten, wird einem hiesigen Blatt noch gemeldet: P. ist in der That der Sohn des bekannten Dermatologen, Hofrats Prof. Dr. J. Neumann in Wien. Er hat in Wien studiert, aber nie ein Examen gemacht. Mit Vorliebe nannte er sich Assistenzarzt von Prof. Schwenninger, manchmal auch von Prof. Lassar. Studenten gegenüber nannte er sich gerne „Alter Herr der Pharmacomania-Wien“. Er hielt sich fast den ganzen Tag in der Akademischen Lesehalle auf, wo er die Bekanntheit jedes Studenten suchte. Einen Studenten predigte er um mehr als 100 M.; als dieser sich an seinen Vater in Wien wandte, erfuhr er, daß sich dieser von seinem Sohn vollständig losgesagt habe. Bisher ist es der Behörde noch nicht gelungen, des Neumann habhaft zu werden.

Ein schwerer Damnsfall hat sich bei dem Abbruch der Neuen Charité gestern Morgen um 8 Uhr ereignet. Der 34 Jahre alte Arbeiter Johann Schiemann aus der Stargarderstraße 79 trat fehl und stürzte etwa vier Meter tief von seinem Standort ab. Außer einer Hüftverletzung erlitt er einen Bruch des rechten Schließelbeins. Schiemann wurde nach dem Krankenhaus gefahren.

Feuerbericht. Die Wehr hatte wieder zahlreiche Alarmierungen zu verzeichnen. Donnerstag früh 5 Uhr wurde sie nach der Tilsiterstraße 22 gerufen. Hier war in einer Hofladenfabrik ein Schadenfeuer ausgebrochen, welches Restische, Formen und Baren einschloß. Es mußte längere Zeit mit einem Hoch Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken. Mittwochabend gegen 7 Uhr gingen Garbinnen in der Albrechtstr. 11 in Flammen auf. In der Reindendorferstraße 59 mußte nachmittags ein Küchenbrand abgelöscht werden. Luisen-Ufer 20 war ein Koch mit Wäsche in einer Wohnung und Elisabeth-Ufer 10 Garbinnen und ein Strohdach in Brand geraten. Alarmierungen nach Brunnenstr. 57, Hochmeisterstr. 18 und Vordstr. 47/48 betrafen Wohnungsbrände, die hauptsächlich Kleidungsstücke und Betten beschädigten. Donnerstag früh 6 Uhr hatten in der Königgräberstraße 117 in einem Keller Regale, Thüren und Brennholz Feuer gefangen, das indes in kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. In der Gerichstr. 16 brannten außerdem noch Lampen und Kleidungsstücke in einer Kabuse.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Bei der gestrigen Stadtverordneten-Ergänzungswahl im 4. Bezirk wurden abgegeben: Giltige Stimmen 603, davon erhielten Banzer (Soc.) 368, Rischke (Lingel.) 233. Nicht ist unser Kandidat mit großer Mehrheit gewählt. Der Stadtverordneten-Versammlung gehören nunmehr fünf Socialdemokraten an.

In Wilmerdorf gab es einst eine Zeit, wo zwischen den beiden bürgerlichen Gruppen, die am Orte in Betracht kommen, wegen der Frage, wer die Fettsaugen auf der Suppe haben soll, gar bittere Feindschaft herrschte. Wenige Wochen sind es erst her, daß die Führer der Liberalen und die des mit ihnen zusammengehörenden Hausbesitzer-Vereins sich nicht scheuten, selbst in die Versammlungen der Socialdemokratie zu gehen und dort zu betreten, daß in kommunalen Dingen nur ganz minimale Differenzen zwischen unsrer, der roten, und ihrer, der blauen Demokratie beständen. Mit Inbrunst wurde in einer solchen Wahlversammlung kurz vor der Stichwahl im Dezember versichert, daß nur der Kandidat der Socialdemokratie für die meisten Hausbesitzer in Betracht komme und nie und nimmer jemand von ihnen dem von den Reichstreuen aufgestellten Kandidaten seine Stimme geben werde. So sollte es ewig bleiben. Kurz, es fehlte nicht viel und die Welt hätte das Schauspiel erlebt, daß die Hausbesitzer mit fliegenden Fahnen gänzlich ins Lager der roten einschwenkten würden.

Unsere Parteigenossen waren geschick genug, diese Veteuerungen von der Natur der Dinge nach einzig möglichen Seite aufzufassen, nämlich von der humanistischen. Und sie thaten wohl daran. Denn jetzt liegen plötzlich Reichstreue und Liberale einander frontbetrunken in den Armen. Im Landhause fand Mittwochabend eine Besprechung zwischen den feindlichen Gruppen statt; wie es heißt, soll der Amtsvorsteher Haber mann den ersten Witz auf Annäherung gegeben haben. Vor bald einigte man sich dahin, daß es nur einen Gegner gebe, nämlich die Socialdemokratie, und der Herr, der am glücklichsten diese Ansicht verfocht und einem Zusammengehen aller bürgerlichen Elemente das Wort redete, war Herr Sobr ed er, der Leiter des Hausbesitzer-Vereins, derselbe Herr, der wenige Wochen vorher in einer von socialdemokratischer Seite einberufenen Versammlung hoch und heilig beteuert hatte, daß er nur für den Socialdemokraten stimmen werde. Nur wenige, unter ihnen der Hausbesitzer Heine, sprachen energisch gegen den Komпромiß. Und Socialdemokraten laun dieser natürliche Verlauf der Dinge nur recht sein. Die Situation ist geklärt und damit ist für uns zu den Gemeindevahlen unendlich viel mehr gewonnen als wenn das verdächtige Liehängeln von liberaler Seite noch ungehalten hätte. Ein Umstand verdient aber zur Charakteristik der bürgerlichen Freiheitsmänner noch erwähnt zu werden. Von liberaler Seite wurde nämlich erklärt, daß die wegen Unterschlagung erfolgte Verhaftung des bisherigen Vorsitzenden des reichstreuen Vereins, des Gemeindevorstandes Knuffe, zum weitestlichen ein Zusammengehen mit den Reaktionsären ermöglicht habe. Das kennzeichnet die Herren.

Aus der Haft entlassen wurde gestern der Baumtänzer Schappach aus Wilmerdorf, dessen Verhaftung unter dem Verdacht der Brandstiftung vor einigen Wochen erfolgt war. Ob der Haftentlassung auch die Einstellung des gegen Sch. eingeleiteten Verfahrens folgen wird, sieht noch nicht fest.

Weiter-Prognose für Freitag, den 21. Februar 1902. Etwas kälter, langsam aufkarend bei ziemlich frischen östlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.